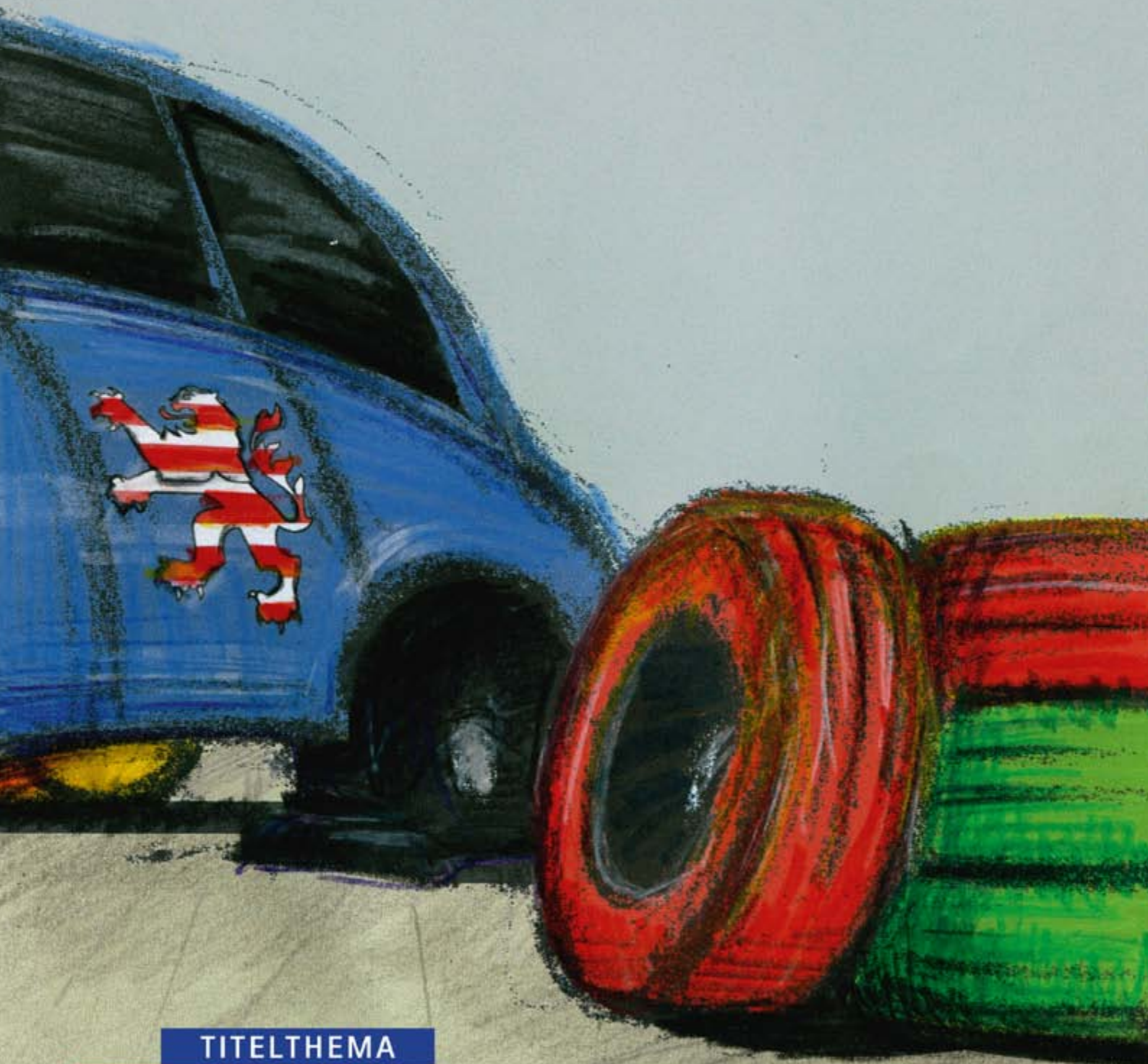




Zeitschrift der **GEW** Hessen

für Erziehung, Bildung, Forschung

66. Jahr Heft 9/10 Sept./Okt. 2013



TITELTHEMA

Landtagswahl



## 18. Bildungstag der GEW-Kreisverbände Groß-Gerau und Main-Taunus

**Samstag, 21. September 2013  
9 bis 16 Uhr**

Martin-Buber-Schule  
Groß-Gerau  
Integrierte Gesamtschule  
Wilhelm-Seipp-Str. 1,  
Groß-Gerau

- 9 Uhr: Frühstück und Info-Stände
- 10 Uhr: Prof. Peter Euler, TU Darmstadt: Irrwege der Bildungsreform
- 11.30-15 Uhr: Arbeitsgruppen
  - 1 Kreatives Schreiben
  - 2 Schule demokratisch gestalten
  - 3 VERA-Vergleichsarbeiten 2013
  - 4 Berufs- und Studienorientierung im OloV-Kontext
  - 5 Selbstgesteuertes Lernen in der Sek. I
  - 6 Arbeit in der Schülervertretung

- 7 Konflikte entspannt gelöst
- 8 Drucken im Bleisatz
- 9 Vocalpercussion & Beatboxing
- 10 Impro-Theaterworkshop
- 11 Die Stimme in den Griff bekommen
- 12 Wie die Lehrerfortbildung in Hessen an die Wand gefahren wird
- 13 Neuausrichtung der Berufsfachschule
- 14 Rechtsextremismus: Hilfen zum Ausstieg vor dem Einstieg

• *Programme: freiling.hlz@t-online.de; Anmeldung unter Angabe der Arbeitsgruppe und ggf. Wunsch für Kinderbetreuung: www.mbs-gg.de; Teilnahmegebühr: 10 Euro, GEW-Mitglieder: 5 Euro; Akkreditierung durch das Landesschulamt (LSA-Angebot-Nr. 01375698)*

### GEW Kreisverbände Schwalm-Eder und Waldeck-Frankenberg Grund- und Förderschultag

**Entschleunigung im Schulalltag  
Freitag, 1.11.2013, Korbach**

Der schon Tradition gewordene Grund- und Förderschultag der GEW-Kreisverbände Schwalm-Eder und Waldeck-Frankenberg findet am Freitag, dem 1.11.2013, in Korbach statt. Die akkreditierte Veranstaltung bietet zahlreiche Workshops, eine Lehrmittelausstellung und ein umfangreiches Rahmenprogramm.

• *Workshops und Anmeldungen: www.gew-schulamt.de; info@gew-schulamt.de*

### GEW-Bezirksverband Frankfurt am Main Podiumsdiskussion zur Inklusion

**Mogelpackung oder Menschenrecht?  
Donnerstag, 19. September, 19 Uhr**

Zu der Podiumsdiskussion des GEW-Bezirksverbands Frankfurt im DGB-Haus Frankfurt, Wilhelm-Leuschner-Straße 69-77, wurden die bildungspolitischen Sprecherinnen und Sprecher der im Landtag vertretenen Parteien und der PIRATEN eingeladen. Grundlage der Diskussion sind die Forderungen des GEW-Bezirksverbands zur Inklusion und zum Erhalt der „Errungenschaften des Gemeinsamen Unterrichts“.



Zeitschrift der **GEW** Hessen  
für Erziehung, Bildung, Forschung  
ISSN 0935-0489

I M P R E S S U M

#### Herausgeber:

Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft  
Landesverband Hessen  
Zimmerweg 12  
60325 Frankfurt/Main  
Telefon (0 69) 971 2930  
Fax (0 69) 97 12 93 93  
E-Mail: info@gew-hessen.de  
Homepage: www.gew-hessen.de

#### Verantwortlicher Redakteur:

Harald Freiling  
Klingenberg Str. 13  
60599 Frankfurt am Main  
Telefon (0 69) 636269  
Fax (0 69) 6313775  
E-Mail: freiling.hlz@t-online.de

#### Mitarbeiter:

Christoph Baumann (Bildung), Tobias Cepok (Hochschule), Dr. Franziska Conrad (Aus- und Fortbildung), Joachim Euler (Aus- und Fortbildung), Ulla Hess (Mitbestimmung), Michael Köditz (Sozialpädagogik), Annette Loycke (Recht), Karola Stötzel (Weiterbildung), Gerd Turk (Tarifpolitik und Gewerkschaften)

#### Gestaltung:

Harald Knöfel, Michael Heckert +

**Titelthema:** Harald Freiling

#### Illustrationen:

Andreas Träger (Titel), Dieter Tonn (S. 25), Thomas Plafmann (S. 35), Ruth Ullenboom (S. 4)

#### Fotos:

DGB (S. 3, 29), GEW (S. 8-15)

#### Verlag:

Mensch und Leben Verlagsgesellschaft mbH  
Niederstedter Weg 5  
61348 Bad Homburg

#### Anzeigenverwaltung:

Mensch und Leben Verlagsgesellschaft mbH  
Edith Hestert  
Postfach 19 44  
61289 Bad Homburg  
Telefon (06172) 95 83-0, Fax: (06172) 9583-21  
E-Mail: mlverlag@wsth.de

#### Erfüllungsort und Gerichtsstand:

Bad Homburg

#### Bezugspreis:

Jahresabonnement 12,90 Euro (9 Ausgaben, einschließlich Porto); Einzelheft 1,50 Euro. Die Kosten sind für die Mitglieder der GEW Hessen im Beitrag enthalten.

#### Zuschriften:

Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Bilder wird keine Haftung übernommen. Im Falle einer Veröffentlichung behält sich die Redaktion Kürzungen vor. Namentlich gekennzeichnete Beiträge müssen nicht mit der Meinung der GEW oder der Redaktion übereinstimmen.

#### Redaktionschluss:

**Jeweils am 5. des Vormonats**

#### Nachdruck:

Fotomechanische Wiedergabe, sonstige Vervielfältigungen sowie Übersetzungen des Text- und Anzeigenteils, auch auszugsweise, nur mit ausdrücklicher Genehmigung der Redaktion und des Verlages.

#### Druck:

Druckerei und Verlag Gutenberg Riemann GmbH  
Werner-Heisenberg-Str. 7, 34123 Kassel

### Aus dem Inhalt

#### Rubriken

- 4 Spot(t)light
- 5 Briefe
- 7 Meldungen
- 31 Recht: Gesundheitliche Eignung
- 31 Recht: Befristete Verträge
- 36 Jubilare
- 37 Magazin

#### Titelthema: Landtagswahl

- 8 Die Parteien auf dem Prüfstand
- 16 Ministerin Beer: Zwischen Charme und Murks
- 17 Opposition und Lehrerbildung
- 18 GEW-Seniorinnen und -Senioren zur Landtagswahl

#### lea-Fortbildungsprogramm: S. 19-22

#### Einzelbeiträge

- 23 Hochschule: Befristete Verträge
- 24 Schulen in kommunaler Hand?
- 25 Lehrerfortbildung in Hessen: Neuordnung überfällig!
- 26 Griechische Gewerkschafter zu Besuch in Kassel
- 28 Ausbildungsfähigkeit: Ein fragwürdiger Begriff
- 30 Bildungsurlaub auch für Azubis
- 32 Prämien für Mitgliederwerbung
- 33 Start in die Schule: Informationen für neu eingestellte Lehrkräfte



# Politikwechsel in Hessen!

Am 22. September wählen die Hessinnen und Hessen einen neuen Landtag. Egal, welche Parteien nach der Wahl die Regierung in Hessen bilden – es muss Politik für die Menschen gemacht werden. Der DGB Hessen-Thüringen und die Mitgliedsgewerkschaften haben ihre Forderungen an eine neue Landesregierung vorgelegt, die die Themen Neuordnung der Arbeit, Bildung und Soziales in den Mittelpunkt stellen.

Die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in Hessen brauchen einen Politikwechsel und die Anerkennung ihrer Leistungen. Dies ist in den vergangenen Jahren in der Landespolitik aus dem Blickfeld geraten. So hat sich der Niedriglohnsektor in Hessen überdurchschnittlich vergrößert. Mittlerweile arbeiten über 20 Prozent der Beschäftigten für Niedriglohn. Wir müssen den Niedriglohnsektor konsequent trockenlegen. Niedriglöhne drängen die Menschen während ihres Arbeitslebens an den Rand der Gesellschaft und verursachen heute die Altersarmut von morgen. Die beste Lösung für dieses Problem ist der flächendeckende gesetzliche Mindestlohn von zunächst 8,50 Euro.

Das Land Hessen muss Vorbild sein. Deshalb muss das Land direkt nach der Wahl zurück in die Tarifgemeinschaft der Länder. Die Arbeitszeit für Beamtinnen und Beamte muss auf 40 Stunden reduziert werden. Ein modernes Personalvertretungsrecht, das Mitbestimmung garantiert, gehört für uns dazu. Hessen braucht eine neue Ordnung der Arbeit.

Hessen gehört neben Bayern und Sachsen zu jenen Bundesländern, die ihre Aufträge nicht an die Bezahlung von Tariflöhnen binden. Die Folge: In Hessen erhalten häufig Unternehmen öffentliche Aufträge, die ihre Beschäftigten unter menschenunwürdigen Bedingungen arbeiten lassen. Bezahlt werden bestenfalls Armutslöhne. Deshalb ist eine der dringendsten Aufgaben einer neuen Landesregierung die Schaffung eines echten Tariftreue- und Vergabegesetzes.

Mit vielfältigen Kürzungen im sozialen Bereich und Privatisierungen wie bei den Universitätskliniken Gießen und Marburg läuft Hessen Gefahr, sich vom Sozialstaat zu verabschieden. Die Solidarität der Starken mit den Schwachen bleibt auf der Strecke. Das Soziale, die öffentliche Daseinsvorsorge wird dem Wettbewerb geöffnet und vermarktet, der Staat regelt nur noch Mindestrisiken.

Wir wenden uns entschieden gegen eine Politik der sozialen Kälte. Eine künftige Landesregierung

soll sich die vom „Bündnis Soziale Gerechtigkeit“ initiierte „Hessische Sozialcharta“ zu eigen machen. Sie fordert sozialpolitische Initiativen, die sich am Leitbild eines demokratischen, solidarischen und zukunftsfähigen Sozialstaats orientieren. Insbesondere sind das Recht auf Arbeit zu verwirklichen, soziale Sicherheit zu gewährleisten, Armut zu bekämpfen und flächendeckend eine angemessene und bedarfsorientierte soziale Infrastruktur sicherzustellen.

Demokratie braucht aufgeklärte Menschen. Demokratische Beteiligung und individuelle Freiheit sind und bleiben mit der Forderung nach der Verwirklichung des Rechts auf gute Bildung für alle verbunden. Der Zugang zu Bildung muss ohne jede Diskriminierung möglich sein. Er muss unabhängig sein vom Einkommen, den häuslichen Lernbedingungen, dem Alter, der Herkunft und dem Geschlecht. Die Verkürzung der Schulzeit bis zum Abitur auf zwölf Jahre hat den Leistungsdruck in den Schulen erhöht und den Übergang von anderen Schulformen erschwert. Sie muss rückgängig gemacht werden. Die Schulen in Hessen müssen zu Ganztagschulen entwickelt werden. Bildungspolitik muss den gesamten Bildungsweg des Einzelnen berücksichtigen – von der frühkindlichen Bildung über die Schule, Phasen der beruflichen Qualifizierung bis hin zu Hochschule und Weiterbildung im Erwerbsleben. Bestehende Bildungsschranken zwischen den Bildungssystemen müssen abgebaut werden. Wir brauchen Mindeststandards in Ausbildung und Inklusion.

Die Menschen, die in Hessen leben und arbeiten, haben es verdient, dass ihre Interessen in den Mittelpunkt gestellt werden. Deshalb brauchen wir den Politikwechsel.

*Stefan Körzell*



Stefan Körzell  
Vorsitzender des DGB  
Hessen-Thüringen

# Schulsekretärin gesucht

Sie langweilen sich zwischen Aktenordnern und Verwaltungskram? Sie lieben Überraschungen, Unwägbarkeiten und Hektik? Kommen Sie an unsere Sekundarschule im Herzen Frankfurts! Über 1.000 liebenswerte Menschen erwarten Sie!

Ihr Büro ist klein und gemütlich. Im gediegenen Mobiliar der 50er Jahre werden Sie sich wohlfühlen. Sie kommen in engen Kontakt mit Leuten, die in Ihrem Rücken nach Formularen, Schülerakten und Büromaterial suchen. Bei Ihnen landen die Mühsamen und Beladenen, die Verletzten und Geschundenen, die Zeternden und die Tratschenden. An Ihrer Schaltstelle sammelt sich alles: private Versandhauspakete, die sich Kolleginnen aus praktischen Gründen in die Schule bestellen, Prospekte, Listen, Abrechnungen, Abmahnungen, Atteste, ratlose Handwerker, Klagen über Lehrerinnen (1), Klagen über Schülerinnen, Klagen über den Schulleiter und die Schulrätin. Beschwerden darüber, dass Sie nicht immer gleich ans Telefon springen und nicht jeden Wunsch sofort erfüllen.

Sie haben gute Nerven und Humor. Ein leiser Hang zum Masochismus wäre

ebenfalls vorteilhaft. Es stört Sie nicht, dass Sie für wichtige Schreibaarbeiten nie richtig Ruhe haben – es sei denn, Sie verschließen mal kurz die Sekretariatstür und ignorieren das Klopfen, Trommeln und Brüllen im Flur. Noch besser ist es, wenn Sie über grundlegende Fähigkeiten selektiver Wahrnehmung verfügen und Störgeräusche ausblenden können, seien es aufgeregte Kolleginnen (1) direkt an Ihrem Tresen, streitende Schülerinnen oder keifende Eltern.

Sie sind ein Multi-Tasking-Talent. Sie kochen mal eben Kaffee und schmieren Schnittchen für wichtige Besucher (Bildungsexpertinnen, Schulrätinnen und Hofschranzen aller Art), verteilen Post, kämpfen sich morgens durch Schülerhorden, um den Vertretungsplan auszuhängen, suchen in endlosen Kellergängen die Hausmeisterin oder holen eine Delinquentin aus dem Unterricht. Sie können Wünsche von den Augen ablesen und kommen mit Ein-Wort-Sätzen klar: „Briefumschlag!“ – „Schulbescheinigung!“ – „Pflaster!“ Sie reagieren nicht befremdet, wenn „bitte“ und „danke“ in Ihrem Berufsalltag eher Fremdwörter sind.

Sie behandeln Prellungen, angebliche Wespenstiche, Übelkeit und blaue Augen. Sie können Hypochondrie von echtem Leid unterscheiden, egal, ob es sich um Lehrpersonal oder Schülermaterial handelt. Sie halten Kühlkissen und Binden mit Flügeln bereit. Sie wissen, dass man hyperventilierenden Mädchen die Plastiktüte nur über die Nase, nicht über den Kopf zieht.

Sie sind am Telefon freundlich und geduldig. Sie fangen elterliche Gewitter ab, die eigentlich der Mathe-Fachleiterin oder der Sportlehrerin zugeordnet waren. Sie merken, ob sich eine Schülerin mit verstellter Stimme krank meldet. Sie kennen wichtige Telefonnummern auswendig (Schulleitergattin, Jugendamt, Lokalpresse, Polizei, Pizza-Service). Sie weisen Mütter, die lieber shoppen gehen als ihr krankes Kind abholen, nachdrücklich auf ihre Pflichten hin. Sie übernehmen die Aufgaben, die anderen unangenehm und lästig sind. Zum Beispiel im Nachhinein das fehlende Geld für Lehrer-Buffer

einsammeln: „Wieso? Ich habe doch nur ein einziges Brötchen gegessen. Dafür soll ich zehn Euro bezahlen???“

Sie sind großzügig und teilen mit bedürftigen Lehrerinnen (1) Ihren Kaffee. Sie waschen auch klaglos deren Geschirr mit ab. Sie tragen es mit Fassung, wenn Ihre Einkäufe aus dem Kühlschrank in der Teeküche verschwinden, dafür andere Lebensmittel, die von Lehrergelagen und Schülerfrühstücken übrig bleiben, monatelang zwischengelagert werden.

Sie gehen gelassen mit originellen Situationen um. Sie sehen nach, ob Kollegin Manthey sich Läuse eingefangen hat. Sie entfernen eine Zecke aus Lara-Lunas Wade. Sie trösten die hysterische Schülerin, die ihr Handy verloren hat. Sie erklären dem neuen Kollegen aus Bielefeld, dass es nicht Ihre Aufgabe ist, für sämtliche schulischen Sitzungen Kaffee, Kakao und Kekse bereitzustellen. Nein, Sie tippen auch nicht seine Tadel und Protokolle oder beschriften seine Briefumschläge. Sie zählen kommentarlos das Kleingeld, das auf einer Konferenz zusammengekommen ist, und kaufen davon Blumen für die kranke Oberstufenleiterin. Sie suchen im Altpapier nach wichtigen Briefen, die der Schulleiter versehentlich entsorgt hat. Sie kopieren Zeugnisse, die von Schülerinnen verschlampt worden sind. Sie erklären Brian aus der 8. Klasse, dass er seinen Physiklehrer nicht wegen Ruhestörung anzeigen könne. „Aber wieso nicht? Er hat sich gestern bei meinen Eltern beschwert und damit eindeutig meine Ruhe gestört!“ Wahr oder unwahr? Unter den richtigen Einsendungen verlose ich mein neues Buch.... [grydrych@aol.com](mailto:grydrych@aol.com).

Sie sind großzügig, wenn es um Ihre Zeit geht. Unser Schulleiter bekommt seine literarischen Anwandlungen erst am späten Nachmittag. Da wäre es schön, wenn Sie ihm nicht mit Ihrer tariflich zugesicherten Kaffeepause kommen, sondern noch ein paar Seiten für ihn tippen. Im Gegenzug wünschen wir uns ein wenig Bescheidenheit, wenn es um Ihre Gehaltsvorstellungen geht. Na, sind Sie neugierig geworden?

Gabriele Frydrych

(1) Auf Anregung der Universität Leipzig, an der jetzt der Sammelbegriff „Professorin“ für alle Geschlechter gelten soll, wird in diesem Text nach Möglichkeit nur das generische Femininum verwendet. Männer sind natürlich mitgemeint!!!



**Betr.: HLZ 7-8/2013**  
**Sozialindex**

**Schnöder Zynismus?**

In seinem Artikel beklagt der Mathematikdidaktiker *Wolfram Meyerhöfer* die Beliebigkeit und die mangelnde inhaltliche Fundierung der Vergabe von Lehrstellen über einen Sozialindex, der die Anteile der Zuwanderer unter der Schülerschaft, der Wohnungen in Einfamilienhäusern sowie der Hartz-IV-Empfänger und der Arbeitslosen an der Wohnbevölkerung berücksichtigt. Für ihn bilden diese Kriterien zudem „das allgemeine Vorurteil über ‚benachteiligte Schulen‘ ab“.

Die kritische Begleitung der mathematischen Manöver und Nebelkerzen der hessischen Schulpolitik zumal von kompetenter Seite, wie sie *Wolfram Meyerhöfer* zweifelsohne darstellt, ist wichtig und prinzipiell zu begrüßen. Jedoch kann ich als Lehrerin an einem Wiesbadener innerstädtischen Gymnasium mit in vielfacher Hinsicht heterogener Schülerschaft, für die die im gleichen Heft von *Jürgen Weiler* dargestellte „sozial indizierte Lehrerzuweisung“ besondere Chancen bietet, *Meyerhöfers* Kritik nicht unkommentiert lassen.

So hätte *Meyerhöfer* fairerweise erwähnen müssen, dass die eingangs genannten Kriterien durchaus wissenschaftlich bestätigt sind und auch in anderen Bundesländern verwendet werden, weshalb sie keineswegs so willkürlich gewählt sind, wie er behauptet. Zudem dürften eben diese Kriterien letztlich auch den von ihm präferierten *Laeken-Indikatoren* wie z. B. Armutsgefährdungs- und Langzeitarbeitslosenquote zugrunde liegen. Die hierbei von *Meyerhöfer* an verschiedenen Stellen erwähnte „Benachteiligung von Schulen“ ist zudem ungenau, denn nicht primär die Schulen sind benachteiligt, sondern vielmehr die betroffenen Schülerinnen und Schüler, was auch kein Vorurteil, sondern wissenschaftlich belegte Realität in Deutschland ist. Aufgrund meiner Erfahrungen würde ich im Sinne von *Jürgen Weiler* eher von „Herausforderungen dieser Schulen“ sprechen. Meiner Erfahrung nach können diese z. B. darin bestehen, die Textaufgaben eines Mathematiklehrbuchs für Lernende mit Deutsch als Zweitsprache sprachlich zu entschärfen oder als Klassenlehrerin Schülerinnen, Schüler und Eltern aus englischsprachigen Ländern in die dort weitgehend unbekannte Heftführung einzuführen. *Mey-*

*erhöfers* Unterscheidung zwischen dem Kind „des kanadischen Professors oder des indischen Bankers“ und den übrigen Schülerinnen und Schülern mit Migrationshintergrund ist viel zu simplifizierend. Seine Vorstellung der Vergabe der Stellen über die Entwicklung von „Projektideen“ ist ebenso nicht zielführend: Integration und Chancengleichheit sind nicht nur „Projektvorhaben“, sondern erfordern in erster Linie tägliches, den Erziehungsprozess begleitendes und sehr schüler-, lerngruppen- und auch schulspezifisches Engagement.

Zu Recht verweist *Jürgen Weiler* in diesem Zusammenhang auf die Eigenverantwortung der Schulen bei der pädagogischen Ausgestaltung.

Aus Sicht der betroffenen Schülerinnen und Schüler und der Schulen, die sie ausbilden, ist die Maßnahme richtig. Mit Blick auf den wünschenswerten nachhaltigen Erfolg ist es viel wichtiger, zu diskutieren, ob die 300 Stellen ausreichen und wie man die Kollegien durch passende Fortbildungsangebote unterstützen kann, statt über noch elaboriertere Indizes oder gar ein schnödes „Losverfahren“, das der Mathematiker *Meyerhöfer* für ein probates Mittel hält – falls es sich hierbei nicht schlicht um Zynismus handeln sollte.

**Meike Knappe-Maas, Wiesbaden**

**Betr.: HLZ 7/8 2013**  
**An der roten Linie**

**Verfassungsschutz**

*Tina Dürr* beschreibt in ihrem Artikel das „beratungsNetzwerk hessen“ und offeriert „externe Akteure“ für die „mobile Beratung gegen Rechtsextremismus an Schulen“. Welche Organisationen sich hinter diesem Netzwerk verbergen, erschließt sich dem Leser dieses HLZ-Beitrags nicht. Bei eigenen Recherchen auf der Homepage *www.beratungsnetzwerk-hessen.de* findet man als Mitglieder des „Expertenpools“ jedoch nicht nur die DGB-Jugend, die GEW Hessen und den Landesjugendring, sondern auch die Polizeiakademie und das Landesamt für Verfassungsschutz. Auch sie sollen die mobilen „Berater“ unterstützen. Die GEW Hessen hat auf dem jüngsten Gewerkschaftstag der GEW einen Dringlichkeitsantrag eingebracht, nach dem die GEW „jegliche Kooperationen mit dem Verfassungsschutz“ ablehnt, weil die „Verflechtung von ‚Verfassungsschützern‘ und ihren V-Leuten

mit neofaschistischen Organisationen (...) durch die Erkenntnisse im Zusammenhang mit den Mordtaten des NSU zur grausamen Gewissheit“ wurde. Deshalb sollte die GEW Hessen die Mitarbeit des Verfassungsschutzes im „beratungsNetzwerk hessen“ in Frage stellen, gegebenenfalls aussteigen und Alternativen für antifaschistische und antirassistische Aktivitäten in und außerhalb der hessischen Schulen finden.

**Angelika Wahl, Frankfurt**

**Betr.: HLZ 7-8/2013**  
**Ganztagsschule**

**Empörung über Ministerin Beer**

Der Ganztagsschulverband Hessen hat mit Entsetzen die Presseveröffentlichung der Hessischen Kultusministerin *Nicola Beer* vom 14.8.2013 zur Kenntnis genommen, in der die Ganztagsschule in unwürdiger Weise diskreditiert wird. Die Darstellung als „Zwangsganztagsschule“, in der Kinder keine Möglichkeit mehr haben, „spontane Besuche bei der Oma“ vorzunehmen oder „den Nachmittag für Aktivitäten in Sport- und Musikvereinen“ zu nutzen, ist für Kinder und Erwachsene, die ihre Ganztagsschule als Lern- und Lebensraum gerne nutzen und gestalten, schon lange nicht mehr nachvollziehbar.

Das Hessische Schulgesetz kennt den Begriff der „Zwangsganztagsschule“ nicht. Für die wenigen in Hessen bestehenden Ganztagsschulen im Profil 3 ist das verletzend und ein Schlag ins Gesicht der Schulen. An Ganztagsschulen finden neben dem Pflichtunterricht laut Stundentafel vielfältige Freizeitangebote, Lernzeiten statt Hausaufgaben und Übungszeiten im rhythmisierten Tagesablauf statt. So kann die Ganztagsschule dem Biorhythmus von Kindern deutlich entgegenkommen und damit das Lernen in der Schule fördern.

Wenn die Kinder dann an drei oder auch vier Tagen tatsächlich bis 16 Uhr die unterschiedlichen Angebote in der Schule wahrnehmen, dann haben sie anschließend tatsächlich frei, keine Hausaufgaben mehr, keinen Stress zu Hause. Sie können entspannt ihren Freizeitaktivitäten nachgehen oder „die Oma besuchen“. Die Ganztagsschule macht es möglich, Betreuung und Bildung für alle Kinder und Jugendlichen in optimaler Weise zu verbinden.

**Guido Seelmann-Eggebert**  
 Landesvorsitzender des Ganztagsschulverbandes



**Betr.: HLZ 7-8/2013**  
**Meyerhöfer kritisiert Sozialindex**  
**Blanker Hohn**

Vorab: Auch ein „Sozialindex“ kann soziale Ungleichheit und deren Folgen für die schulische Bildung von Kindern und Jugendlichen nicht nivellieren. Er kann jedoch die Bemühungen der Lehrkräfte, Sozialpädagoginnen und Sozialpädagogen in ihrer täglichen Arbeit mit Kindern und Jugendlichen unterstützen: bei der Förderung elementarer sprachlicher Voraussetzungen, bei der Vermittlung von differenzierten Umwelterfahrungen und positiven sozialen Erfahrungen, bei persönlicher Zuwendung und individueller Lernförderung, grundsätzlich bei dem Bemühen, Bildungserfahrungen zu ermöglichen, die einem Teil der Schülerinnen und Schüler ansonsten versagt bleiben.

Vor dem Hintergrund empörender Ungleichheit hinsichtlich der Bildungs- und Ausbildungschancen von Kindern und Jugendlichen in Deutschland ist für mich überhaupt nicht nachvollziehbar, dass *Wolfram Meyerhöfer* in seiner Kritik des hessischen Sozialindex von „gefühlter Benachteiligung“ spricht. Dass ein solcher „Nachteilsausgleich“ lediglich ein Tropfen auf den heißen Stein sein kann, ist gewiss allen Verantwortlichen bewusst. Richtig ist es auch, die Kriterien für die Zuweisung zu hinterfragen und regelmäßig zu überprüfen. So ist die Anrechnung der DaZ-Stunden sozial ungerecht, führt sie doch im Einzelfall dazu, dass ein Gymnasium mit wenig DaZ-Stunden und wenig Sprachförderbedarf eine höhere Zuweisung nach dem Sozialindex erhält als eine Grundschule mit hohem Migrantenanteil und hohem Sprachförderbedarf.

Trotzdem halte ich diesen korrigierbaren Fehler im hessischen Konzept für eine Marginalie im Vergleich zu den Überlegungen Meyerhöfers, wie „Alternativen“ zum hessischen Sozialindex aussehen könnten. So könne man den Zuschlag grob auf die Kreise verteilen, „in denen man benachteiligte Schulen kennt“. Wer ist „man“ und was bedeutet „kennen“? Für besser als das neue hessische Verfahren hält Meyerhöfer ernsthaft (?) die Verteilung „nach Gutsherrenart“ oder „in Aushandlungsprozessen“. Wer handelt da mit wem nach welchen Kriterien und mit welchem Durchsetzungsvermögen etwas aus?

Der Vorschlag, Schulen sollten sich mit „Projektideen“ bewerben, ist genauso wenig hilfreich, da er für die Schulen

erheblichen bürokratischen Aufwand mit sich brächte, ohne verlässliche Aussicht, dass die Ideen auch einen Zuschlag erhalten. Aberwitzig ist auch die Vorstellung, dass sich die Antragsteller „zu einem Entscheidungsprozedere“ zusammenfinden. Schulen und Lehrkräfte brauchen dringend Zeit für die Arbeit mit Kindern, nicht für noch mehr aufwändige Gremienarbeit, Papierfluten und Kommissionen. Und auf welcher Ebene sollten sich die Antragsteller verständigen: kreisweit, stadtweit, schulamtsbezogen, schulformbezogen?

Für „schmerzlich“, aber notwendig hält Meyerhöfer die Auseinandersetzung mit der Frage, „ob eine Schule eigentlich wirklich einen Nachteil hat oder sich nur als benachteiligt empfindet“. Für mich klingt dies wie blanker Hohn, genauso wie seine Kritik, Vielfalt werde möglicherweise an den Schulen nicht genügend als Chance und Vorteil genutzt.

Sicher werden Schulen mehr oder weniger sinnvolle Wege des „Nachteilsausgleichs“ gehen. Aber kann dies ein Argument dafür sein, dass die Schulen, deren Wege irgendjemand für „nicht so gut“ hält, leer ausgehen und mit ihren „besonderen pädagogischen Herausforderungen“ allein gelassen werden? Die bloße Vergabe zusätzlicher Mittel kann sicher nicht alle Probleme lösen, ist aber eine wesentliche Basis hierfür.

Und wer bitte soll denn entscheiden, ob eine Schule wirklich einen Nachteil hat oder ihn nur „empfindet“? Diese Frage schreit doch geradezu nach objektivierbaren Kriterien, die sicher in den nächsten Jahren noch verändert werden können und müssen. Entscheiden kann nur eine demokratisch legitimierte Regierung unter Beteiligung der regionalen Entscheidungsträger, insbesondere aller für schulische Belange zuständigen Mitbestimmungsgremien. Ob dann eine Gesamtzuweisung an die Schulämter erfolgt, die dann unter Beteiligung der Gesamtpersonalräte, der Elternvertretungen und Schulträger auf die Schulen verteilt wird, um die Unterschiede innerhalb der einzelnen Kommunen bzw. Stadtteile noch differenzierter zu berücksichtigen, oder ob das HKM die Verteilung an die Einzelschulen vornimmt und dabei vielleicht differenziertere Parameter verwendet, kann und muss man diskutieren.

Meyerhöfers Kritik an den hessischen Indikatoren ist wohlfeil, denn er selbst hält einen „gerechten“ Index für unmöglich. Aber warum soll man dann nicht wenigstens um eine „best-

mögliche“ Indexierung ringen, die ja nicht auf ewig festgeschrieben werden muss. Seine Kritik am „Zahlenmystizismus“ ist unfair und inhaltlich nicht haltbar, da grundsätzlich lediglich Korrelationen zwischen den Auswirkungen von Sozialindikatoren auf Lernergebnisse ermittelt und keine eindeutigen Wirkmechanismen beschrieben werden können. Sicher kann jede Lehrkraft Beispiele von „Wohlstandsverwahrlosung“ nennen und umgekehrt muss ein schwieriges soziales Umfeld im Einzelfall nicht zu schlechten schulischen Leistungen führen, aber Korrelationen zwischen beiden sind eben durchaus nachweisbar.

Gekrönt wird Meyerhöfers Kritik von dem Vorschlag für ein „Losverfahren“, das er für „fairer und transparenter“ hält als den hessischen Sozialindex. Weshalb es dann überhaupt eine sozial indizierte Zuweisung geben sollte und wie der Widerspruch, „nicht-benachteiligte Schulen zu bitten, sich nicht zu bewerben“, wo man doch gar nicht wissen kann, welche das sind, zu lösen ist, bleibt sein Geheimnis.

Judith Mohl, Mörfelden-Walldorf

**Betr.: HLZ 5/2013**  
**Demokratie und Bildung**  
**Verantwortung übernehmen**

Was in der HLZ zur demokratischen Bildung unserer Schülerinnen und Schüler kritisiert und zugleich angeregt wird, ist absolut nachvollziehbar und wäre sicherlich der Sache dienlich. Allerdings sind meine Erfahrungen aus 45 Jahren im Schuldienst und als ehemaliger Leiter der Koordinierungsstelle Gewaltprävention im Staatlichen Schulamt Weilburg ein wenig anders. Unsere Schulen sind zu hierarchisch aufgebaut und werden auch deshalb ihrer Aufgabe nicht gerecht. Das zentrale Anliegen aller in Schule Arbeitender müsste es sein, so viele Verantwortungsbereiche für Kinder und Jugendliche zu schaffen, wie es nur geht. Die Schule ist anerkanntermaßen ein Lern- und Lebensort. Und mündige Teilhabe am und Gestaltung des gesellschaftlichen und auch politischen Lebens lerne ich nur, wenn ich Verantwortung für andere und anderes übernehme, wenn ich erlebe, dass ich gebraucht werde und nützlich bin. Davon sind wir weit entfernt, leider!

Carlo Schulz, Weilburg

## **X** Information zu den GEW-Mitgliedsbeiträgen

Im mit der Hessischen Landesregierung im April 2013 vereinbarten Tarifvertrag (TV-H) ist zum 1.7.2013 eine Entgelt-erhöhung für die Beschäftigten (An-gestellte) des Landes Hessen um 2,8% vereinbart worden. Außerdem erhalten alle Beschäftigten im Juli eine Einmal-zahlung von 450 €, Teilzeitbeschäftig-te anteilig. Gemäß der Beitragsordnung der GEW erhöht sich deshalb auch der Mitgliedsbeitrag für die Mitglieder ent-sprechend, die diese Erhöhung erhalten.

Für die Beamtinnen und Beamten sowie die Pensionärinnen und Pensi-onäre gibt es zurzeit noch keinen Be-schluss des Hessischen Landtags, wann und in welcher Form das Tarifergebnis auf diese übertragen wird.

Wir bitten bei dieser Gelegenheit alle Mitglieder, die dies noch nicht ge-tan haben, uns ihren aktuellen Betrieb oder ihre Dienststelle sowie den Um-fang ihres Beschäftigungsverhältnis-es anzugeben. Dies ist Voraussetzung für eine korrekte Berechnung der Mit-gliedsbeiträge, aber auch für gezielte Informationen für die Mitglieder.

## **X** Marburger Aufruf: Jetzt unterschreiben

„Schule ist kein Wirtschaftsunterneh-men! Kinder und Jugendliche sind kein Humankapital! Wir fordern des-halb eine Bildung, die nicht dem Markt, sondern der Demokratie ver-pflichtet ist!“, so fasst der Marburger Bildungsaufwurf seine Forderungen zu-sammen. Die von der GEW unterstütz-te parteiunabhängige Initiative wirbt mit einer hessenweiten Unterschrif-tenkampagne für „eine neue Entwick-lungsrichtung für unser Bildungswesen“, gegen Standortkonkurrenz und Privatisierung, für Demokratisierung statt Ökonomisierung und „gegen G8 und schulischen Dauerstress“.

Die Forderungen des Aufrufs richten sich an die künftige hessische Landes-regierung. Die Unterschriftensammlung läuft bis zum 22. September, dem Tag der Landtagswahl.

• *Unterschriftenlisten sind den Schulver-trauensleuten zugegangen und im Internet verfügbar ([www.gew-hessen.de](http://www.gew-hessen.de) > Meine Ge-werkschaft > Themen > Marburger Aufruf). Online kann man den Aufruf unter <https://www.openpetition.de> unterschreiben (Suche: Marburger Bildungsaufwurf)*

## **X** GEW unterstützt Volksbegehren Pro G9

Die GEW Hessen unterstützt mit Be-schluss ihres Landesvorstands die „Volksinitiative Pro G9: Mehr Zeit für bessere Bildung“. Sie wurde gegründet, um allen Kindern die Rückkehr zu ei-ner sechsjährigen Mittelstufe zu ermög-lichen. Sie will 100.000 Unterschriften sammeln, damit der Gesetzesentwurf „Pro G9: Mehr Zeit für bessere Bildung“ in den Landtag kommt. Zu den Unter-stützern gehören auch der DGB Hessen, der Landeselternbeirat, die Landesschü-lervertretung (LSV) und die Landesver-bände der SPD und LINKEN.

• *Unterschriftenlisten zur Unterstützung des Antrags auf Zulassung eines Volksbe-ghehrens gingen allen Schulvertrauensleuten der GEW zu und sind auf der Homepage [www.ProG9.de](http://www.ProG9.de) verfügbar.*

## **X** 12./13.11.: Schulung für GEW-Vertrauensleute

Kolleginnen und Kollegen, die neu oder schon länger als Vertrauensleu-te der GEW in den Schulen tätig sind, brauchen Unterstützung, Beratung und Möglichkeiten zum Erfahrungsaus-tausch. Die nächste Schulungsveran-staltung für Schulvertrauensleute der GEW findet am Dienstag, dem 12.No-vember (Beginn 15.30 Uhr) und Mitt-woch, dem 13.November (Ende 13.30 Uhr) in Fulda statt.

An konkreten Themen aus dem Schulalltag werden Erfahrungen und Aufgaben der GEW-Vertrauensleute diskutiert: Was macht man bei schim-meligen Unterrichtsräumen, bei Kon-flikten um den Vertretungsplan oder zwischen Kollegium und Schullei-tung? Weitere Themen sind das Kleine und Große Schulbudget, die Vertiefung dienstrechtlicher Kenntnisse (Pflicht-stundenverordnung, Dienststörung, Konferenzordnung) und der Umgang mit Lernstandserhebungen.

Referenten sind *Volrad Döhner* und *Peter Kühn*. Für Vertrauensleute entste-hen für Übernachtung und Verpflegung keine Kosten, die Reisekosten werden von den entsendenden Kreisverbänden übernommen. Dienstbefreiung erfolgt nach § 16 Urlaubsverordnung (Fortbil-dung im gewerkschaftlichen Interesse). Anmeldungen bis zum 11.10. an: Bar-bara Lösel, GEW Hessen, Zimmerweg 12, 60325 Frankfurt, E-Mail: [bloesel@gew-hessen.de](mailto:bloesel@gew-hessen.de)



von links nach rechts: Armin Alizadeh (LSV), Christiane Hennrich (Pro G9), Matthias Körner (DGB), Dr. Andreas Bartels (Pro G9), Jo-chen Nagel (GEW) und Ronald Strasser (Pro G9) stellten die Volksinitiative am 24.6.2013 auf einer Landespressekonferenz vor.

## **X** Personalratswahlen im Landesschulamt

Für den Gesamtpersonalrat des Lan-desschulamtes waren 13 Mitglieder zu wählen. GEW und ver.di hatten eine gemeinsame Kandidatenliste vorgelegt. Die DGB-Gewerkschaften errangen 8 von 13 Sitzen. Bei den Beamtinnen und Beamten stimmten 64% der Wählerin-nen und Wähler für die Liste von GEW und ver.di, bei den Tarifbeschäftigten waren es 72,4%. Für die DGB-Gewerk-schaften wurden bei den Beamtinnen und Beamten *Claudia Riemer, Dieter Eitel, Regina Pomp* und *Gino Todisco* gewählt, bei den Angestellten *Bärbel Schugt, Walter Zoubek, Claudia Kilian* und *Bettina Altrichter- Braune*. Vorsit-zende und stellvertretende Vorsitzende wurden Regina Pomp und Claudia Rie-mer (beide ver.di) – ein starkes Team!

## **X** DGB Hessen-Thüringen: Mitgliederzahl wächst

Der DGB Hessen-Thüringen wächst. Am 31.12.2012 hatten die DGB-Ge-werkschaften in Hessen und Thüringen insgesamt 591.012 Mitglieder. Davon entfallen 454.815 Mitglieder auf Hes-sen und 136.197 Mitglieder auf Thü-ringen.

Besonders erfreulich ist dabei nach Auskunft des DGB-Bezirksvorsitzen-den *Stefan Körzell* der Anstieg der Zahl junger und weiblicher Mitglieder.



# Auf dem Prüfstand

*In Absprache mit den Referaten des GEW-Landesvorstands stellte die HLZ den im Landtag vertretenen Parteien 20 Fragen zu den zentralen Themen unserer Bildungsgewerkschaft und der bildungspolitischen Debatten der vergangenen und kommenden*

*Monate. Die HLZ dankt allen bildungspolitischen Sprecherinnen und Sprechern sowie Referentinnen und Referenten der Landtagsfraktionen für die pünktliche Beantwortung unserer Fragen und die Einhaltung der Vorgaben zum Textumfang.*

## Öffentlicher Dienst in Hessen

*1. Wie wollen Sie sicherstellen, dass der Grundsatz „Beamtenrecht folgt Tarifrecht“ endlich auch für die Arbeitszeit der Beamtinnen und Beamten gilt und die Pflichtstundenerhöhung von 2004 für alle Lehrerinnen und Lehrer zurückgenommen wird?*

**CDU:** Durch attraktive Arbeits- und Besoldungsmodelle hat sich Hessen einen deutlichen Vorteil gegenüber den von SPD und Grünen regierten Bundesländern verschafft, den es auch künftig zu behaupten gilt. Während im rot-grün regierten Nordrhein-Westfalen für die Besoldungsgruppen A13 und A14 keine Besoldungserhöhung vorgenommen wird, erhält in Hessen ein Studienrat der Besoldungsgruppe A13, Stufe 8, ab 1. Juli 2013 einen Besoldungszuwachs von 2,6 Prozent bzw. 110,30 Euro im Monat, der ab April 2014 um weitere 2,6 Prozent und damit nochmals um 113,17 Euro im Monat erhöht wird.

**SPD:** Wir wollen eine Reduzierung der Wochenarbeitszeit für die Beamtinnen und Beamten in Hessen und setzen uns dafür ein, die seit Jahren bestehende Ungleichbehandlung zwischen Tarifbeschäftigten und Beamten zu beenden. Wir wollen die Pflichtstundenerhöhung zurücknehmen und bleiben dabei, die Mittel für das zusätzliche unterstützende Personal haushalterisch abzusichern.

**FDP:** Ein Automatismus hinsichtlich der Tarifergebnisse für die Beamtenschaft kann nicht hergestellt werden. Grundla-

ge für die Tarifabschlüsse ist die Tarifautonomie der sozialen Marktwirtschaft. Grundlage der Beamtenbesoldung ist das dem Berufsbeamtenstatus innewohnende Alimentations- und Versorgungsprinzip, welches sich an den allgemeinen Einkommensentwicklungen orientiert. Beamten und Tarifbeschäftigte sind somit rechtlich unterschiedlich zu betrachten.

**GRÜNE:** Die schwarz-gelbe Landesregierung hat den Landesbediensteten mehr Sonderopfer abverlangt als jedes andere Bundesland. Diese Maßnahmen wollen wir zurücknehmen und die Wochenarbeitszeit der hessischen Beamtinnen und Beamten von 42 Stunden schrittweise reduzieren.

**LINKE:** Aus unserer Sicht gibt es keinen Grund, die Arbeitsbedingungen für Beamte grundsätzlich anders zu gestalten als die der Angestellten im Landesdienst. Wir setzen uns daher für die Rücknahme der Arbeitszeitverlängerung für hessische Beamtinnen und Beamte ein. Auch die im Jahr 2004 erfolgte Pflichtstundenerhöhung wollen wir zurücknehmen.

*2. Werden Sie sich für die Rückkehr Hessens in die Tarifgemeinschaft der Länder (TdL) einsetzen?*

**CDU:** In zahlreichen Bereichen steht Hessen heute mit seinen Leistungen für die Beamten besser da als die Länder in der TdL. Eine Rückkehr wird daher zum gegenwärtigen Zeitpunkt nicht angestrebt, um eine Schlechterstellung der hessischen Beamten zu verhindern.

**SPD:** Ja, wir werden uns dafür einsetzen.

**FDP:** Die Durchführung eigenständiger Verhandlungen im Rahmen des TV-H ist nach unserem Dafürhalten notwendig und beizubehalten. Darüber hinaus würden mit einer Rückkehr in die Tarifgemeinschaft der Länder auch hessische Besonderheiten entfallen, die zugunsten einer familienfreundlichen Tarifgestaltung in Hessen zwischen den Tarifpartnern vereinbart wurden.

**GRÜNE:** Ja.

**LINKE:** Ja, wir haben und werden uns auch weiterhin für die Rückkehr Hessens in die TdL einsetzen. Der Austritt aus der TdL hat weder den Beschäftigten und nicht einmal der Arbeitgeberseite substanzielle Vorteile gebracht und sich als politische Inszenierung erwiesen.

*3. Welche Pläne haben Sie zur Weiterentwicklung des Hessischen Personalvertretungsgesetzes (HPVG) und zur Wiederherstellung der Rechte der Personalräte auf den Stand von vor 1999?*

**CDU:** Im Rahmen eines wohlausgewogenen Spannungsfeldes von Effizienz und Mitbestimmung haben alle interessierten Gruppen auf der Grundlage der geltenden rechtlichen Bestimmungen die Möglichkeit, ihre Meinungen einzubringen. Es sind daher keine Änderungen beabsichtigt.





**SPD:** Wir waren mit dem Abbau von Mitbestimmungsrechten nie einverstanden und werden im Dialog mit allen Beteiligten das HPVG zukunftsweisend und europarechtskonform weiterentwickeln.

**FDP:** Die Regelungen des HPVG haben sich grundsätzlich bewährt. Die Gewerkschaften leisten im Rahmen ihrer Aufgaben gute Arbeit bei der Vertretung der Interessen ihrer Mitglieder. Dasselbe gilt für die Personalrätinnen und -räte, die ihre Mitbestimmungsrechte effektiv und vertrauensvoll wahrnehmen.

**GRÜNE:** Die Mitbestimmungs- und Personalvertretungsrechte wurden von Schwarz-Gelb in Hessen massiv abgebaut. Demgegenüber sehen wir Grüne Interessenvertretungen, Mitbestimmung, Personalvertretungen und Gewerkschaften als Bereicherung an. Wir wollen durch eine Novellierung des HPVG die Mitbestimmung im öffentlichen Dienst weiterentwickeln und im Dialog mit den Gewerkschaften das Dienstrecht reformieren.

**LINKE:** DIE LINKE setzt sich für eine vollständige Wiederherstellung der Mitbestimmungs- und Mitwirkungsrechte der Personalräte ein.



die Möglichkeit haben, dieses Geld abzurufen. Mit dem KiföG erhöht die Landesregierung ihre anteilige Finanzierung der Kinderbetreuung, so dass die Kommunen zukünftig mehr Geld zur Verfügung haben werden. Zusätzlich wird durch das KiföG die Umsetzung des Bildungs- und Erziehungsplans erstmals gefördert.

**GRÜNE:** Die jetzige Landesregierung hat viel zu spät auf den Rechtsanspruch reagiert. Wir wollen die Qualität in der Kinderbetreuung verbessern, dafür das so genannte Kinderförderungsgesetz grundlegend überarbeiten und zusätzliche Mittel bereitstellen.

**LINKE:** Die Kommunen in Hessen wurden durch die Landesregierung massiv belastet. Ihnen wurden 340 Millionen Euro aus dem Kommunalen Finanzausgleich (KFA) gestrichen. Die Kommunen haben erfolgreich gegen diese Kürzung vor dem Staatsgerichtshof geklagt. Wir fordern als ersten Schritt, die Einnahmen der Kommunen durch eine schnelle Neuregelung des KFA zu verbessern und die vorgenommene Kürzung umgehend zurückzunehmen. Darüber hinaus wollen wir die Wiedereinführung der Vermögensteuer, wovon auch die hessischen Kommunen über den KFA direkt profitieren werden. Kein Mensch lernt in seinem Leben so viel und wird so stark geprägt wie in den ersten Lebensjahren. Deshalb muss die Qualität der frühkindlichen Bildung endlich den ihr zustehenden Stellenwert erfahren. Wir wollen die Kita-Gebühren abschaffen und die Öffnungszeiten nach Bedarf der Eltern gestalten.

## Frühe Bildung

*4. Wie sollen die Kommunen finanziell in die Lage versetzt werden, den Rechtsanspruch auf die Betreuung unter dreijähriger Kinder umzusetzen und die Qualität der frühen Bildung in den Kitas zu verbessern, und was passiert mit dem Hessischen Kinderförderungsgesetz (KiföG)?*

**CDU:** Für das qualitätsorientierte, gerechte und finanziell sehr gut ausgestattete Kinderförderungsgesetz stehen von 2014 bis 2018 jährlich 424,5 Millionen Euro zur Verfügung. Dies ist eine Steigerung der Landesförderung um 70 Millionen Euro, die unmittelbar bei den Trägern der Kindertagesbetreuung ankommt.

**SPD:** Die amtierende Landesregierung hat die finanzielle Lage der Kommunen durch die Streichung von 340 Millionen Euro jährlich aus dem KFA dramatisch verschlechtert und beteiligt sich nur unzureichend an der Finanzierung der Kinderbetreuung. Gleichzeitig hat das Land mit dem KiföG die Förderung auf eine äußerst kritikwürdige Finanzierung pro besetztem Platz umgestellt. Beides wollen wir ändern. Der Rechtsanspruch auf einen U-3- und Ü-3-Platz muss erfüllt, das Angebot an Betreuung für Schulkinder gesichert und insgesamt der Ausbau von Ganztagsplätzen vorangebracht werden. In diesem Zusammenhang spricht sich die SPD auf Bundesebene für die stufenweise Einführung eines Rechtsanspruchs auf Ganztagsbetreuung aus. Der Bildungs- und Erziehungsplan soll überarbeitet und mit Leben gefüllt werden. Den Ausbau und die Qualität der Arbeit wollen wir durch Verbesserung der Personalausstattung und Verkleinerung der Gruppen erreichen. Das sogenannte Kinderförderungsgesetz wollen wir wieder außer Kraft setzen und ein neues, modernes Gesetz gemeinsam mit allen Beteiligten entwickeln, das die pädagogische Qualität in den Mittelpunkt stellt.

**FDP:** Das Land investiert 2013/14 991,4 Millionen Euro in die Kinderbetreuung. Allein 100 Millionen Euro stehen davon für den Ausbau der U3-Plätze zur Verfügung. Diese Mittel sind bisher noch nicht vollständig abgerufen worden, so dass die Kommunen derzeit und auch nach dem 1. August

*5. Was wollen Sie tun, um die Ausbildung, die Arbeitsbedingungen und die Bezahlung der Erzieherinnen und Erzieher zu verbessern?*

**CDU:** Durch vielfältige und erfolgreiche Initiativen hat die CDU-geführte Landesregierung die Zahl der Auszubildenden in diesem Bereich in den letzten drei Jahren um 43 Prozent gesteigert. Diese nachhaltige Sicherung des Fachkräftebedarfs der Kitas wird durch attraktive Rahmenbedingungen und eine fortwährende Optimierung der Ausbildungsstrukturen auch weiterhin maßgeblich gefördert.

**SPD:** Wir lehnen die geplante Verkürzung der Erzieherinnen- und Erzieherausbildung ab und wollen die grundständige Ausbildung an Fachschulen auf ihrem derzeitigen Niveau erhalten. Wir wollen mehr Personal mit Hochschulausbildung, um das durchschnittliche Qualifikationsniveau der Arbeit in

den Einrichtungen zu halten bzw. zu erhöhen. Die Arbeitsbedingungen wollen wir durch eine bessere Personalausstattung und kleinere Gruppen verbessern. Die SPD steht einer Anpassung der Gehälter von Erzieherinnen und Erziehern positiv gegenüber. Eine positive Gehaltsentwicklung und Aufwertung wollen wir durch den Ausbau von Aufbaustudiengängen und flexible Weiterqualifizierungsmaßnahmen für Erzieherinnen und Erzieher unterstützen.

**FDP:** Das FDP-geführte Kultusministerium hat ermöglicht, dass zukünftige Erzieher entscheiden können, ob sie bereits erworbene praktische Erfahrungen auf das Anerkennungsjahr anrechnen lassen möchten. Das Land erhöht ab 2014 seine anteilige Finanzierung der Kinderbetreuung auf 424,5 Millionen Euro. Die Landesregierung erwartet, dass die Kommunen dieses zusätzliche Geld auch in die Kinderbetreuung investieren.

**GRÜNE:** Erzieherinnen und Erzieher leisten eine sehr verantwortungsvolle Arbeit, die entsprechend fair entlohnt werden muss. Grundsätzlich sprechen wir uns für die Aufwertung des Berufs von Erzieherinnen und Erziehern aus. Die konkrete Ausgestaltung der Entlohnung liegt jedoch in der Verantwortung der Tarifpartner.

**LINKE:** Wir wollen die Bedingungen der Betreuung verbessern, so dass zwei qualifizierte Vollzeitkräfte auf eine Gruppe mit höchstens 8 bis 10 Kindern unter 3 Jahren und höchstens 20 Kindern über 3 Jahren kommen, die Ausbildungskapazitäten erhöhen und die Anstellungsverhältnisse verbessern, so dass nur noch unbefristete Vollzeitverträge zur Verfügung stehen.



## Schule

*6. Welche Pläne haben Sie zur Verbesserung der in Hessen besonders ungünstigen Schüler-Lehrer-Relation?*

**CDU:** Unter der CDU-geführten Landesregierung konnte die Schüler-Lehrer-Relation gegenüber der letzten SPD-Regierung von 1:20 auf 1:16 reduziert werden. Dank der Schaffung von 6.800 zusätzlichen Lehrerstellen seit 1999 gibt es heute in keinem westdeutschen Bundesland kleinere Klassen als in Hessen.

**SPD:** Wir setzen uns für eine Reduzierung der Klassengrößen und eine bessere personelle Ausstattung ein. Wir wollen die Lehrerruhestellen so verändern, dass Schulen durch ihre Personalausstattung in der Lage sind, Unterrichtsangebote an individuelle Unterschiede der Schülerinnen und Schüler anzupassen. Wir schlagen einen Sozialindex vor, um der Heterogenität der Schülerschaft Rechnung zu tragen, und der dazu beiträgt, Bildungschancen zu verbessern und Lehrkräfte in ihrer engagierten Arbeit zu unterstützen.

**FDP:** Wir haben 2.500 Lehrerstellen geschaffen, durch die Abschaffung der Sternchenregelung den Klassenteiler verringert und somit die Klassen verkleinert sowie die 105%-ige Lehrerruhestellen im Landesdurchschnitt realisiert. Dies dient der Entlastung der Lehrkräfte und der Förderung unserer Kinder. An diesem Kurs halten wir auch in Zukunft fest.

**GRÜNE:** Die GRÜNEN wollen durch eine echte 105%-Lehrerversorgung dafür sorgen, dass mehr Lehrer – oder bei Bedarf auch anderes, qualifiziertes Fachpersonal wie Sozialarbeiterinnen und -arbeiter – an den Schulen arbeiten. Der Sozialindex soll ausgeweitet werden und Schulen in besonders schwierigem Umfeld unterstützen.

**LINKE:** Die in Hessen besonders ungünstige Schüler-Lehrer-Relation wollen wir kurz- und langfristig verbessern, indem wir einerseits mehr Mittel für die Lehreraus-, -fort- und -weiterbildung zur Verfügung stellen und schließlich in der Konsequenz deutlich mehr Lehrerinnen und Lehrer einstellen. Dabei orientieren sich unsere Forderungen an Schüler-Lehrer-Relationen, wie sie in skandinavischen Ländern üblich sind. Zur Finanzierung wird das Land aber auch deutlich mehr Mittel benötigen, etwa aus einer Vermögenssteuer.

*7. Was werden Sie tun, um das Befristungsunwesen an den hessischen Schulen zu beenden?*

**CDU:** Im Gegensatz zu anderen Bundesländern hat Hessen die Kettenbefristungen begrenzt und allen angestellten Lehrern, die seit mindestens zehn Jahren befristet beschäftigt sind, einen unbefristeten Arbeitsvertrag angeboten. Die Mobile Vertretungsreserve ermöglicht den betreffenden Lehrern überdies eine Beschäftigung im Beamtenverhältnis mit garantierter Übernahme an eine feste Schule nach drei Jahren.

**SPD:** Die SPD wird die wiederkehrende Verlängerung von befristeten Arbeitsverträgen unter Auslassung der Sommerferien auf das absolut unverzichtbare Maß beschränken.

**FDP:** Die Zahl der Lehrkräfte, deren Vertrag vor den Sommerferien ausläuft, ist in Hessen deutlich gesunken. Es ist politischer Wille der FDP in Hessen, diese Verträge auf ein Minimum zu beschränken. Dies wird deutlich, wenn man die



Anzahl der Verträge vergleicht. Gab es zu Beginn der Legislatur noch 1.800 solcher Verträge sind es derzeit nur noch 250. Dass wir diesen Weg weitergehen möchten, zeigt unter anderem auch die Verdopplung der Lehrerreserve.

**GRÜNE:** Wer dauerhaft an unseren Schulen arbeitet, braucht auch einen auf Dauer angelegten Arbeitsvertrag. Lehrerinnen und Lehrer als „Saisonarbeiter“ müssen der Vergangenheit angehören.

**LINKE:** Wir wollen die Befristungen an hessischen Schulen beenden. In den nächsten Jahren werden wir deutlich mehr Lehrerinnen und Lehrer benötigen um das Bildungswesen zu verbessern. Es gibt daher keinen sachlichen Grund zur Befristung der Arbeitsverhältnisse an hessischen Schulen – Lehrerinnen und Lehrer werden dauerhaft gebraucht. Außerdem haben auch Beschäftigte im öffentlichen Dienst einen Anspruch auf ordentliche Beschäftigungsverhältnisse, prekäre öffentliche Beschäftigung lehnen wir ab.

*8. Wie beurteilen Sie die Forderung der GEW nach „einer Schule für alle Kinder“ und welche Maßnahmen wollen Sie ergreifen, um soziale Auslese in der Schule abzubauen? Welche Rolle spielen dabei die Integrierten Gesamtschulen?*

**CDU:** Die CDU Hessen steht für die Aufrechterhaltung der bewährten Strukturen im Rahmen eines begabungs- und leistungsgerecht differenzierenden Schulwesens. Mit diesem klaren Bekenntnis zur Mehrgliedrigkeit befinden wir uns in Übereinklang mit sämtlichen wissenschaftlichen Befunden und dem Willen einer überwältigenden Mehrheit der hessischen Bevölkerung. Jegliche Pläne zur Abschaffung der Gymnasien mit dem Ziel der Errichtung einer Einheitsschule von der 1. bis zur 10. Klasse lehnen wir dagegen als Ausdruck von Gleichmacherei und Zwangsbeglückung mit aller Entschiedenheit ab.

**SPD:** „Eine Schule für alle“, in der Kinder länger gemeinsam lernen und die auf individueller Förderung und Vielfalt statt sozialer Auslese und Ausgrenzung aufbaut, finden wir gut. Kinder müssen in ihrer Individualität angenommen und wertgeschätzt werden. Die Voraussetzungen dafür will die SPD durch die in ihrem Konzept „Haus der Bildung“ niedergelegten Bausteine erreichen. Integrierte Gesamtschulen halten wir für die zurzeit beste Form der Differenzierung und Förderung.

**FPD:** Eine liberale Bildungspolitik setzt auf Schulvielfalt und Schulwahlfreiheit. Aus diesem Grund werden wir keine Schulform und keinen Bildungsgang aus ideologischen Gesichtspunkten abschaffen. Die integrierten Gesamtschulen sind ein unverzichtbarer Baustein in unserem Schulwesen, auf den wir genauso bauen wie auf andere Schulformen.

**GRÜNE:** Wir sind überzeugt, dass mit längerem gemeinsamen Lernen in der Breite, bei den besonders Begabten und bei Schülerinnen und Schülern mit schulischen Schwierigkeiten bessere Ergebnisse als bislang erzielt werden können. Wir wollen diesen Weg ermöglichen, werden ihn aber nicht allen Schulen von oben verordnen.

**LINKE:** DIE LINKE hat in ihrem Bildungskonzept genau diese Forderung aufgestellt. Um der sozialen Ungerechtigkeit, der Selektion in „hohe“ und „niedrige“ Schulformen und dem Zurücklassen von Kindern und Jugendlichen, z. B. aufgrund einer Behinderung, im Bildungssystem entgegenzuwirken, ist die „Schule für Alle“ die einzige denkbare Schul-



form. Die Integrierten Gesamtschulen setzen bereits einen Teil der Bildungsarbeit um, wie die LINKE sie fordert. Aber um weitere Ziele, wie z. B. das gemeinsame Lernen von der ersten bis zur zehnten Klasse, wirkliche individuelle Förderung aller Kinder und Jugendlichen und das Abschaffen des Sitzenbleibens umzusetzen, bedarf es einer grundsätzlichen Bildungsreform.

*9. Was wollen Sie tun, um das Menschenrecht auf inklusive Bildung an hessischen Schulen zu realisieren?*

**CDU:** Grundsätzlich erkennt die CDU Hessen die schulische Inklusion im Rahmen pädagogischer Grenzen der gemeinsamen Schulbarkeit als allgemein anzuerkennendes Ziel an. Bei allen Entscheidungen und Maßnahmen zur Inklusion muss jedoch das Wohl des Kindes im Vordergrund stehen, so dass auch die Grenzen der Inklusion nicht außer Acht gelassen werden dürfen. Die CDU Hessen bekennt sich daher auch zum langfristigen Erhalt der Förderschulen, die von der laufenden Rechtsprechung im Sinne der UN-BRK als Bestandteil eines „inklusive Bildungssystems“ ausdrücklich anerkannt werden.

**SPD:** Wir wollen in Hessen ein inklusives Schulsystem umsetzen. Fortbildungsangebote für alle Beteiligten an den Schulen sind für uns genauso wichtig wie eine angemessene personelle und sachliche Ausstattung. Inklusion darf nicht an einem Haushaltsvorbehalt scheitern. Wir werden die Kooperation mit den Schulträgern verbessern und diese bei der schrittweisen Umsetzung der Inklusion unterstützen.

**FPD:** Die Beschulung in der Regelschule soll von der Ausnahme zur Regel werden. Deshalb setzen wir uns für die Realisierung eines inklusiven Schulsystems ein. Jedoch werden wir die Förderschulen erhalten, um auch dem Wunsch der Eltern Rechnung zu tragen, die ihr Kind dort beschulen lassen wollen. Das Wohl des Kindes muss an erster Stelle stehen.

**GRÜNE:** Wir wollen den inklusiven gemeinsamen Unterricht von Schülerinnen und Schülern mit und ohne sonderpädagogischen Förderbedarf von der Ausnahme zur Regel machen. Die notwendigen personellen, sachlichen und baulichen Voraussetzungen müssen den Kindern an die wohnortnahe allge-

meine Schule folgen. Eltern sollen wählen können, ob sie für ihr Kind einen Platz an der allgemeinen Schule oder an der Förderschule wünschen.

**LINKE:** DIE LINKE in Hessen hat den Ressourcenvorbehalt stets auf das Schärfste kritisiert. Inklusion kann nur gelingen, wenn alle notwendigen Mittel zur Verfügung gestellt werden. Die sogenannten Regelschulen müssen sächlich, räumlich und personell ebenso gut und bedarfsgerecht ausgestattet werden, wie es die Förderschulen sind. Die UN-BRK betont, dass jedem Menschen ein diskriminierungsfreier Zugang zu Bildung gewährleistet sein muss. Dieser Ressourcenvorbehalt verhindert aber genau dieses. Daher wird DIE LINKE ihn aufheben.

*10. Der Alltag der Schulen wird immer stärker von Lernstandserhebungen, Vergleichsarbeiten, zentralen Prüfungen und der externen Schulinspektion bestimmt. Die GEW spricht in diesem Zusammenhang von der Gefahr der „Testeritis“ und fordert die Abschaffung der Schulinspektionen. Was werden Sie tun?*

**CDU:** Die CDU Hessen wird anhand einer Kosten-Nutzen-Analyse prüfen, inwieweit eine Verschlankung der Strukturen und eine Überarbeitung des Konzeptes dem originären Auftrag der Schulinspektionen möglicherweise besser gerecht zu werden vermag.

**SPD:** Vergleichsarbeiten machen schulische Bildung nicht besser. Wir befürworten standardisierte diagnostische Tests während der Schullaufbahn. Die Überprüfung des Lernerfolgs soll jedoch allein dem Ziel der optimalen Förderung jeder einzelnen Schülerin und jedes einzelnen Schülers dienen. Wir lehnen Schulinspektionen ab und wollen die Qualität in Schulen durch interne und externe Evaluation auf der Basis klarer Zieldefinitionen (Standards) sowie vergleichender Untersuchungen verbessern. Dafür müssen Unterstützungssysteme auf- und ausgebaut werden, die den Schulen bei der Evaluierung ihrer Arbeit helfen.

**FDP:** Wir werden uns dafür einsetzen, dass die jetzige Form der Schulinspektion evaluiert und weiterentwickelt wird, um den Bedürfnissen der hessischen Schulen Rechnung zu tragen. Wir streben eine schlankere und effizientere Form der Schulinspektion in Form einer Task Force an, die den Schulen auch bei der Umsetzung und Weiterentwicklung im Sinne der Evaluationsergebnisse zur Seite steht.

**GRÜNE:** Zu einem Mehr an Eigenständigkeit für die Schulen auf der einen Seite gehört für uns auf der anderen Seite, dass die Schulen sich selbst und anderen Rechenschaft über ihre Ergebnisse ablegen und hinterfragen, wo sie Schülerinnen und Schüler noch besser fördern können. In diesem Sinne wollen wir die Schulinspektion weiterentwickeln. Die überbordende Bürokratie wollen wir zurückfahren.

**LINKE:** DIE LINKE in Hessen hat sowohl die Lernstandserhebungen und Vergleichstests als auch die Schulinspektionen immer auf das Schärfste kritisiert. Bildung muss anders verstanden und definiert werden. Die derzeitige Form der Schulinspektion wird von uns abgelehnt.

*11. Wie wollen Sie der Tatsache Rechnung tragen, dass die übergroße Mehrheit der Eltern eine Rückkehr zu G9 fordert?*

**CDU:** Die CDU-geführte Landesregierung hat mit der Einführung der Wahlfreiheit für Gymnasien die rechtlichen Voraussetzungen geschaffen, um den Schulkonferenzen eine Rückkehr zu G9 zu ermöglichen.

**SPD:** Die SPD will dem erklärten Elternwillen durch eine generelle Rückkehr zur sechsjährigen Mittelstufe Rechnung tragen. Auch für die bereits unter G8 beschulten Klassen soll eine Rückkehroption unter Wahrung des verfassungsrechtlich gebotenen Vertrauensschutzes eröffnet werden.

**FDP:** Im Bereich von G8 und G9 haben wir auf die größtmögliche Wahlfreiheit gesetzt. Die hessischen Gymnasien und kooperativen Gesamtschulen können deshalb wählen, ob sie G8 oder G9 anbieten möchten und sich dabei am Willen der Eltern orientieren. Eine Rückkehr zu G9 für alle lehnen wir ab, denn wir gestehen Schulen die Wahlfreiheit und mehr Selbstständigkeit im Rahmen der Profilbildung zu.

**GRÜNE:** Alle Eltern, die G9 für ihre Kinder wollen, sollen auch G9 bekommen. Wir stehen seit Jahren verlässlich für diese Wahlfreiheit. Zur Umsetzung wollen wir die Eltern der Grundschul Kinder befragen, ob sie G8 oder G9 wollen und anschließend gemeinsam mit den weiterführenden Schulen ein entsprechendes Angebot organisieren.

**LINKE:** DIE LINKE in Hessen hat die unsinnige Schulzeitverkürzung von Anfang an abgelehnt. G8 gehört sofort und an allen hessischen Schulen abgeschafft. Die massiven Proteste sind absolut berechtigt und wurden von der LINKEN von Beginn an unterstützt. Daher unterstützen wir auch die Volksinitiative „Pro G9 – Mehr Zeit für bessere Bildung“.

*12. Wie steht Ihre Partei zur Forderung nach einer Rückabwicklung des Landesschulamts?*

**CDU:** Oberste Priorität in Fragen der Bildungsverwaltung hat für die CDU Hessen der Erhalt der Staatlichen Schulämter als vertrauensvolle Ansprechpartner in der Fläche. Die CDU hat sich daher bei der zurückliegenden Reorganisation der Schulverwaltung erfolgreich für deren Fortbestand eingesetzt und dafür gesorgt, dass die 15 Standorte mit einer Bestandsgarantie versehen werden.

**SPD:** Die SPD sieht keine Vorteile in der Einrichtung eines zentralen Landesschulamtes, hat dies auch stets abgelehnt und wird das Landesschulamts in der Regierungsverantwortung rückabwickeln.

**FDP:** Wir haben das Landesschulamts eingerichtet und werden diesen Kurs auch fortführen, da wir der Überzeugung sind, dass die Effizienz der hessischen Schulverwaltung durch die Bündelung personeller und finanzieller Ressourcen in der Organisationsstruktur gesteigert werden kann und die selbstständigen Schulen eine Schulverwaltung benötigen, die sie in ihren veränderten Bedürfnissen unterstützt.

**GRÜNE:** Wir sehen keine Vorteile für die Schulen durch die Gründung des Landesschulamts. Bei einer GRÜNEN Regierungsbeteiligung wollen wir es rückabwickeln.

**LINKE:** Das Landesschulamts ist eine unsinnige Monsterbehörde, die in dieser Form keineswegs Verbesserungen mit sich bringt. Daher hat DIE LINKE das Landesschulamts von vorneherein abgelehnt und setzt sich für die Rückabwicklung ein.



## Berufliche Bildung

13. Wie wollen Sie die Perspektiven für 140.000 Jugendliche zwischen 20 und 30, die keinen Berufsabschluss haben, verbessern und wie stehen Sie zu einer Ausbildungsplatzgarantie für alle Jugendlichen?

**CDU:** Dank der erfolgreichen Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik der CDU-geführten Landesregierung konnte die Jugendarbeitslosigkeit in Hessen seit 1999 um über 30 Prozent reduziert werden. Zum 30. September 2012 standen den 966 jungen Menschen ohne Ausbildungsplatz über 1.950 unbesetzte Lehrstellen gegenüber. Diesen Kurs werden wir weiter fortsetzen.

**SPD:** Jugendlichen ohne Berufsqualifikation garantieren wir, soweit sie es wollen, alle nötigen Schritte zu einer beruflichen Qualifikation. Dazu werden wir die duale Ausbildung stärken, aber auch schulische und außerschulische Angebote machen, die sich am Bedarf der Jugendlichen orientieren.

**FDP:** Eine Ausbildungsplatzabgabe lehnen wir ab.

**GRÜNE:** Die GRÜNE Landtagsfraktion hat gemeinsam mit Expertinnen und Experten ein konkretes Umsetzungskonzept erarbeitet, mit dem jeder junge Mensch eine Berufsausbildung erhalten soll (<http://gruenlink.de/ho5>). Dieses Konzept sieht eine Ausbildungsplatzgarantie vor.

**LINKE:** Zunächst muss das Land Hessen mehr Ausbildungsplätze zur Verfügung stellen. Zudem wird eine landesweite Initiative zur Schaffung von mehr Lehrstellen unbedingt benötigt. Das Land Hessen sollte außerdem im Bundesrat die Einführung einer Ausbildungsplatzumlage anregen. Wir befürworten ein im Grundgesetz verankertes Grundrecht auf Ausbildung.

14. Welche Veränderungen halten Sie im Übergang von der Schule in den Beruf für erforderlich?

**CDU:** Um junge Menschen möglichst ohne Umwege direkt in eine duale Ausbildung zu führen, werden wir die Übergangssysteme reformieren und verstärkt den regional unterschiedlichen Bedürfnissen anpassen. Zudem soll die Zahl der Schul-B-Klassen deutlich ausgebaut und die Zahl der Schulabgänger ohne Abschluss dadurch weiter reduziert werden.

**SPD:** Wir halten eine frühzeitige Berufsorientierung in allen Schulformen für erforderlich. Mit einer Qualitätsverbesserung des Schulwesens, einer Neuordnung der Übergangssysteme und einer neuen Kultur der individuellen Förderung wollen wir die Voraussetzung dafür schaffen, dass allen Jugendlichen der Start ins Berufsleben gelingt.

**FDP:** Die FDP-Fraktion spricht sich für die Gestufte Berufsfachschule aus. Dabei setzt sich die FDP-Fraktion dafür ein, dass kein Kind oder Jugendlicher einen Abschluss ohne Anschluss haben soll. Daher ist die Einführung der Gestuften Berufsfachschule mit einer verstärkten Berufsorientierung der Schüler der richtige Weg, um den Übergang von der Schule in den Beruf zu verbessern. Darüber hinaus setzen wir uns auch weiterhin für eine enge Verzahnung mit der Wirtschaft ein.

**GRÜNE:** Statt dem derzeitigen Durcheinander von vielen Förderprogrammen soll es künftig nur noch zwei Grundtypen von Förderangeboten geben. Erstens die mit öffentlichen Mitteln geförderte vollqualifizierende Berufsausbildung für



Schülerinnen und Schüler, die keinen Ausbildungsvertrag bekommen haben. Zweitens eine Ausbildungsvorbereitung für Schülerinnen und Schüler, die für die Teilnahme an einer Ausbildung noch zusätzlichen Förderbedarf haben. Ziel einer jeden Förderung ist es, dass die jungen Menschen einen Abschluss in einem anerkannten Ausbildungsberuf machen. Priorität hat aber die Ausbildung im Dualen System. Näheres in unserem oben genannten Konzept.

**LINKE:** Z. B. sind neue Qualifizierungseinrichtungen für benachteiligte Jugendliche in enger Zusammenarbeit mit den Berufsschulen zu schaffen. Und Maßnahmen wie EIBE dürfen nicht aufgrund fehlender Mittel abgesetzt werden.

## Lehreraus- und -fortbildung

15. Wie stehen Sie zur Forderung der GEW nach Anrechnungsstunden für die Mentorinnen und Mentoren an den Schulen und einer Reduzierung der Arbeitsbelastung der Ausbilderinnen und Ausbilder? Welche Pläne haben Sie zur Weiterentwicklung der zweiten Phase der Lehrerausbildung?

**CDU:** Vor dem Hintergrund der gleichwohl durch die Schuldenbremse eingeschränkten Handlungsspielräume erachtet die CDU Hessen eine Mentorenentlastung grundsätzlich für notwendig. Die von der SPD beabsichtigte Abschaffung des Referendariates lehnen wir ab.

**SPD:** In den vergangenen Jahren ist eine Fülle von zusätzlichen unterrichtsfernen Aufgaben auf die Schulen verlagert worden, die die Belastung der Lehrkräfte erheblich hat ansteigen lassen. Die SPD wird in der Regierungsverantwortung sehr schnell und systematisch Schulen und Lehrkräfte von Aufgaben dieser Art entlasten. In einem ersten Schritt werden wir die finanzielle Ausstattung der Lehrerbildung wieder auf den Stand vor den erheblichen Kürzungen durch die Landesregierung im Jahr 2011 anheben. Sie hat ein Konzept zur Lehrerbildung entwickelt, das sie intensiv mit den Betroffenen diskutiert. Die zweite Phase der Lehrerausbildung wollen wir im zeitlichen Umfang erhalten, streben perspektivisch aber eine Berufseinstiegsphase mit geringerer Unterrichtsbelastung unter Beteiligung der Studienseminare an.

**FDP:** Grundsätzlich befürworten wir eine Entlastung der Mentoren und der Ausbilderinnen und Ausbilder und werden uns dafür einsetzen, die Möglichkeit der Realisierung zu überprüfen. Angesichts der Haushaltslage und der Schuldenbremse wäre es hingegen unseriös, Versprechungen zu machen, die unter Umständen nicht zu realisieren sind.

**GRÜNE:** Schulen, die sich der wichtigen Aufgabe der Lehrerausbildung stellen, wollen wir durch eine höhere Zahl an Deputatsstunden entlasten. Die teilweise unmöglichen Arbeitsbedingungen für Ausbilderinnen und Ausbilder durch die Kürzungen im Bereich der Lehrerbildung wollen wir korrigieren. Wir halten an der zweiten Phase in Verantwortung der Studienseminare fest und wollen eine bessere Vernetzung mit der ersten Phase.

**LINKE:** DIE LINKE in Hessen weiß um die hohe Belastung der Mentorinnen und Mentoren und um die Problematik der Praxisbezogenheit während des Studiums. Natürlich müssen mehr Ressourcen bereit gestellt werden, um u. a. die Betreuung während und nach den Praktika zu gewährleisten.

*16. Wie wollen Sie sicherstellen, dass die zentrale und regionale Lehrerfortbildung in Hessen wieder bedarfsgerecht aufgebaut wird?*

**CDU:** In einem dauerhaften Prozess müssen die bereitstehenden und zertifizierten Fortbildungsangebote kontinuierlich evaluiert, qualitativ verbessert und noch zielgerichteter auf die jeweiligen Bedürfnisse ausgerichtet werden.

**SPD:** Wir wollen Fortbildung nicht nur personenbezogen organisieren, sondern den Bedürfnissen im Rahmen der Schulentwicklung anpassen. Dazu sind Strukturen in der Lehrerfortbildung notwendig, die Angebote für neue Aufgaben (z. B. Inklusion) entwickeln. Gleichzeitig sollen passgenaue schulbezogene Fortbildungsmöglichkeiten für die Kollegien einzelner Schulen verstärkt werden. Die notwendigen Mittel für zentrale Fortbildungsmaßnahmen müssen zur Verfügung gestellt und die Staatlichen Schulämter für die regionalen Beratungsaufgaben gestärkt werden.

**FDP:** Mit Schaffung des Landesschulamtes und der Lehrkräfteakademie wurden die Rahmenbedingungen für eine einheitliche und bedarfsgerechte Lehrerfortbildung in Hessen geschaffen.



**GRÜNE:** Die Strukturen für eine systematische Lehrerbildung wurden in Hessen zerschlagen. Dieser Fehler wird sich kurzfristig nicht korrigieren lassen. Um dennoch schnell Verbesserungen zu erreichen, wollen wir unter dem Titel „Schulen lernen von Schulen“ ein System entwickeln, in dem Lehrerinnen und Lehrer und Schulen, die besondere Kompetenzen in einzelnen Bereichen haben, diese in Fortbildungen oder durch Hospitationen weitergeben können. Selbstverständlich braucht es dafür die notwendigen Entlastungsstunden.

**LINKE:** Die Lehrerfortbildung muss ein regelmäßiger, verpflichtender und qualitativ hochwertiger Bestandteil während der gesamten Berufsausübung werden. Dafür wäre eine professionelle Fortbildungsplanung notwendig. Regionale Angebote spielen hier eine wichtige Rolle, da sie die Spezifika der einzelnen Schulen und ihrer Standorte berücksichtigen können.

## Hochschulen

*17. Wie wollen Sie die hessischen Hochschulen für dauerhaft steigende Studierendenzahlen fit machen?*

**CDU:** Der bis 2015 verlängerte Hessische Hochschulpakt hat den staatlichen Hochschulen erhebliche Zuwächse ermöglicht und ein festes Budget über einen längeren Zeitraum garantiert. Aktuell stehen auf diese Weise 1,54 Milliarden Euro zur Verfügung, so viel wie nie zuvor in der Geschichte des Landes Hessen.

**SPD:** Steigende Studierendenzahlen verlangen verlässliche Rahmenbedingungen. Die SPD beabsichtigt, die Finanzierung der Hochschulen insgesamt deutlich zu verbessern. Unser Finanzierungskonzept sieht eine solide Grundfinanzierung und einen kleineren wirkungsüberprüften Leistungsteil vor. Damit wollen wir die Hochschulfinanzierung neu justieren und das Grundbudget stärken. Das stärkt auch die Planungs- und Steuerungssicherheit der Hochschulen. Das neue Konzept wird auch die hochschulinterne Mittelverteilung mit in den Blick nehmen.

**FDP:** Die FDP setzt sich dafür ein, dass jeder junge Mensch, der studieren will und dazu fachlich in der Lage ist, auch studieren kann. Dazu statten wir die Hochschulen finanziell aus, indem wir die Bundesmittel aus dem Hochschulpakt 2020 mit Landesmitteln kofinanzieren.

**GRÜNE:** Wir wollen in einem gemeinsamen Prozess mit den Hochschulen deren Finanzierung auf eine gerechtere Basis stellen. Prinzip für uns ist dabei eine Rückführung der Erfolgsanteile auf ein verträgliches Maß zugunsten der Grundfinanzierung. Gleichzeitig wollen wir die finanzielle Ausstattung der Hochschulen verbessern, damit diese 10.000 neue Studienplätze schaffen können. Die auskömmliche Finanzierung der Hochschulen bedarf einer starken und dauerhaften Mitfinanzierung durch den Bund. Wir streben eine Aufhebung des Kooperationsverbotes an.

**LINKE:** Vor allem brauchen Hochschulen eine verlässliche und ausreichende Grundfinanzierung. Zudem müssen die QSL-Mittel dynamisiert werden.



18. Wie werden Sie gegen die steigende Zahl prekärer und befristeter Arbeitsverträge in der Wissenschaft vorgehen?

**CDU:** Aufgrund der Autonomie der Hochschulen wäre denkbar, dass diese selbst Standards zum Umgang mit befristeten Beschäftigungsverhältnissen entwickeln, wie dies z. B. bereits an der TU Darmstadt geschieht.

**SPD:** Die SPD ist für einen verantwortungsvollen Umgang mit Zeitverträgen in der Wissenschaft. Wir werden uns nach den Landtagswahlen weiter mit der Beschäftigungssituation an den Hochschulen befassen und dann im Dialog mit Hochschulen, Gewerkschaften und Beschäftigten erörtern, in welchen Zeitabläufen Veränderungen umgesetzt werden können.

**FDP:** Befristete Stellen sind für den wissenschaftlichen Nachwuchs wichtig, um parallel eine Weiterqualifikation durchzuführen. Deshalb vergeben Hochschulen vergleichsweise viele befristete Stellen. Alle Gruppen sind an der Entscheidungsfindung der Hochschulen beteiligt und wir werden auch weiterhin die Autonomie der Hochschulen, eine Errungenschaft unserer Regierungszeit, erhalten. Daher werden wir nicht per Gesetz in die Stellenbesetzung der Hochschulen eingreifen.

**GRÜNE:** In der Zunahme unsicherer Beschäftigungsverhältnisse an den Hochschulen sehen wir ein großes Problem. Dauerarbeit muss in Dauerstellen geleistet werden. Qualifikationsstellen müssen so ausgestaltet sein, dass sich die Inhaberinnen und Inhaber wirklich qualifizieren können. Wir wollen den Hochschulen durch eine Verstetigung der Mittelzuwendungen ermöglichen, die Praxis der Ketten- und Kurzzeitbefristungen zu beenden.

**LINKE:** Auch hier spielt die ausreichende Grundfinanzierung eine entscheidende Rolle. Der Abhängigkeit von der Einwerbung von Drittmitteln muss Einhalt geboten werden.

## Weiterbildung

19. Wie wollen Sie der zunehmend prekären Beschäftigung in der Weiterbildung begegnen?

**CDU:** Die CDU-geführte Hessische Landesregierung fördert die Volkshochschulen im Rahmen der jährlichen Grundförderung in einem Umfang von 200.000 Unterrichtsstunden, die jeweils mit 25 Euro veranschlagt werden. Sowohl in Bezug auf die Gesamteinnahmen als auch im Hinblick auf die öffentliche Förderung liegt die Pro-Kopf-Förderung der Volkshochschulen in Hessen dabei im oberen Bereich.

**SPD:** Die SPD sieht sich der Bekämpfung der prekären Beschäftigung besonders verpflichtet. Die SPD hält die Förderung für die Weiterbildung in Hessen für deutlich zu gering. Die SPD-Fraktion hat daher in den vergangenen Jahren Änderungsanträge zu den Haushaltsberatungen mit dem Ziel eingebracht, jährlich die Förderung um 1 Million Euro zu erhöhen und in einem Stufenprogramm auf eine Erhöhung von insgesamt 5 Millionen Euro für diesen Bereich zu kommen. Diese Anträge sind von CDU und FDP stets abgelehnt worden. In Regierungsverantwortung möchten wir die stärkere finanzielle Förderung der Weiterbildung durchsetzen.

**FDP:** Wir setzen uns für stärkere Kooperationen der einzelnen Anbieter ein. Bereits heute gibt es einen Mangel an professi-



onellen Kräften in der Weiterbildung, dies wird eine Verbesserung der Arbeitsbedingungen nach sich ziehen.

**GRÜNE:** Prekäre Beschäftigung ist ein unhaltbarer Zustand, er muss auf ein Minimum reduziert werden. Dort, wo wir dies können, werden wir auf Landesebene unseren Einfluss nutzen, um prekäre Beschäftigung deutlich zu reduzieren.

**LINKE:** Insbesondere die „Honorararbeit“ ist in der Weiterbildung vorherrschend. Wir fordern eine Überführung dieser Verträge in sozialversicherungspflichtige Arbeitsverhältnisse.

20. Welche Maßnahmen werden Sie ergreifen, um die „hessische Bildungswirtschaft“ wieder auf gesunde Füße zu stellen?

**CDU:** Die wachsende Zahl der in der Weiterbildung aktiven Menschen ist nicht zuletzt Ausfluss einer intensivierten Förderung des Weiterbildungssektors in Hessen. Diesen positiven Trend gilt es auch in Zukunft fortzusetzen. Die CDU Hessen wird daher einen Weiterbildungspakt mit den freien und öffentlichen Trägern der Erwachsenenbildung vereinbaren.

**SPD:** Die SPD lehnt eine „Ökonomisierung“ der Bildung ab. Ziel unserer Bildungspolitik ist eine demokratische Schule, an der Eltern, Schüler und Lehrkräfte beteiligt sind und mitgestalten können. Im Mittelpunkt von schulischem Handeln steht das einzelne Kind und sein individueller Bildungsweg.

**FDP:** Die FDP-Fraktion möchte eine Verstetigung des Angebots erreichen und die im HESSENCAMPUS geschaffenen Strukturen sichern. Durch eine Abstimmung der öffentlichen und privaten Angebote soll auch in der Fläche ein Angebot erhalten bleiben und somit ein lebenslanges Lernen ermöglicht werden.

**GRÜNE:** Die hessische Bildungswirtschaft ist verbesserungsfähig. Hier gilt es nach einer profunden Evaluation eine Neuausrichtung mit allen Beteiligten zu erreichen. In dem Konzept „Hessen in Arbeit und Ausbildung“ (<http://gruenlink.de/gbl>) hat die GRÜNE Fraktion sich eingehend mit dem Thema auseinandergesetzt. Kern ist der Pakt für Weiterbildung, durch den die Beteiligung der Menschen in Hessen an den Angeboten der Fort- und Weiterbildung deutlich erhöht werden soll.

**LINKE:** Zunächst tut sich DIE LINKE mit dem Begriff „Bildungswirtschaft“ etwas schwer, da wirtschaftliche Interessen in der Bildung keineswegs Vorrang haben dürfen. Im Bereich der Weiterbildung muss die über Jahre hin fortschreitende Abschmelzung der Fördermittel rückgängig gemacht werden.

## Ministerin zwischen Charme und Murks

Mindestens drei Kuckuckseier belasteten den Amtsantritt von Kultusministerin *Nicola Beer* (FDP) am 31. Mai 2012, zwei davon hatte die eigene Partei gelegt:

- Ihr Parteivorsitzender *Jörg-Uwe Hahn* hatte es sich in den Kopf gesetzt, seiner Partei ein jüngeres Profil zu geben, und Kultusministerin *Dorothea Henzler* und Wirtschaftsminister *Dieter Posch* zum Rücktritt gedrängt. Henzler, unbestritten eine erfahrene Bildungspolitikerin, folgte dieser Aufforderung mit erkennbarem Widerwillen.
- Der mit dem Wechsel von *Florian Rentsch* ins Wirtschaftsministerium zum Fraktionsvorsitzenden aufgestiegene FDP-Abgeordnete *Wolfgang Greilich* hatte schon 2011 Kultusministerin Henzler mit dem Plan zur Errichtung eines Landesschulamts düpiert, an dem die Landesregierung trotz der ablehnenden Stellungnahmen aller Verbände hartnäckig festhielt und der bis heute eine Hypothek für Beer darstellt.
- Das dritte Kuckucksei legte Ministerpräsident *Volker Bouffier* (CDU). In treuer Koalitionsdisziplin bekannte sich Beer direkt nach ihrem Amtsantritt noch einmal ausdrücklich zu der noch von *Roland Koch* (CDU) und *Karin Wolff* (CDU) ausgebrüteten Schulzeitverkürzung G8. Man werde allerdings noch einmal überprüfen, „ob vor Ort in den G8-Gymnasien tatsächlich nach den reduzierten Lehrplänen unterrichtet werde“. Nur 14 Tage später wies Volker Bouffier die neue Ministerin an, Pläne auszuarbeiten, damit die Schulen schon zum Schuljahr 2012/13 selbst über die Dauer der Schulzeit entscheiden können. Das Weitere ist bekannt ...

All diese Stolpersteine versucht Nicola Beer, die als Landtagsabgeordnete und Staatssekretärin im Europa-Ministerium von Jörg-Uwe Hahn politische Erfahrung sammelte und bei der Frage nach ihrer bildungspolitischen Kompetenz gern auf ihre inzwischen 14-jährigen Zwillinge hinweist, hinter einer Charmeoffensive zu verstecken. Ihr strahlendes Lächeln begegnet einem auf der Presseseite des Hessischen Kultus-

ministeriums (HKM) gleich in mehrfacher Vervielfältigung. Für einen guten Zweck springt die gelernte Bankkauffrau und studierte Juristin auch mal mit dem Fallschirm ab. Ihre Fähigkeit, zuzuhören, nimmt Gesprächspartner für sie ein, auch wenn diese oft die notwendigen Schlussfolgerungen vermissen. Ihre Eloquenz nutzt sie vor allem, um die Dinge schönzureden, und die Verantwortung sucht sie gerne bei anderen:

- Dass es für die Errichtung des Landesschulamts so gar keine Unterstützung gab, führte Beer darauf zurück, dass die Anhörung einfach zu früh kam: „Wenn wir diese Anhörung in ei-

nem Vierteljahr machen würden, sähe das Ergebnis komplett anders aus.“ Allerdings ist dieses Zitat aus der Frankfurter Rundschau inzwischen schon ein ganzes Jahr alt ...

- Das schlechte Abschneiden hessischer Grundschul Kinder beim Vergleich von Mathematikleistungen hat für Beer etwas mit den Lehrkräften zu tun, „die Mathematik unterrichten, ohne ausgebildet zu sein“. Die werde man jetzt „nachqualifizieren, damit sie entsprechend qualitativ hochwertigen Unterricht machen können“.
- G8 ist und bleibt trotz aller Willensbekundungen vieler Eltern, trotz des Scheiterns der Wahlfreiheit für Beer kein Murks, sondern ein „Erfolgsmodell“. Und wenn das durch die schulische Wirklichkeit widerlegt wird, liegt es eben an den Schulen, weil die „entschlackten Inhalte (...) noch nicht in jedem Klassenzimmer angekommen“ sind.
- Und wenn Beer beim Besuch einer Schule im Main-Taunus-Kreis, die über große Erfahrungen im Gemeinsamen Unterricht (GU) verfügt, mit dem Ausbluten des GU durch die Versetzung der Förderschullehrkräfte an die Beratungs- und Förderzentren konfrontiert wird, erklärt sie, dann werde man eben die allein gelassenen Regelschullehrer „für die neuen Herausforderungen durch Inklusion weiterbilden und die Lehrerbildung modernisieren“.

### Juristin unter Juristen

Als Juristin umgibt sich Beer auch gern mit Juristen. Zu ihrem Staatssekretär wurde der Jura-Professor *Ralph Alexander Lorz* ernannt und auch der kommissarische Präsident des am 1.1.2013 nach Verabschiedung des „Schulverwaltungsorganisationsstrukturreformgesetzes“ errichteten Landesschulamts *Jörg Meyer-Scholten* ist Jurist. Gekrönt wurde all dies mit der bundesweiten Ausschreibung für das Amt des Präsidenten des LSA, die Pädagoginnen und Pädagogen ausschloss. Stattdessen suchte man eine Person mit Zweitem Juristischem Staatsexamen mit „Affinität zu Fragen des Bildungswesens“. Die Besetzung dieser hoch dotierten Stelle wurde inzwischen genauso wie die anderer Leitungsfunktionen im LSA durch Konkurrentenklagen blockiert.

Allerdings ist der geballte juristische Sachverstand an der Spitze des HKM kein Hinderungsgrund für juristische Schlappen. Verwaltungsgerichte kippten die Versetzung von Beschäftigten im HKM an das LSA und die Zuerkennung des Mittleren Bildungsabschlusses nach Klasse 9 der verkürzten gymnasialen Mittelstufe. Arbeitsgerichte geißelten die Befristungspraxis des HKM, die auch Beer ein Dorn im Auge war, als sie 2005 noch Landtagsabgeordnete in der Opposition war:

„Nun beginnt sie bald wieder, die Zeit des großen Zitterns für Grundschüler und Klassenlehrer mit befristeten BAT-Verträgen in der Stadt Frankfurt. Häufig werden die Kleinen in die Schulferien entlassen und wissen nicht, ob sie ihren vertrauten Klassenlehrer nach den großen Ferien noch einmal wiedersehen. Hier muss die hessische Kultusministerin endlich Abhilfe schaffen.“

Ein Gesprächsangebot der GEW zur schnellen Beendigung des Befristungsunwesens lehnte sie im Juni 2013 ab. Stattdessen forderte sie den GEW-Vorsitzenden *Jochen Nagel* und

#### PRESSEMITTEILUNGEN

### Alle Pressemeldungen im Überblick



12.04.2013

#### Ersatzschulfinanzierung

Rund 50.000 (ca. 5,6%) aller hessischen Schülerinnen und Schüler besuchen eine der 185 Ersatzschulen in Hessen. 167 davon werden durch die Hessische Landesregierung finanziert. Mit der Novellierung des Ersatzschulfinanzierungsgesetzes soll nun eine grundlegende Reform der Bezuschussung der Ersatzschulen rückwirkend zum 1.1.2013 umgesetzt werden.

► Weiterlesen



11.04.2013

#### Aktionswoche

Sowohl Kultusministerin Beer als auch Kultusstaatssekretär Prof. Lorz machten sich heute im Rahmen einer innovativen Integrationspolitik der Landesregierung ein Bild von beispielgebenden Integrations-Projekten.

► Weiterlesen



11.04.2013

#### 70 neue Ganztagschulen

Im neuen Schuljahr wird es in Hessen 115 neue Lehrerstellen zur Ausweitung der Ganztagsangebote geben, sodass 70 Schulen aller Schularten, vor allem Grundschulen, neu in das Ganztagsprogramm des Landes aufgenommen werden können.

► Weiterlesen



die Vorsitzende des Landeselternbeirats (LEB) *Kerstin Geis* auf, wegen ihrer Kandidaturen für Bundes- und Landtag ihre Ämter ruhen zu lassen.

Eine von Kultusministerin Henzler geübte neue Gesprächskultur in der Zusammenarbeit mit dem HPRLL droht unter Beers Ägide zu versanden. Der LEB konstatierte bei der Vorstellung eines Pilotprojekts zur „Gestuften Berufsfachschule“, dass man die Eltern außen vor lasse und „lieber mit den Vertretern der Wirtschaft spricht“. Ähnliche Stimmen vernimmt man auch aus dem Kreis der Schulträger.

Aber wenn Beer übers Ziel hinausschießt, tut sie das nur „aus rhetorischen Gründen“. Im Wortlaut lieferte sie diese Begründung auf die Anfrage des HPRLL zu ihrer Aussa-

ge im Landtag, dass alle Ganztagschulen mit einem Angebot an fünf Tagen (Profil 3) „schon jetzt eine zusätzliche Zuweisung von 30% haben“, obwohl es nach dem Zuweisungserlass tatsächlich nur 17,5% für die Schulen der Sekundarstufe I und 27,5% für die Grundschulen sind. „Hier liegt die Vermutung nahe“, so die Antwort auf dem HKM, dass Frau Beer die Zahl 30 „aus rhetorischen Gründen (...) gewählt hat“. Vielleicht gilt das ja auch für den „klar erkennbaren Nutzen“ des neuen LSA, die „Fortbildungsoffensive“ für Lehrerinnen und Lehrer und die 105-prozentige Lehrerzuweisung.

Harald Freiling, HLZ-Redakteur

## Opposition zur Lehrerausbildung

*In der HLZ 7-8/2013 haben wir die Politik der schwarz-gelben Landesregierung auf dem Gebiet der Lehrerbildung einer kritischen Bilanz unterzogen. Wie sieht es aber mit den Programmen der Oppositionsparteien hinsichtlich Lehrerbildung aus? Im*

*Folgenden sollen ihre Konzepte vor dem Hintergrund des Landesvorstandsbeschlusses der GEW vom 25. Mai 2013 bewertet werden ([www.gew-hessen.de](http://www.gew-hessen.de) > Meine Gewerkschaft > Themen > Lehreraus- und -fortbildung).*

### SPD: Bachelor und Master

Die SPD hat in mehreren Anhörungen und Expertentagungen ein alle Phasen der Lehrerbildung umfassendes Konzept für „eine moderne und integrierte Lehrerinnen- und Lehrerbildung“ entwickelt und dabei folgendes Ziel formuliert: *„Eine zeitgemäße Lehrerinnen- und Lehrerbildung ist durch eine konsequente Verbindung von Wissenschaftlichkeit, Praxistauglichkeit und professioneller Reflexions- und Kritikfähigkeit gekennzeichnet.“*

Als langfristige Perspektive wird die Ablösung des Referendariats durch eine Berufseinstiegsphase benannt, weil dies der Struktur der Lehrerausbildung in Europa entspreche. Mittelfristig soll der Vorbereitungsdienst aufgrund der neuen Aufgaben der Studienseminare von 21 auf 18 Monate verkürzt werden. Die Studienseminare sollen in das universitäre Angebot des sechsmonatigen schulischen Vertiefungspraktikums in der Masterphase in enger Kooperation mit Universitäten und Schulen maßgeblich einbezogen werden. Außer einem „Praxissemester“ im Masterstudiengang bei Beibehaltung von schulpraktischen Studien in der Bachelorphase plant die SPD ein gleich langes Studium für alle Lehrämter, eine intensive Eignungsberatung sowie eine inhaltliche Reform des Studiums hin zu mehr Praxis- und Schulbezug, interdisziplinärem Lernen, Diagnostik und Fördern. Fachwissenschaften und Bildungswissenschaften seien im Hinblick auf die Anforderungen der Wissenschaft und der Berufspraxis auszubalancieren. Das Referendariat soll nach Einführung des Praxissemesters und der Kürzung auf 18 Monate neu organisiert werden:

*„Die genauere Phasenstruktur im neuen 18-monatigen Zyklus sowie die genaueren inhaltlichen Anforderungen sollten in einer phasenintegrierend zusammengesetzten Kommission im Kontakt mit den verschiedenen Akteuren der Lehrerbildung erarbeitet werden.“*

Auf das Referendariat soll eine Berufseingangsphase mit zwei bis vier Anrechnungstunden und einer verpflichtenden Fortbildung folgen, die das erworbene Professionswissen und -können verstetigen und ausbauen sollen.

**Bewertung aus GEW-Sicht:** Es gibt etliche Gemeinsamkeiten zwischen dem SPD-Konzept und den GEW-Positionen:

- Auch die GEW fordert, dass das Studium künftig für alle Lehramtsstudiengänge gleich lang sein soll, da die Anforderungen des jeweiligen schulischen Arbeitsfelds zwar teilweise verschieden, aber ähnlich komplex sind. Außerdem ist eine gleich lange Lehrerausbildung eine notwendige Voraussetzung für die Veränderung des Schulsystems in Richtung des Abbaus von Segregation. Damit muss die Angleichung der Besoldung auf dem Niveau von A13 verbunden sein.
- Die GEW begrüßt, dass die SPD eine Berufseingangsphase mit Stundenentlastung realisieren will.

In anderen Punkten haben GEW und SPD unterschiedliche Vorstellungen:

- Was die Praxisanteile im Lehramtsstudium betrifft, befürwortet die GEW das Konzept der gestuften Praktika, sofern diese in das Studium der Bildungswissenschaften und der Fachdidaktik integriert werden, um forschendes Lernen und Reflexionsfähigkeit im Hinblick auf das Handlungsfeld Schule aufzubauen. Genauso wichtig ist die qualitativ hochwertige Betreuung durch Hochschulen, Schulen und Studienseminare – und das ist eben auch eine Ressourcenfrage.
- Der GEW ist nicht ersichtlich, welchen qualitativen Vorteil die Umstellung des Lehramtsstudiums auf Bachelor- und Masterabschlüsse bringen sollte. Die Begrenzung der Zulas-

### Mehr zur Wahl in dieser HLZ

- Auf Seite 15 finden Sie die Antworten der Parteien auf die Frage, was sie gegen die steigende Zahl prekärer und befristeter Verträge an den Hochschulen tun wollen. Was dies aktuell für viele Lehrkräfte mit besonderen Aufgaben an der Universität Kassel bedeutet, lesen Sie auf Seite 23 in dieser HLZ.
- Was die Parteien zur Kommunalisierung der Schulen sagen und was die GEW davon hält, lesen Sie auf Seite 24.
- Informationen zum Zustand der Lehrerfortbildung in Hessen und die Aussagen in den Wahlprogrammen finden Sie auf S. 25.

sung zum Masterstudium dient als Steuerungsinstrument, und Hilfslehrkräfte mit Bachelor-Abschluss lehnt die GEW ab.

- Die GEW teilt die Analyse der SPD, dass der Vorbereitungsdienst „stofflich und mit Blick auf die Anzahl der Module überfrachtet war“. Die GEW fordert die Abschaffung der permanenten Benotung der Lehrkräfte im Vorbereitungsdienst und die Rückkehr zur Benotungspraxis, die die professionelle Entwicklung der Lehrkräfte im Vorbereitungsdienst über einen längeren Zeitraum zur Grundlage hat.
- Die GEW fordert eine Verringerung der Unterrichtsverpflichtung der Lehrkräfte im Vorbereitungsdienst (LiV) auf höchstens zehn Stunden, sodass diesen noch Zeit für Hospitationsunterricht bleibt. Eine gute Ausbildung erfordert Ressourcen in Form von Zeit für Beratung und Reflexion. Daher müssen die Ressourcen für die Ausbildung am Studienseminar pro LiV deutlich erhöht werden. Die Schulen müssen pro LiV zwei Stunden für die Entlastung von Mentorinnen und Mentoren erhalten. Des Weiteren fordert die GEW die Senkung der Anrechnung der LiV an den Schulen auf höchstens vier Stunden. Nur so sind „Doppelsteckungen“ und ausbildungsförderlicher mentorenbegleiteter Unterricht möglich. Solche konkreten Rahmenbedingungen für gelingende Lehrerausbildung nennt das SPD-Konzept nicht.

### Die GRÜNEN: Verkürzung des Referendariats

Die GRÜNEN betonen in ihrem aus dem Jahr 2010 stammenden Konzept „Reform der Lehrerbildung“ die Notwendigkeit von mehr Praxisbezug in der Lehrerausbildung ([www.gruene-hessen.de/landtag](http://www.gruene-hessen.de/landtag) > Publikationen > Konzepte für Hessen). Daher plädieren sie für zwei Praxissemester: eines im Grundstudium, eines im Hauptstudium. Das Referendariat könne dann auf ein Jahr verkürzt werden. Die inhaltliche Ausgestaltung der Praxissemester solle in der Verantwortung der Studienseminare liegen. Universitäten und Studienseminare sollen sich gegenseitig bei der Gestaltung der Lehrerbildung beraten und unterstützen.

**Bewertung aus GEW-Sicht:** Die GEW stimmt mit der Einschätzung der GRÜNEN überein, dass die Kürzungen in der Lehrerausbildung und die Erhöhung der Anrechnung der LiV-Ausbildung und Schule gleichermaßen belastet. Die GEW lehnt es ab, dass zwei Praxissemester die gestuften schulpraktischen Studien ersetzen sollen. Diese Praxisphasen leisten – je nach Ausbildungsstand – einen spezifischen Beitrag zum Aufbau von Lehrerprofessionalität und gewährleisten eine kontinuierliche Begleitung des Professionalisierungsprozesses der Studierenden. Katastrophal wäre eine Verkürzung des Referendariats auf ein Jahr, wie die Erfahrungen in Sachsen zeigen ([www.gew-jugend-sachsen.de/node/43](http://www.gew-jugend-sachsen.de/node/43)). Die Qualität der Lehrerausbildung würde empfindlich sinken und die LiV ständen mehr denn je unter Dauerstress.

### Die LINKE: Gemeinsames Grundstudium

Die Linke will die Verkürzung des Referendariats zurücknehmen und eine gemeinsame Grundausbildung aller Lehrkräfte mit anschließender Differenzierung nach Fächerschwerpunkten sowie weiteren Schwerpunktsetzungen. Alle Lehrkräfte sollen nach der Ausbildung gleich bezahlt werden. Zwingende Bestandteile der Lehrerausbildung seien Förderpädagogik, Diagnostik, die Arbeit in multiprofessionellen Teams sowie das Lehren und Lernen in heterogenen Lerngruppen. Mentorinnen und Mentoren sollen Anrechnungsstunden bekommen und für ihre Aufgaben qualifiziert werden.

**Bewertung aus GEW-Sicht:** Den Programmpunkten der LINKEN stimmt die GEW zu, weil sie auf Veränderung zur inklusiven Schule abzielen. Allerdings bleibt das Konzept noch im Allgemeinen. So bleibt z. B. die Frage offen, wie die Lehrerausbildung auf die Arbeit in multiprofessionellen Teams vorbereiten kann.

Franziska Conrad, Referat Aus- und Fortbildung

## GEW-Seniorinnen und -Senioren zur Landtagswahl

*Auch die Personengruppe Seniorinnen und Senioren der GEW Hessen wandte sich mit Forderungen an die im Landtag vertretenen Parteien. Deren Positionierung zu der wachsenden Bedeutung der älteren Menschen in unserer Gesellschaft sei „eine we-*

*sentliche Entscheidungsgrundlage für die Stimmabgabe bei der Landtagswahl“. Die Stellungnahmen der Parteien sind auf der GEW-Homepage veröffentlicht ([www.gew-hessen.de](http://www.gew-hessen.de) > Meine Gewerkschaft > Themen > Seniorinnen und Senioren).*

Die Personengruppe Seniorinnen und Senioren der GEW Hessen hat zur Landtagswahl 2013 folgende Forderungen aufgestellt:

- Verankerung der Seniorenmitbestimmung mit Sitz-, Rede- und Stimmrecht in der Hessischen Gemeindeordnung durch ein Hessisches Seniorenmitwirkungsgesetz
- Teilhabe aller – der Älteren, der Ärmeren, der Behinderten – am sozialen, gesellschaftlichen, kulturellen und politischen Leben, zum Beispiel durch den Ausbau des lebensbegleitenden Lernens durch geeignete Einrichtungen
- Erhaltung der Mobilität, zum Beispiel durch Ausbau der Barrierefreiheit in allen Bereichen und des öffentlichen Nahverkehrs in ländlichen Regionen
- Aufhebung der Schuldenbremse und des Fiskalpakts
- Rückkehr in die Tarifgemeinschaft der Länder (TdL) für alle Bediensteten und Beamten Hessens; Rückkehr zur Rente bezie-

hungsweise Pension mit 65 Jahren; Wiedereinführung der Altersteilzeitregelung in Hessen

- Rekommunalisierung von Grundversorgungseinrichtungen, insbesondere der Energieversorgung
- Sicherstellung des Arztesbestandes in ländlichen Regionen
- Rücknahme der Privatisierung von öffentlichen Einrichtungen (Wohnungsgesellschaften, Hochschulen, Krankenhäuser, u.a.)
- Bau und Finanzierung von bezahlbarem behinderten- und altengerechtem Wohnraum für Singles und Großfamilien; kein Verkauf von öffentlichem Wohnraum
- Zur Finanzierung fordern wir die Erhöhung des Spitzensteuersatzes der Einkommenssteuer, eine höhere Besteuerung großer Erbschaften und die Wiedereinführung der Vermögenssteuer bzw. -abgabe.





gemeinnützige  
bildungsgesellschaft mbH  
der GEW Hessen

# FORTBILDUNG

## PROGRAMMAUSZUG

September – November 2013

### DEMOKRATISCHE BILDUNG

Seminar D4016

#### Arbeiten mit dem Index für Inklusion in Kitas

Jochen Kramer & Theresia Friesinger

Do, 19.09.13, 10:00 - 17:00 Uhr, Frankfurt

Entgelt 59 €; Mitglieder GEW Hessen 38 €

Exkursion D4022

#### Rassismuskritischer Stadtrundgang in Frankfurt

Zwischen Duldung, Anerkennung und Abschiebung

Constantin Wagner

Di, 24.09.13, 14:00 - 18:00 Uhr, Frankfurt,

Entgelt 15 €; Mitglieder GEW Hessen 10 €

Seminar D4017

#### Zur Rolle migrantischer Väter in der Erziehung

Dr. Cengiz Deniz

Mi, 25.09.13, 13:00 - 18:00 Uhr, Gießen

Entgelt 49 €; Mitglieder GEW Hessen 38 €

Zielgruppe: Lehrer, Schulsozialarbeiter und Erzieher/innen

Seminar D4019

#### Konzepte der Rhythmisierung an ganztägig arbeitenden Schulen

Guido Seelmann-Eggebert

Do, 26.09.13, 10:00 - 16:00 Uhr, Bad Hersfeld

Entgelt 59 €; Mitglieder GEW Hessen 38 €

Zielgruppe: Grundschule und Sek. I

Vortrag mit Diskussion D4020

#### 40 Jahre „Radikalenerlass“ – ein abgeschlossenes Kapitel?

Zur Erinnerung an Radikalenerlass und Berufsverbote

Hartmut Barth-Engelbart & Dr. Manfred Köhler

Do, 26.09.13, 19:00 - 21:30 Uhr, Frankfurt

entgeltfrei

Seminar D4028

#### Prostitution und Migration: Exkursion ins Frankfurter Rotlichtviertel

Juanita Henning

Mi, 30.10.13, 17:00 - 20:00 Uhr, Frankfurt

Entgelt 39 €; Mitglieder GEW Hessen 23 €

Seminar D4027

#### Referendariat als Trainingslager?

LiVs zwischen Praxis-Schock und ersten Gehversuchen

Martin Karcher

Mi, 30.10.13, 16:00 - 19:00 Uhr, Frankfurt

entgeltfrei

Seminar D4026

#### Steuerung des Bildungswesens - wohin geht die Reise?

Martin Karcher

Mi, 30.10.13, 10:00 - 15:00 Uhr, Frankfurt

Entgelt 33 €; Mitglieder GEW Hessen 14 €

Seminar D4030

#### Inklusion umsetzen! - Vernetzung vor Ort

Austausch über Erfahrungen der „Gruppe Inklusionsbeobachtung“

Birgit Koch & Jens Wernicke

Do, 31.10.13, 11:00 - 16:00 Uhr, Frankfurt

Entgelt 33 €; Mitglieder GEW Hessen 14 €

Vortrag mit Diskussion D4032

#### Zeit des Zorns

Worum es geht, wenn wir den Kapitalismus abschaffen

Jutta Ditfurth

Do, 07.11.13, 14:00 - 18:00 Uhr, Frankfurt

Entgelt 39 €; Mitglieder GEW Hessen 23 €

Seminar D4045

#### Antimuslimischer Rassismus -

#### Warum braucht die Gesellschaft das Feindbild Islam?

Dr. Sabine Schiffer

Do, 21.11.13, 19:00 - 21:30 Uhr, Frankfurt

Entgelt 10 €; Mitglieder GEW Hessen entgeltfrei

Exkursion D4036

#### Besuch der Justizvollzugsanstalt Rockenberg

Über die Arbeit mit jungen Gefangenen

Robert Thiel & Horst Düringer

Mi, 13.11.13, 13:00 - 16:00 Uhr, Rockenberg

Entgelt 33 €; Mitglieder GEW Hessen 14 €

## GESCHICHTE, GESELLSCHAFT, WIRTSCHAFT

Vortrag mit Diskussion G4023

### **Euroland wird abgebrannt**

Hat der Euro noch eine Chance?

Lucas Zeise

Di, 01.10.13, 19:00 - 21:00 Uhr, Frankfurt  
entgeltfrei

Seminar G4029

### **Weltwirtschaft im Ungleichgewicht?**

Karsten Tessmar

Do, 31.10.13, 10:00 - 16:00 Uhr, Frankfurt

Entgelt 39 €; Mitglieder GEW Hessen 23 €

Zielgruppe: Lehrer/innen Sek. II und Interessierte

## GESUNDHEIT UND BERUF

Seminar H4050

### **Der Körper lügt nicht - Körpersprache und eigene Autorität**

Uwe Riemer-Becker

Di, 24.09.13, 10:00 - 17:00 Uhr, Frankfurt

Entgelt 59 €; Mitglieder GEW Hessen 38 €

Seminar H4052

### **Schaff ich die Schule - oder schafft sie mich?**

Stress und Burn-Out

Uwe Riemer-Becker

Mi, 25.09.13, 10:00 - 17:00 Uhr, Marburg

Entgelt 59 €; Mitglieder GEW Hessen 38 €

Seminar H4053

### **Stimm-Schulung für den Unterrichtsalltag**

Silke Marx

Do, 26.09.13, 10:00 - 16:00 Uhr, Fulda

Entgelt 59 €; Mitglieder GEW Hessen 38 €

Zielgruppe: Lehrer u. Erzieher/innen, sozialpädagogische Fachkräfte

## KUNST, KÖRPER, KULTUR

Workshop K4068

### **Rund um Boomwhackers**

Susanne Schmidt

Di, 24.09.13, 14:00 - 18:00 Uhr, Buseck

Entgelt 39 €; Mitglieder GEW Hessen 23 €

Gesprächskreis K4069

### **Theaterplaudereien**

Tipps und Empfehlungen zum Besuch Frankfurter Theater  
mit Schüler/innen

Katrin Swoboda

jew. Di, 24.09., 29.10. u. 26.11.13, jew. 17:00 - 19:00 Uhr, Frankfurt

Entgelt 39 €; Mitglieder GEW Hessen 23 €

Zielgruppe: Lehrer/innen Sek. II

Seminar K4070

### **Maltechniken für Förderschüler/innen**

Gabriele Saur-Burmester

Mi, 25.09.13, 10:00 - 17:00 Uhr, Offenbach

Entgelt 59 €; Mitglieder GEW Hessen 38 €

Zielgruppe: Förderschullehrer/innen, Lehrer/innen aller Schulformen.

Exkursion K4071

### **Naturwerkstatt - Kreative Aktivitäten in der Natur**

Brigitte Stein

Fr, 27.09.13, 10:00 - 14:00 Uhr, Frankfurt

Entgelt 39 €; Mitglieder GEW Hessen 23 €

Zielgruppe: Lehrer u. Erzieher/innen

Seminar K4072

### **Frida Kahlo für die Grundschule**

Barbara Caspari

Mo, 30.09.13, 10:00 - 17:00 Uhr, Offenbach

Entgelt 59 €; Mitglieder GEW Hessen 38 €

Zielgruppe: Grundschule und sozialpädagogische Fachkräfte

Seminar K4074

### **Gabriele Münter und die Kinderzeichnung**

Barbara Caspari

Mo, 07.10.13, 10:00 - 17:00 Uhr, Offenbach

Entgelt 59 €; Mitglieder GEW Hessen 38 €

Zielgruppe: Grundschullehrkräfte, sozialpädagogische Fachkräfte

Workshop K4075

### **Songbegleitung und praxisbezogenes Klavierspiel für Einsteiger/innen**

Christian Lunscken

Di, 08.10.13, 10:00 - 16:00 Uhr, Darmstadt

Entgelt 59 €; Mitglieder GEW Hessen 38 €

Zielgruppe: Musiklehrer/innen, Klavier- u. Keyboardspieler

Seminar K4077

### **Musikunterricht für fachfremd Unterrichtende (Grundschule)**

Tine Böhnke

Mi, 09.10.13, 11:00 - 18:00 Uhr, Mörfelden-Walldorf

Entgelt 59 €; Mitglieder GEW Hessen 38 €

Zielgruppe: Grundschule

Workshop K4076

### **Arbeiten im dreidimensionalen Raum mit Ytong-Stein**

Iris Gerlach

Mi, 09.10.13, 10:00 - 17:00 Uhr, Kassel

Entgelt 64 €; Mitglieder GEW Hessen 43 €

Zielgruppe: Erzieher/innen, Förderstufe, Praktisch Bildbare, GS, Sek. I/ II

Workshop K4079

### **Aufbaukeramik**

Andrea Schulze

Do, 10.10.13, 10:00 - 17:00 Uhr, Fulda

Entgelt 59 €; Mitglieder GEW Hessen 38 €

Zielgruppe: Grundschule u. Sek. I

Workshop K4080

### **Flugsaurier und andere Ungeheuer**

Kreatives Arbeiten mit Maschendraht im Kunstunterricht

Iris Gerlach

Do, 31.10.13, 10:00 - 17:00 Uhr, Kassel

Entgelt 64 €; Mitglieder GEW Hessen 43 €

Zielgruppe: Sonder-, Förder-, Berufsschule, GS, Sek. I/ II

Workshop K4065

### **Stomp in the classroom**

Friedrich Neumann

Di, 05.11.13, 11:15 - 18:15 Uhr, Frankfurt

Entgelt 79 €; Mitglieder GEW Hessen 64 €

Zielgruppe: Lehrer/innen u. Sozialarbeiter/innen

Workshop K4084

### **Tanzen in der Grundschule**

Tine Böhnke

Mi, 06.11.13, 14:00 - 18:00 Uhr, Mörfelden-Walldorf

Entgelt 49 €; Mitglieder GEW Hessen 33 €



## MEDIEN, METHODEN, MÖGLICHKEITEN

### Workshop M4105

#### Kooperationsspiele als Konfliktprävention

Elisabeth Mann

Di, 24.09.13, 10:00 - 16:00 Uhr, Frankfurt

Entgelt 49 €; Mitglieder GEW Hessen 33 €

Zielgruppe: Erzieher/innen u. Lehrer/innen, sozialpäd. Fachkräfte

### Seminar M4107

#### Wie mache ich erfolgreich Öffentlichkeitsarbeit?

Klassische Medien - Homepage - Soziale Netzwerke

Rolf Gramm & Heinz-Ludwig Nöllenburg

Do, 26.09.13, 10:00 - 17:00 Uhr, Frankfurt

Entgelt 59 €; Mitglieder GEW Hessen 38 €

### Seminar M4108

#### Fadenspiele - Geschichten, Tricks und kleine Zaubereien

Ute Ayral

Di, 01.10.13, 10:00 - 16:00 Uhr, Darmstadt

Entgelt 59 €; Mitglieder GEW Hessen 38 €

### Seminar M4110

#### Das professionelle Lehrer-Eltern-Gespräch

Norbert Seeger

Di, 08.10.13, 10:00 - 16:00 Uhr, Fulda

Entgelt 79 €; Mitglieder GEW Hessen 64 €

### Workshop M4112

#### Speed Reading Workshop

Schnellesetechniken - schneller lesen & besser verstehen

Dr. Christiane Potzner

Do, 10.10.13, 10:00 - 15:30 Uhr, Kassel

Entgelt 59 €; Mitglieder GEW Hessen 38 €

Zielgruppe: Alle, die schneller lesen und lernen wollen

### Lehrgang M4113

#### Maschinenschein Holzverarbeitung - Intensiv

Reiner Karn

Fr, 01.11. u. 08.11, jew. 14:00 - 19:30 Uhr, u. Sa, 02.11. u. 09.11.13, jew. 08:00 - 13:30 Uhr, Alsfeld

Entgelt 260 €; Mitglieder GEW Hessen 228 €

### Workshop M4115

#### Excel für Grundschullehrer/innen

Werner Kirsch

jew. Di, 05.11., 12.11. u. 26.11.13, jew. 14:30 - 18:30 Uhr, Groß-Umstadt

Entgelt 89 €; Mitglieder GEW Hessen 73 €

### Workshop M4117

#### Facebook & Co. - Alles Wichtige über Soziale Netzwerke

Faszination, Kritik, notwendige Einstellungen

Elke Spichalski

Fr, 08.11.13, 10:00 - 15:00 Uhr, Frankfurt

Entgelt 59 €; Mitglieder GEW Hessen 38 €

### Seminar M4118

#### Schülerfirma - Der Weg in die Realität

Bernhard A. Krenig

Mo, 11.11.13, 14:00 - 17:00 Uhr, Pohlheim

Entgelt 39 €; Mitglieder GEW Hessen 23 €

### Seminar M4119

#### Tiere helfen - Zum Einsatz von Tieren in der pädagogischen Praxis

Elisabeth Mann

Di, 12.11.13, 10:00 - 16:00 Uhr, Frankfurt

Entgelt 59 €; Mitglieder GEW Hessen 38 €

Zielgruppe: Lehrer/innen u. Erzieher/innen

## NATUR, NATURWISSENSCHAFTEN, MATHEMATIK

### Seminar N4134

#### Astronomie unterrichten in der Grundschule

Christian Wolff

Mi, 25.09.13, 14:00 - 17:30 Uhr, Frankfurt

Entgelt 39 €; Mitglieder GEW Hessen 23 €

Zielgruppe: Grundschullehrkräfte

### Seminar N4135

#### Mathematik im Anfangsunterricht

Stephanie Jurkscheit

Mi, 09.10.13, 15:00 - 18:00 Uhr, Frankfurt

Entgelt 39 €; Mitglieder GEW Hessen 23 €

### Seminar N4136

#### Einsatz der Software GeoGebra im Mathematikunterricht (Kl. 7 - 10)

Klaus Albusatz

Di, 05.11.13, 14:00 - 17:30 Uhr, Kelkheim

Entgelt 39 €; Mitglieder GEW Hessen 23 €

Zielgruppe: Kollegen/innen, die bislang keine/ wenig Erfahrung in der Nutzung der Software GeoGebra gesammelt haben

## PÄDAGOGIK

### Workshop P4148

#### Unterrichtsfach Glück

Peter Kühn

Do, 19.09.13, 11:00 - 17:00 Uhr, Fulda

Entgelt 59 €; Mitglieder GEW Hessen 38 €

### Seminar P4149

#### Unruhige Kinder - AD(H)S

Warum das Medikament allein das Problem nicht löst

Prof. Dr. Dieter Mattner

Sa, 21.09.13, 10:00 - 17:00 Uhr, Frankfurt

Entgelt 79 €; Mitglieder GEW Hessen 64 €

### Workshop P4150

#### Arbeiten mit „schwierigen“ Jugendlichen

Talente erkennen - mit Fehlverhalten angemessen umgehen

Jürgen Stockhardt

Mo, 23.09. u. Di, 24.09.13, jew. 9:00 - 16:00 Uhr, Seeheim-Jugenheim

Entgelt 89 €; Mitglieder GEW Hessen 73 €

Zielgruppe: Lehrer, Sozialpädagogen, Arbeitscoaches

### Vortrag mit Diskussion P4151

#### Pädagogik der Kontrollgesellschaft: vom „Nachsitzen“ zum „Trainingsraum“

Prof. Dr. Ludwig A. Pongratz

Di, 24.09.13, 14:00 - 17:00 Uhr, Frankfurt

Entgelt 33 €; Mitglieder GEW Hessen 14 €

### Seminar P4152

#### Noten - pädagogisches Instrument, Selektionsmittel oder Disziplinierungsmaßnahme?

Dr. Manuel Mendez-Burguillos

Mi, 25.09.13, 18:30 - 20:30 Uhr, Frankfurt

entgeltfrei

### Vortrag mit Diskussion P4153

#### „Zappelphilipp“ und „Träumsuse“ - Nicht immer sind die Gene schuld!

Zu Hyperaktivität, Lernschwierigkeiten und Konzentrationsschwäche

Dr. Sabine Paul

Sa, 28.09.13, 10:00 - 13:00 Uhr, Frankfurt

Entgelt 39 €; Mitglieder GEW Hessen 23 €

Zielgruppe: Lehrer/innen u. Erzieher/innen

#### Seminar P4154

### Hör-Spiele zum Bereich „Zuhören“ in den Bildungsstandards für die Grundschule

Dr. Marianne Wiedenmann

Do, 31.10.13, 14:30 - 18:00 Uhr, Frankfurt

Entgelt 49 €; Mitglieder GEW Hessen 33 €

Zielgruppe: Grund- und Förderschullehrkräfte

#### Seminar P4155

### Selbstgesteuertes Lernen in der Sekundarstufe I

Thomas Klaffke

Di, 05.11.13, 10:00 - 17:00 Uhr, Darmstadt

Entgelt 59 €; Mitglieder GEW Hessen 38 €

#### Seminar P4156

### Autismus und Asperger Syndrom

Ariadne Michaelopoulos

Di, 05.11.13, 10:00 - 16:00 Uhr, Frankfurt

Entgelt 59 €; Mitglieder GEW Hessen 38 €

Zielgruppe: Lehrer/innen und Erzieher/innen

#### Seminar P4158

### Individuelle Lernwege im Klassenverband (Grundschule)

Gudrun Schmidt-Cyrol

Do, 07.11.13, 10:00 - 17:00 Uhr, Gießen

Entgelt 59 €; Mitglieder GEW Hessen 38 €

Zielgruppe: Grundschullehrkräfte

## SPRECHEN, SCHREIBEN, LESEN

#### Seminar S4172

### Förderung der Rechtschreibkompetenz

Barbara von Ende

Di, 01.10.13, 9:30 - 15:30 Uhr, Fulda

Entgelt 59 €; Mitglieder GEW Hessen 38 €

Zielgruppe: Lehrkräfte der Klassen 1-5

#### Seminar S4173

### Kreatives Schreiben in der Sek. I

Kompetenzorientiertes Arbeiten mit Lesejournal und Lesetagebuch

Manfred Pöller

Mi, 09.10.13, 14:00 - 17:00 Uhr, Rüsselsheim

Entgelt 39 €; Mitglieder GEW Hessen 23 €

Zielgruppe: Sek. I

#### Seminar S4174

### Kreatives Schreiben für Einsteiger

Monika Korell

Do, 10.10.13, 10:00 - 16:00 Uhr, Frankfurt

Entgelt 59 €; Mitglieder GEW Hessen 38 €

#### Seminar S4175

### Kommunikationsprüfung und Förderung von Mündlichkeit im Englischunterricht

Nina Ohl & Jan Mandler

Mo, 28.10.13, 14:00 - 16:00 Uhr, Darmstadt

Entgelt 39 €; Mitglieder GEW Hessen 23 €

Zielgruppe: Englischlehrer an Gymnasien

#### Seminar S4176

### Die Arbeit im 2. Schuljahr

Lehren und Lernen im Spannungsverhältnis

von Förderbedarf und Hochbegabung

Barbara von Ende

Di, 05.11.13, 9:30 - 16:00 Uhr, Kassel

Entgelt 59 €; Mitglieder GEW Hessen 38 €

Zielgruppe: Lehrkräfte im 2. Schuljahr oder in der flexiblen Eingangsstufe

## REISEN (mehr unter [www.lea-bildung.de](http://www.lea-bildung.de))

#### Studienreise R4164

### ► Digitale Fotografie am Gardasee

Kultur und Menschen - Themenfelder für die fotografische

Praxis im Kunstunterricht

Heinz Gabler

So, 13.10. - Sa, 19.10.13, Malcesine

Entgelt DZ 650 €; EZ 698 €

#### Studienreise R4169

### ► Sprachreise nach Málaga / Südspanien

Reinhard Besse

Mo, 14.10. - Sa, 19.10.13

Entgelt Lehrer/innen-Kurs (1 Wo.) 600 €

Spanisch-Lerner/innen (1 Wo.) 370 € / (2 Wo.) 520 €

Kombikurs 685 €

#### Studienreise R4166

### ► Wandern um Prag

Dalibor Hiric

Sa, 19.10. - Sa, 26.10.13,

Entgelt DZ 510 €; EZ 620 €

# ANMELDUNG [www.lea-bildung.de](http://www.lea-bildung.de)

Einfach anrufen: 0 69 - 97 12 93-27

oder faxen: 0 69 - 97 12 93-97

Online-Buchung: [www.lea-bildung.de](http://www.lea-bildung.de)

E-Mail: [anmeldung@lea-bildung.de](mailto:anmeldung@lea-bildung.de)

#### Bürozeiten

Unser Büro ist in der Regel montags – freitags  
von 9:00 bis 16:00 besetzt.

#### [www.lea-bildung.de](http://www.lea-bildung.de)

Zu allen dargestellten Veranstaltungen gibt es Informationen auf unserer Website. Bei Fragen geben wir gern auch telefonisch Auskunft.

An lea-Fortbildungen kann jede/r Interessierte teilnehmen: Man muss nicht GEW-Mitglied sein und auch nicht berufstätig. Voraussetzung ist das Bildungsinteresse.

#### Abrufveranstaltungen

Sie planen einen Pädagogischen Tag oder eine interne Fortbildung? Gerne sind wir Ihnen dabei behilflich, im lea-Programm ausgewiesene Veranstaltungen bei Bedarf an Ihre Schule / Ihre Bildungseinrichtung zu bringen. Rufen Sie uns einfach an.

lea gemeinnützige Bildungsgesellschaft mbH der GEW Hessen

Zimmerweg 12 | 60325 Frankfurt am Main

HR-Eintrag: 75319

StNr: 225/05K19

Aufsichtsratsvorsitz:

Jochen Nagel, Walter Otto-Holthey

Geschäftsführung: Peter Kühn

Gestaltung: H. Knöfel, Kaufungen | Träger & Träger, Kassel

Die hier aufgeführten Seminare sind nur eine Auswahl. Das vollständige lea-Fortbildungsprogramm finden Sie unter [www.lea-bildung.de](http://www.lea-bildung.de)

Das neue lea-Programm erscheint im Oktober 2013

Es wird allen GEW-Mitgliedern zusammen mit der Ausgabe der E&W auf dem Postweg zugestellt.

Im Internet ist das Programm bereits ab September unter [www.lea-bildung.de](http://www.lea-bildung.de) einzusehen.



gemeinnützige  
Bildungsgesellschaft mbH  
der GEW Hessen



# Unpassierbares Nadelöhr

## Lehrkräfte für besondere Aufgaben in Kassel vor dem Nichts

An Hessischen Hochschulen werden „Lehrkräfte für besondere Aufgaben“ (LfbA) eingesetzt, um den gestiegenen Anforderungen in der Beratung und Lehre und den steigenden Studierenden- und Prüfungszahlen zu begegnen. LfbA unterrichten zwischen 14 und 18 Semesterwochenstunden (SWS) bei einer vollen Stelle und erfüllen klassische Daueraufgaben, vor allem in der Lehre. Dazu gehören neben der Vor- und Nachbereitung Korrekturen, Sprechstunden, Prüfungen, Beratung sowie die Betreuung von Arbeiten. Unbezahlte Mehrarbeit ist nach allen Arbeitszeiterhebungen die Regel. LfbA sind meist teilzeitbeschäftigt, arbeiten aber aus Gründen der Qualitätssicherung – mit viel Idealismus – de facto in Vollzeit. Bereits auf halben Teilzeitstellen haben LfbA ein Lehrdeputat, das dem der Professorinnen und Professoren entspricht! Obwohl sie klassische Daueraufgaben in der Lehre wahrnehmen, ist die Befristung der Stellen die Regel.

Derzeit verschärft sich die Situation von LfbA, denn die Hochschulen versuchen, über veränderte Tätigkeitsbeschreibungen die Befristungen rechtlich abzusichern. Das Teilzeit- und Befristungsgesetz (TzBfG) ermöglicht eine sachgrundlose Befristung bis zu einem Zeitraum von zwei Jahren – ohne Option der Verlängerung. Diese unredliche Arbeitgeberposition empört zunehmend den gesamten universitären Mittelbau sowie die Studierenden. Personelle und themenbezogene Verbindlichkeiten, die für den Lernerfolg Studierender nachweislich vonnöten sind, werden nicht gewährleistet.

Die Befristungen benachteiligen die LfbA gegenüber den anderen Bediensteten im wissenschaftlichen Mittelbau. Bei einer Befristung nach dem Wissenschaftszeitvertragsgesetz (WissZeitVG) befinden sich LfbA mit 14 bis 18 SWS genauso wie ihre Kolleginnen und Kollegen auf Wissenschaftlichen Qualifikationsstellen (WB), die jedoch nur eine Lehrverpflichtung von vier SWS haben, in einer wissenschaftlichen Qualifikationsphase (Promotion oder Habilitation). Das WissZeitVG beschränkt den

Befristungsspielraum der Universitäten auf lediglich sechs Jahre vor und sechs Jahre nach Abschluss der Promotion. Eine Qualifikation ist für LfbA jedoch aufgrund der hohen Arbeitsbelastung nur unter schwierigsten Bedingungen in der knappen Freizeit möglich oder häufig sogar eher unmöglich. Gelingt es einer befristeten LfbA nicht, sich „nebenbei“ in der Forschung zu qualifizieren, bleiben ihr nach sechs Jahren nur das endgültige Ende der universitären Dienstzeit oder Kurzverträge nach TzBfG mit einem Wechsel des Arbeitgebers und damit des Bundeslandes.

Teilzeitbeschäftigte LfbA verdienen zudem so wenig (im ersten Beschäftigungsjahr in Steuerklasse I gut 1.000 Euro netto), dass neben der De-facto-Vollzeitbeschäftigung häufig ein Nebenjob erforderlich ist. Viele LfbA sind darüber hinaus Berufspendler. In Hessen werden LfbA dabei nicht einmal äquivalent zu den WB mit deutlich geringerem Lehrdeputat entlohnt, sondern sie werden bei deutlicher Mehrarbeit nach der „Lehrertabelle“ auch noch geringer bezahlt.

In den seit 2012 als Reaktion auf das Urteil des Bundesarbeitsgerichts (BAG) einseitig von den Universitäten veränderten Tätigkeitsbeschreibungen von LfbA werden selbstbestimmte Forschung festgeschrieben und reguläre Lehrveranstaltungen zu „wissenschaftlicher Lehre im Forschungsgebiet des Faches“ und damit zur befristbaren wissenschaftlichen Dienstleistung umdeklariert. An den tatsächlichen SWS in der Vermittlung von grundständigem, gesichertem Fachwissen ändert sich dabei gar nichts. Das BAG hatte im Fall einer Freiburger Lektorin festgestellt, dass ihre Befristung unzulässig sei, weil ihr neben den Verpflichtungen im Kontext der Lehre nicht hinreichend Zeit für eigene wissenschaftliche Reflexion und Forschung verbleibe. Derzeit kommt es bundesweit zu einer Reihe von Folgeklagen. Im Laufe dieses Verfahrens wird zweierlei deutlich: Zum einen schließen sich die Gerichte bei Klagen von Fremdsprachenlektoren in der Regel dem BAG-Urteil an, akzeptieren andererseits erstinstanzlich den Ver-

such, Lehrveranstaltungen von LfbA als Forschungstätigkeit bzw. wissenschaftliche Dienstleistung umzudeklariieren.

Die Universität Kassel geht derzeit bei Lektorinnen und Lektoren auf Nummer sicher: Die bislang nach WissZeitVG abgeschlossenen Verträge werden nicht mehr verlängert, sondern nach TzBfG neu ausgeschrieben. Aufgrund der Hessenklausel, nach der sich nur Arbeitnehmer bewerben können, die zuvor noch nicht beim Land Hessen beschäftigt waren, können sich Kolleginnen und Kollegen, die bislang die Stellen besetzt haben, selbst auch dann nicht nochmals auf ihre Stellen bewerben, wenn sie die sechs Jahre nach WissZeitVG noch gar nicht voll ausgeschöpft haben. In Kassel bedeutet das derzeit für zahlreiche verdienstvolle LfbA das Ende ihrer universitären Karrieren.

Die Landespolitik muss hier reagieren. Auch für die Kolleginnen und Kollegen brauchen wir in Hessen einen Politikwechsel.

**Dr. Rainer Timme, Jürgen Dierkes, Anna Lina Dux**  
Lehrkräfte für besondere Aufgaben an der Universität Kassel

### Ernest Jouhy

#### Symposium zum 100. Geburtstag

Mit der Aktualität des Pädagogen und Querdenkers *Ernest Jouhy* befasst sich eine Veranstaltung am Samstag, dem 21. September 2013, von 9 bis 17 Uhr im Frankfurter Haus am Dom. Ihr Titel: „Festhalten an der Utopie einer humanen Welt“. Auf dem Programm stehen ein Film-Interview mit Ernest Jouhy aus dem Jahr 1988, Erinnerungsrunden mit *Egon Becker, Franz Decker, Otto Herz, Ilse Kassner* und *Richard Meier*, Vorträge und ein „Dialog über Ernest Jouhys Werk und Wirken“, zu dem unter anderem *Daniel Cohn-Bendit, Thomas Eppenstein, Ursula Menzemer* und *Harald Seehausen* eingeladen sind.

- **Anmeldungen:** [ernestjouhy@faif.de](mailto:ernestjouhy@faif.de)

# Schulen in kommunaler Hand?

Der Umstrukturierung der staatlichen Schulverwaltung in Hessen durch FDP und CDU und der Errichtung eines Landesschulamts setzten die hessischen GRÜNEN unter dem Schlagwort „Kommunalisierung statt Zentralisierung“ ihr bereits 2010 entwickeltes Konzept einer „weitgehenden Zusammenführung der Aufgaben von Staatlichem und kommunalem Schulamt“ entgegen:

*„Von den bisherigen Aufgaben der Staatlichen Schulämter bleiben nur noch die Lehrerzuweisung und die Ergebniskontrolle der Schule in der Zuständigkeit des Landes. (...) Der Vorschlag ist auch eine wichtige Voraussetzung, um die Schulbudgets von Land und Kommune zusammenführen zu können. (...) Nicht zuletzt ist unser Vorschlag auch eine Stärkung der Kommunen bei der Schaffung kommunaler Bildungslandschaften.“* (Presseerklärung vom 6.6.2011)

Dabei stützen sich die GRÜNEN wie andere Verfechter der Kommunalisierung auf Kommunalverbände wie den Hessischen Landkreistag, auf Unternehmerverbände, Stiftungen und andere private Organisationen. Das Konzept ist

## Erfahrungen in Schweden

*Christoph Baumann* vom Referat Schule im GEW-Landesvorstand verweist bei der Kritik an der Kommunalisierung der Schulen auch auf schlechte Erfahrungen in anderen europäischen Ländern. So wird die Verschlechterung Schwedens bei PISA auch der im letzten Jahrzehnt massiv vorangetriebenen Kommunalisierung zugeschrieben. Die Vorsitzende der Lehrer-gewerkschaft *Lärarförbundet* sieht die steigende Zahl von Lehrern ohne pädagogischen Abschluss als „Folge der Kommunalisierung seit 1990, die den Kommunen die Zuständigkeit und Finanzierung der Schulen auferlegte“ (Tagesspiegel vom 15.8.2008). Bei einer **Fachtagung** der GEW Hessen am Dienstag, dem 10. September, berichtete *Lars Hallenberg* vom schwedischen Zentralverband der Lehrer über die Erfahrungen in seiner Heimat. *Christian Engelhardt* und *Lorenz H. Wobbe* vom Hessischen Landkreistag trugen die Positionen der Kommunalen Spitzenverbände vor. Die HLZ wird berichten.

nicht nur bei den GRÜNEN eng mit dem Ziel einer verbetriebswirtschaftlichten „Selbstständigen Schule“ verbunden, die ihre „Investitionen“ in Anlagen und Personal wie ein Wirtschaftsbetrieb aus einem einheitlichen, natürlich zu knapp angesetzten Budget autonom finanzieren soll. Die GRÜNEN haben sich in ihrem Papier „Hessens Weg zu selbstständigen Schulen“ schon 2010 festgelegt, wie sie die Kommunalisierung von Schule umsetzen wollen:

*„Daher wollen wir schrittweise das Unterstützungssystem für die Schulen beim kommunalen Schulträger bündeln. Er ist künftig der erste und einzige Ansprechpartner für die Schulen in allen Belangen, die über die Lehrerversorgung und die Fort- und Weiterbildung hinausgehen. Somit erhalten die Schulen Unterstützung aus einer Hand.“*

Dazu wollen die GRÜNEN, so ihr Programm für die Landtagswahl 2013,

*„die bisherigen Unterstützungsleistungen der Staatlichen Schulämter und kommunalen Schulträger in kommunalen Bildungsbüros weitgehend zusammenfassen und ausbauen; so erhalten die Schulen Unterstützung und ein Budget aus einer Hand. (...) Die Lehrerversorgung bleibt dabei originäre Aufgabe des Landes und wird nicht kommunalisiert.“*

Die CDU Hessen schlägt in ihrem Wahlprogramm 2013 Ähnliches vor, nämlich ein „Pilotprojekt“, bei dem „die Aufgaben des Schulamtes und des Schulträgers (äußere und innere Schulverwaltung) aus einer Hand erfolgen sollen.“

Auch die hessische FDP setzt sich in ihrem Wahlprogramm 2013 für erneute Verhandlungen zwischen Land und Schulträgern ein,

*„um die gegenseitige Deckungsfähigkeit und ein Verschmelzen der beiden Budgets zu ermöglichen. In diesem Zusammenhang werden wir das Projekt der Rechtlich Selbstständigen Beruflichen Schulen (RSBS) weiter vorantreiben.“*

Im Wahlprogramm der SPD Hessen finden sich keine vergleichbaren Festlegungen, obwohl auch sie früher ähnliche Vorstellungen veröffentlicht hat. Dort heißt es lediglich:

*„Damit die Bildungs- und Erziehungsprozesse optimal gelingen können, bedarf es eines breiten Spektrums an Unterstützungsmöglichkeiten und vor allem einer Vernetzung und Koordination der*

*bereits existierenden Instrumente. Wir wollen kommunale Schulträger beim schrittweisen Ausbau der Schulsozialarbeit unterstützen. (...) Staatliche Schulämter und die Schul- und Jugendhilfeträger sind wichtige Partner für die selbständige Schule. Wir wollen eine verlässliche und gleichberechtigte Kooperation sicherstellen, um Schulentwicklung in der Region und notwendige Unterstützungssysteme für die Schulen zu verbessern.“*

Die LINKE lehnt eine Kommunalisierung der Schulen dezidiert ab, tritt aber für eine verstärkte Kooperation von Bund, Land und Kommune ein.

Die Forderungen nach einer verstärkten Kommunalisierung von Schule sind leiser geworden, aber nicht vom Tisch. Bei ihrer Kritik an der Kommunalisierung von Schulen stützt sich die GEW Hessen auch auf die Erfahrungen in Bayern, wo mehrere Großstädte berufliche Schulen in eigener Trägerschaft unterhalten und erhebliche Probleme mit der Finanzierung haben.

Bei den „Kommunalen Bildungslandschaften“ geht es nämlich keineswegs um eine Verbesserung der Lernbedingungen für die Schülerinnen und Schüler, sondern um eine Diversifizierung von Schule und Lebenswelt,

*„die mittelfristig auf eine Deregulierung der schulischen Bildung selbst, aber auch auf eine Lockerung von Sicherheits- und Arbeitsstandards sowie auf eine Zersplitterung von Beschäftigungsverhältnissen und somit auf Deprofessionalisierung und Prekarisierung abzielt. Langfristig scheint auch dieses Konzept für die Möglichkeit einer weitgehenden Entstaatlichung und funktionalen Privatisierung von Schule zumindest anschlussfähig zu sein. (...) Allein schon wegen der sehr unterschiedlichen Finanzlage der Kommunen dürfte dies zu einem massiven Auseinanderdriften von Bildungsqualität, Bildungsinhalten, Löhnen und Arbeitsbedingungen in den einzelnen Kommunen führen.“* (1)

Die katastrophale Lage vieler Kommunen und das Desaster der kommunalen „Rettungsschirme“ dürfte den Propagandisten der Kommunalisierung von Schulen den Wind aus den Segeln genommen haben. Wachsamkeit bleibt trotzdem angesagt.

**Herbert Storn**

(1) Jens Wernicke: Marktbereitung im Bildungssystem, [www.nachdenkenseiten.de/?p=17438](http://www.nachdenkenseiten.de/?p=17438)



## Neubeginn überfällig

Am 24. Juni 2013 führte die GEW ein Werkstattgespräch zu Perspektiven der Lehrerfortbildung in Hessen durch. *Franziska Conrad* und *Heike Lühmann* vom Referat Aus- und Fortbildung im GEW-Landesvorstand hoben die Bedeutung der Lehrerfortbildung (LFB) für die Qualität des Lernens von Schülerinnen und Schülern hervor und verwiesen auf den Grundsatzbeschluss des GEW-Landesvorstands „Regionale Fortbildung und Unterstützung“ vom 24. März 2012 (1). Lühmann kritisierte, dass das Landesschulamt (LSA) den Hauptpersonalrat der Lehrerinnen und Lehrer an den Planungen der Lehrerfortbildung nicht beteiligt und weitere Stellen im Bereich der regionalen Fortbildung gekürzt hat.

### Werkstattgespräch der GEW

*Frank Sauerland*, bisher Leiter des Amtes für Lehrerbildung und jetzt Abteilungsleiter im LSA, stellte die Überlegungen des LSA für die Lehrerfortbildung vor. Deren Steuerung im Hinblick auf strategische bildungspolitische Ziele habe nicht funktioniert. Auch die Erwartungen an die Öffnung der Lehrerfortbildung für den freien Markt hätten sich nur zum Teil erfüllt. Besonders im didaktisch-methodischen Bereich, dem Kerngeschäft von Unterricht, gebe es nur wenige Angebote. Das neue Konzept des LSA sehe vor, das undurchsichtige System der Beraterinnen und Berater durch ein bedarfsgerechtes Angebot für Schulen zu ersetzen sowie Studium, Ausbildung und Fortbildung besser zu verzahnen. Ein Problem seien die mangelnden Ressourcen, unter anderem durch die Überlastung der Studienseminare, bei denen die fachdidaktische Expertise liege.

*Volker Imschweiler*, Leiter der Pädagogischen Unterstützung am Staatlichen Schulamt Limburg-Weilburg, präsentierte einen historischen Abriss der hessischen Lehrerfortbildung und betonte die Notwendigkeit der von der Schule selbstbestimmten und selbstgesteuerten Fortbildung. Er verwies auf die Überlastung der Kollegien durch zu viele bildungspolitische Schwerpunkte und Maßnahmen, während der fachlich-pädagogische Austausch fehle. Die notwendige Entlastung für das Kerngeschäft des Unterrichtens müsse auch

durch Fortbildung und kollegialen Austausch geleistet werden. Die regionale Lehrerfortbildung müsse Teil eines regionalen Bildungsbüros als Dienstleister und kreativem Zentrum sein.

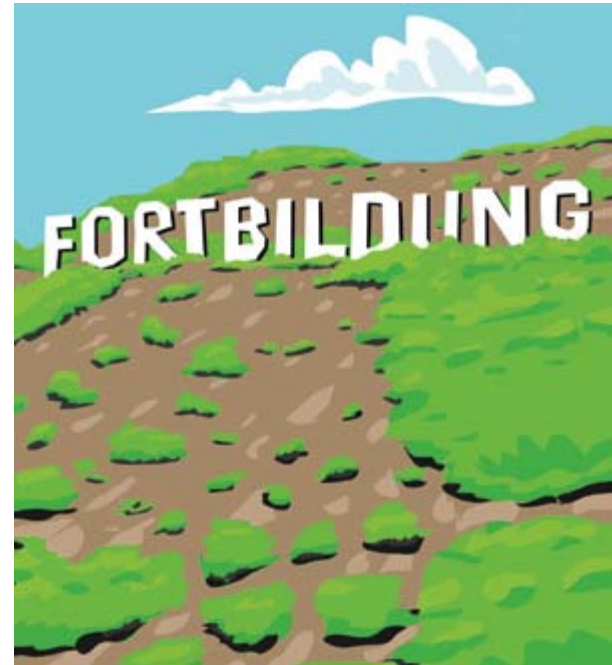
In der Diskussion bestätigten die anwesenden Fortbildnerinnen und Fortbildner, dass die Ressourcen nicht ausreichen, um gute Fortbildung zu organisieren, und dass ihr Knowhow als Multiplikatoren nicht genutzt wird, da ständig neue Projekte angegangen werden. Das Land Hessen nehme seine Verantwortung für die individuelle Fortbildung der Lehrkräfte nicht wahr. Ein Neubeginn sei dringend notwendig.

Auch regionale Lehrerfortbildung benötige zentrale Unterstützung und Koordination. Fortbildung müsse zudem einem emanzipatorischen Ansatz folgen, der zur kritischen Reflexion bildungspolitischer Entscheidungen anregt und das von den pädagogischen Akteuren in Schule geforderte Handeln auf den Prüfstand stellt.

### Tagung in Kassel

Der große Veränderungsbedarf in der hessischen Lehrerfortbildung wurde auch bei der Jahrestagung des Zentrums für Lehrerbildung der Universität Kassel „Lehrerfortbildung – evidenzbasiert und unterrichtsnah“ am 28. und 29. Juni deutlich. *Prof. Dr. Rudolf Messner*, *Christoph Edelhoff* und *Prof. Dorit Bosse* stellten Essentials zum institutionellen Ausbau der hessischen Fortbildung vor. Sie müsse wie das Lehramtsstudium und der Vorbereitungsdienst ein „Eigenrecht“ haben und dürfe nicht Instrument der Schulaufsicht sein. Sie benötige feste Orte für die Organisation und für die Durchführung der Veranstaltungen. Dafür schlagen sie vier regionale Kompetenzzentren vor. Lehrerfortbildung müsse nachhaltig, lehrer- und schulnah sein, sollte zwar zentral geplant, aber nicht allein an den bildungspolitischen Zielen des HKM ausgerichtet werden.

*Jörg Meyer-Scholten*, geschäftsführender Präsident des LSA, betonte die Bedeutung der Lehrerfortbildung. Das Konzept des LSA sei aber erst in Arbeit und müsse nach den Vorgaben des Rechnungshofs mit gekürzten Ressourcen auskommen. Wie dann seine For-



derung nach einer Verbesserung der Qualität des Unterrichts, für die man Fortbildung brauche, umgesetzt werden soll, blieb nebulös.

Über das Konzept von *Messner*, *Edelhoff* und *Bosse* wird die HLZ in einer der nächsten Ausgabe genauer berichten. Dessen Lektüre kann man den hessischen Parteien nur empfehlen. CDU und FDP sorgen sich vor allem um die „Weiterentwicklung der Schulleitungen durch Fortbildungsmaßnahmen“ und „zusätzliche Fortbildungs- und Qualifizierungsangebote für angehende Führungskräfte im Schuldienst“. SPD, GRÜNE und LINKE konstatieren immerhin einen Veränderungsbedarf. Bei der SPD will man die „Lehrerfortbildung schul- und praxisnah organisieren“, bei den GRÜNEN „ausbauen und stärker an den tatsächlichen Bedürfnissen orientieren“. Positiv auch, dass die SPD die Fortbildungsstätte in Weilburg und die Reinhardswaldschule „für zentrale und regionale Veranstaltungen erhalten und mit den erforderlichen Ressourcen ausstatten“ will. Die LINKE will „Pädagogen bilden, motivieren und anerkennen“ und geht als einzige Partei auch konkreter auf die Arbeitsbedingungen ein, jedoch nicht auf die Lehrerfortbildung.

**Heike Lühmann**

(1) Den Beschluss und einen ausführlichen Bericht des Werkstattgesprächs findet man auf der Homepage der GEW unter [www.gew-hessen.de](http://www.gew-hessen.de) > Meine Gewerkschaft -> Themen > Lehreraus- und -fortbildung

# Griechische Gewerkschafter in Kassel

Die schwerste Krise der Weltwirtschaft seit 1929 wurde bisher nicht bereinigt, sondern schwelt ungelöst weiter. Sie zeigt sich momentan als Krise der Staatsverschuldung, in Europa speziell als „Eurokrise“. Es liegt im natürlichen Interesse von Unternehmen und Kapitalbesitzern, die Krisenlasten auf die Beschäftigten und Erwerbslosen abzuwälzen. Bei diesem Versuch steht die Bevölkerung Griechenlands im Brennpunkt der Auseinandersetzung.

In Deutschland sind die Krisenfolgen momentan kaum zu spüren. Durch Exportüberschüsse und die harten Maßnahmen gegen die südeuropäischen Länder konnte sich die Bundesregierung Zeit kaufen. Es darf davon ausgegangen werden, dass bereits heute Pläne in den Schubladen der Ministerien liegen, für den Fall, dass die Krise in Deutschland offen aufbricht. Momentan geht es darum, die griechische Bevölkerung bei ihrem Widerstand gegen die Politik der Troika aus EU-Kommission, EZB und IWF nicht allein zu lassen.

Aus diesem Grund führen Gewerkschafterinnen, Gewerkschafter und Betriebsräte aus Kassel im September 2012 nach Griechenland. Sie wollten sich ein eigenes Bild machen und in Deutsch-

land der Legende entgegentreten, die Opfer der Krise seien an ihrem Schicksal selber schuld. Im Mai 2013 folgte der Gegenbesuch der griechischen Kolleginnen und Kollegen nach Deutschland. Im September 2013 wird wieder eine deutsche Gruppe nach Griechenland fahren, um die Kontakte zu pflegen und zu vertiefen.

Bei einer Veranstaltung der GEW-Kreisverbände Kassel-Land und Kassel-Stadt sowie des Kasseler Gewerkschaftsforums schilderte der griechische Grundschullehrer *Nikos Kalogeros* die dramatische Situation des griechischen Bildungssystems. *Hanne Hirn* und *Manfred Klingele* danken wir für die Übersetzung.

## Ein Bericht von Nikos Kalogeros

Das öffentliche Erziehungswesen befindet sich in einem Zustand der Auflösung. Faktisch steht das Erziehungsministerium und damit das staatliche Bildungssystem unter der Aufsicht der Troika. Entscheidungen, die das Erziehungswesen auf allen Ebenen betreffen, werden nun ausschließlich nach finanziellen Abwägungen getroffen und zielen direkt darauf ab, eine „billige Schule“ zu schaffen. Einsparungen, Ra-

tionalisierungen und die Suche nach den billigsten Lösungen sind die Ziele der „neuen Schule des Marktes“, wobei pädagogische und soziale Fragen keine Rolle mehr spielen.

Die beispiellose Ausgabenkürzung im Erziehungswesen gefährdet selbst elementarste Aufgaben der Schulen, wenn man nicht die Last auf die Eltern verlagern will. Außerdem hat die Drei-Parteien-Koalition zusammen mit der Troika beschlossen, die Ausgaben bis 2015 auf 2,23% des Bruttosozialprodukts zu reduzieren.

Die Konsequenz dieser Politik ist die Umwandlung der Erziehung von einer sozialen Leistung und staatlichen Aufgabe in eine Ware. Studierende, Schülerinnen und Schüler werden zu Kunden auf dem Erziehungsmarkt. Für das Personal bedeutet dies eine Verschlechterung bei Löhnen und Arbeitsbedingungen. Viele dieser Veränderungen wurden bereits vor Jahren als Ausdruck neoliberaler Ideen begonnen, die darauf abzielen, Bildung und Erziehung von einem Menschenrecht in eine betriebswirtschaftliche Größe umzuwandeln. Diese Politik wurde nicht nur in Griechenland implementiert, sondern überall in Europa als Teil des Lissabon-Vertrags und anderer europäischer Vereinbarungen.

## Konsequenzen für die Bildung

Die Ausgaben im Erziehungsbereich sind von 2009 bis 2013 um 33% gekürzt worden – mit dramatischen Folgen für die öffentlichen Schulen und die sowieso dürftigen Lehrergehälter. Wenn wir die bis 2016 vorgesehene weitere Kürzung von 14% einbeziehen, werden sich die Ausgaben für den Erziehungsbereich innerhalb von sieben Jahren um 47% verringert haben! Im letzten Schuljahr wurden 1.523 Grundschulen und 410 Sekundarschulen zu neuen Einheiten zusammengelgt. Dies hat zu 1.056 Schließungen geführt: 851 von 10.798 Grundschulen (7,8%) und 205 von 3.185 Sekundarschulen (6,5%). Aktuell wird die nächste Runde von Schließungen und Zusammenlegungen erwartet.

Darüber hinaus gab es die Auflösung von ausgleichenden Erziehungsprogrammen und von unterstütztem Lernen (für lernbehinderte Kinder), von

## Bildung und Finanzpolitik

Deutschland und die Europäische Union sehen, so wird von politischer Seite immer wieder betont, in der Bildungspolitik ein zentrales gesellschaftspolitisches Themenfeld. Mit der Realität hat dieser selbst formulierte Anspruch allerdings nichts zu tun: Die Euro-Krisenpolitik macht mit ihren Kürzungen bei den öffentlichen Ausgaben auch vor massiven Einschnitten im Bildungsbereich nicht halt, und Deutschland belegt im internationalen Vergleich bei der Höhe der Bildungsausgaben nach wie vor eine der hinteren Positionen. Die starke Diskriminierung im deutschen Bildungssystem ist dann nur folgerichtig. Der Sammelband „Bildungschancen und Verteilungsgerechtigkeit“ befasst sich mit der Situation der öffentlichen Haushalte, zentralen Fra-

gen der Bildungsfinanzierung sowie der Verteilung von Einkommen und Vermögen. *Kai Eicker-Wolf* und *Achim Truger* fragen nach der staatlichen Handlungsfähigkeit und der Möglichkeit für Zukunftsinvestitionen in Zeiten der Schuldenbremse. *Cornelia Heintze* befasst sich mit der Frage, wie seriös und realistisch internationale Finanzvergleiche im Bildungssektor sind. *Tobias Kaphegyi* analysiert die bildungspolitischen Interventionen der deutschen Wirtschaftsverbände am Beispiel des „Bildungsmonitors“. *Henrik Piltz* und *Gunter Quaißer* diskutieren die Anforderungen an die Bildungsausgaben und die quantitative Bildungspolitik in Deutschland.

*Kai Eicker-Wolf, Gunter Quaißer, Ulrich Thöne (Hg.): Bildungschancen und Verteilungsgerechtigkeit. Grundlagen für eine sachgerechte Bildungs- und Finanzpolitik. 221 Seiten, 24,80 Euro. Metro-polis Verlag Marburg Juli 2013*





Sportklassen und Sportschulen sowie verschiedenen Ganztagschulen. Auch der Fremdsprachenunterricht wurde zusammengestrichen, sowohl im Grundschul- wie im Sekundarschulbereich. Es wurden 22 von 28 Umwelterziehungszentren geschlossen, 800 Schulbibliotheken werden allmählich abgebaut und geschlossen. Diese Bibliotheken wurden unter Co-Finanzierung der EU und des griechischen Staates eingerichtet. Außerdem legt die Regierung per Gesetz fest, dass alle Grundschulklassen mindestens 25 und die Sekundarschulklassen ohne Ausnahme mindestens 28 bis 30 Schüler haben müssen. Kleine Klassen mit weniger Schülerinnen und Schülern sind verboten, was Schulen in kleinen Dörfern oder auf Inseln zur Schließung verurteilt. Was das für ein Land wie Griechenland mit seiner Vielzahl kleiner Inseln bedeutet, kann man sich vorstellen!

Das Ministerium plant, Schulleiterinnen und Schulleiter in Manager umzuwandeln, die alles mittels eines noch einzuführenden Evaluationssystems kontrollieren und bestimmen werden. Das hat das Ziel, die demokratische Entscheidungsfindung durch Lehrerkonferenzen abzuschaffen.

Seit 2009 betragen die jährlichen Gehaltseinbußen bei Lehrerinnen und Lehrern 4.740 Euro bei einem verheirateten Lehrer mit 33 Dienstjahren, für neu eingestellte Kolleginnen und Kollegen sogar bis zu 6.870 Euro. Die prozentualen Verluste liegen zwischen 21 und 45%. In den Jahren 2010 bis 2012 gingen 25.000 Lehrkräfte in den Ruhestand. Für sie wurden nur 3.700 Vollzeitlehrer eingestellt.

### Gewerkschaft ohne Streikrecht?

Vor einigen Wochen beschlossen Lehrkräfte der Sekundarstufe einen Generalstreik, der mit den Abiturprüfungen zusammengefallen wäre. Die OLME (Gewerkschaftsverband für die Sekundarschullehrer) traf diese Entscheidung, weil die Regierung zwei Gesetze erlassen hatte, die das Erziehungswesen massiv betreffen werden:

- Erhöhung der Pflichtstundenzahl,
- mögliche Zwangsversetzung des Lehrpersonals in jede Region Griechenlands

Wenn diese Gesetze angewandt werden, werden mehr als 10.000 befristet angestellte Lehrkräfte gekündigt. Darüberhinaus werden mehr als 5.000 Lehrerinnen und Lehrer zwangsver-



Blockupy Frankfurt 2012 (Foto: GEW)

setzt. Zu der für Berufsanfänger ohnehin schlechten Bezahlung zwischen 640 und 750 Euro käme die für ihre Familien außerordentliche Belastung durch mögliche Zwangsversetzungen.

Um den Streik zu verhindern, griff die Drei-Parteien-Regierung zur politischen Dienstverpflichtung der Lehrerinnen und Lehrer, einem Mittel, das die Regierung in diesem Jahr nun zum vierten Mal anwendet. Außer den Lehrkräften hat die Regierung Schiffsbesatzungen, Gemeindeangestellte und Bedienstete von öffentlichen Verkehrsmitteln dienstverpflichtet. Damit wurde den Beschäftigten ihr Recht auf Streik genommen. Es ist offensichtlich, dass die Sparbeschlüsse von einem massiven Demokratieabbau begleitet sind. Das zeigt sich auch an der vorbeugenden Zwangsrekrutierung von 86.000 Lehrern, bevor der Streik offiziell ausgerufen wurde.

Die Vernichtung von sozialen Leistungen, die Privatisierungen, der Verkauf öffentlichen Eigentums, die Steuerraubzüge, die Kürzung von Löhnen und Renten, der Angriff auf die Rechte der Versicherten und Rentner, die Rezession, die Einschränkung der demokratischen Rechte, Rassismus, Nationalismus, die offene Aktivität neofaschistischer Organisationen führen unser Land zurück in die Vergangenheit.

Diese Sparpolitik, die die Rechte und Bedürfnisse der überwältigenden Mehrheit der Bevölkerung opfert, die eine immer kleinere Minderheit reicher und reicher macht, ist eine katastrophale

Politik, die gestoppt werden muss. Schließlich müssen wir von der Selbsterstörung der Demokratie sprechen, wenn diese harten Maßnahmen ohne und gegen die Bevölkerung in Europa ergriffen werden.

Allerdings wird diese Politik nicht von alleine aufhören. Gemeinsamer Widerstand ist nötig. Zurzeit durchleben Griechenland, Portugal, Spanien und andere Länder ein Experiment, in dem sie die Versuchskaninchen sind. Tempo und Brutalität des Sozialabbaus sind beispiellos in der Geschichte seit dem Zweiten Weltkrieg. Wir glauben, dass die praktische Zusammenarbeit aller Organisationen der Beschäftigten und Erwerbslosen, der Jugend, der sozialen Bewegungen in den Ländern Europas notwendig ist. Nur durch unseren gemeinsamen Widerstand können wir die neoliberale Politik in Europa aufhalten!

*In Griechenland entstehen zurzeit viele Selbsthilfeorganisationen, um den schwierigen Alltag zu meistern. Diese Initiativen verstehen sich als politisch und sind über „solidarity4all“ vernetzt.*

*Wer sie finanziell unterstützen will, kann eine Spende auf das folgende Konto überweisen: Manfred Klingele-Pape, Konto 1211478910, Hamburger Sparkasse, BLZ 20050550, Verwendungszweck: Griechenland-Soli. Weitere Informationen unter: <http://www.labournet.de> > Suche: Solidaritätsreise Griechenland*





# „Ausbildungsfähigkeit“

## Ein strukturelles Problem wird individualisiert

„Generation kann nix“ schrieb *Die Welt* schon 2004. „Werden unsere Jugendlichen immer dümmter?“, fragen die Medien, wenn Unternehmensverbände die mangelnde Ausbildungsfähigkeit der aktuellen Schulabgängerinnen und Schulabgänger beklagen. Auch die Bundesregierung äußert sich im Berufsbildungsbericht 2010 besorgt über die mangelnde „Ausbildungsreife“ vieler Jugendlicher. Nach wie vor verließen zu viele die Schule ohne Abschluss. Jeder fünfte Ausbildungsvertrag werde vorzeitig wieder gelöst.

*„Die Jugendlichen lieben heutzutage den Luxus. Sie haben schlechte Manieren und verachten die Autorität, haben keinen Respekt vor älteren Menschen und surfen mit ihrem I-Phone, wo sie arbeiten sollten. Sie stehen nicht mehr auf, wenn Ältere das Zimmer betreten. Sie widersprechen ihren Eltern, legen die Beine übereinander und tyrannisieren ihre Ausbilder.“*

Dieses nur geringfügig gekürzte und von mir aktualisierte Zitat wird Sokrates zugeschrieben. Ähnlich klingende Beurteilungen der jeweils heranwachsenden Generation finden sich bei den Römern, bei *Martin Luther* und bis in unsere Tage.

„Kampagnen“ dieser Art werden immer wieder von interessierter Seite lanciert. Parallel dazu werden Unsummen ausgegeben, um diesem vorgeblichen Mangel durch ein staatlich organisiertes, aber überwiegend privat durchgeführtes Übergangssystem abzuwehren. Mit niederschmetterndem Erfolg, wie der Deutsche Industrie- und Handelskammertag im April 2011 zugab:

*„Zur Realität auf dem Ausbildungsmarkt gehört auch 2011, dass nach wie vor zu viele Jugendliche nicht ausbildungsfähig sind.“*

Was ist also dran an der angeblich fehlenden Ausbildungsfähigkeit unserer Jugendlichen? Zunächst gibt es keine

Manfred Triebe ist Vorsitzender der Gesellschaft für Arbeit, Technik und Wirtschaft im Unterricht (GATWU), dem Fachverband für Arbeitslehre in Deutschland. Er ist GEW-Mitglied und war 35 Jahre Lehrer für Arbeitslehre an Haupt- und Gesamtschulen.

klare Abgrenzung der Begriffe „Ausbildungsfähigkeit“ und „Ausbildungsreife“. Sie werden oft synonym benutzt. Ich gehe deshalb davon aus, dass sie Gleiches oder Ähnliches meinen.

Von der Hans-Böckler-Stiftung (HBS) beauftragte Wissenschaftler haben den Hintergrund dieser in Zyklen ständig wiederkehrenden Debatte und den Begriff der Ausbildungsfähigkeit untersucht (1) und förderten interessante Hintergründe zu Tage. Drei Fragestellungen der Studie will ich genauer betrachten.

### 1.) Lässt sich das Konstrukt „Ausbildungsreife“ wissenschaftlich begründen?

Die Autoren der HBS-Studie kommen zu dem Ergebnis,

*„dass es sich bei dem Schlagwort ‚Ausbildungsreife‘ um einen äußerst diffusen und umstrittenen Begriff handelt, der sich einer wissenschaftlich fundierten Operationalisierung entzieht.“ (2)*

Folgt man dem Wörterbuch Pädagogik aus dem Jahr 2000, dann ist die „Ausbildungsfähigkeit“ eine Art Universalfähigkeit, die „schulische Kenntnisse, Fähigkeiten und Fertigkeiten, soziale, personale und methodische Kompetenzen“ zusammenfasst,

*„die Jugendliche sowohl für eine zielstrebige Gestaltung der Übergangsprozesse zwischen allgemeinbildenden Schulen und sich anschließende berufsorientierende Bildungsphasen als auch für den erfolversprechenden Einstieg in die betriebliche bzw. schulische Berufsausbildung benötigen.“ (3)*

Ein Kriterienkatalog der Bundesagentur für Arbeit ist so umfassend, dass wohl mancher leitende Angestellte bei der Überprüfung durchfallen würde. Hinzu kommt, dass viele dieser „Kriterien“ in den verschiedenen Branchen unterschiedliches Gewicht haben und unterschiedlich gewertet werden. Sie sind eben nicht einheitlich und damit kein Maßstab für Pauschalaussagen über unsere Schulabgängerinnen und Schulabgänger (4).

Interessant ist der Bedeutungswandel des Begriffs. Ausbildungsfähigkeit stammt ursprünglich aus der Ausbil-

derungsverordnung (AEVO) von 1969, die die Anforderungen an die berufs- und arbeitspädagogische Eignung der Ausbilderinnen und Ausbilder beschrieb. Sie befasst sich also mit der Frage, ob *der Betrieb* ausbildungsfähig ist. Mit der Qualifikation der Lehrlinge hatte der Begriff noch nichts zu tun. Zu diesem Zeitpunkt war das Verhältnis zwischen Lehrstellenbewerbern und Lehrstellenangebot auch noch halbwegs ausgewogen und es gab vor allem für Jugendliche ohne Schulabschluss ausreichend niedrig qualifizierte Tätigkeiten in den Betrieben, die diese Jugendlichen als sogenannte Jungarbeiterinnen und Jungarbeiter ohne Ausbildung übernahmen.

Seit den 90er Jahren hat sich dies grundlegend verändert. Der Wegfall niedrig qualifizierter Tätigkeiten macht sich insbesondere bei den Jugendlichen bemerkbar, die die Schule ohne oder „nur“ mit dem Hauptschulabschluss verlassen. Sie finden heute kaum noch Angebote vor. Die Ansprüche sind in den meisten Ausbildungsberufen in den letzten Jahren rapide gestiegen. Parallel dazu hat sich das Verhältnis von Angebot und Nachfrage zu Ungunsten der Schulabgänger verändert. Ab Mitte der 90er Jahre stehen einer wachsenden Nachfrage immer weniger Ausbildungsplätze gegenüber. 1980 hatte sich das Bundesverfassungsgericht mit der Frage befasst, was unter einem „auswahlfähigen Angebot an Ausbildungsplätzen“ zu verstehen ist. Dies sei nur gegeben, so das höchste deutsche Gericht, wenn die Zahl der freien Lehrstellen um mindestens 12,5% größer ist als die Zahl derer, die einen Ausbildungsplatz suchen.

Das parallel zu dieser Entwicklung etablierte berufliche Übergangssystem führte zu einem Paradigmenwechsel. Es ging nur noch in politischen Sonntagsreden um eine Steigerung der Zahl von Ausbildungsplätzen. In der Realität wurden die bei der Lehrstellensuche nicht erfolgreichen Jugendlichen mit dem Etikett „nicht ausbildungsfähig“ stigmatisiert, um dann im Übergangssystem Warteschleifen zu drehen. Ein strukturelles Problem wird individualisiert.

## 2.) Welche Aussagen lassen sich auf Basis empirischer Studien zur „Ausbildungsreife“ der Jugendlichen treffen?

Nach einer Umfrage des DIHK ging der Anteil der Firmen, die über mangelnde Deutschkenntnisse der Bewerber klagten, im Zeitraum von 2006 bis 2011 von 66% auf 53% kontinuierlich zurück. Der Anteil der Jugendlichen mit Mängeln in den mathematischen Grundkenntnissen sank von 53% (2006) auf 48% (2011).

Die Bundesagentur selbst stellte in eigenen Untersuchungen fest, dass Problemlösefähigkeit, vernetztes und schlussfolgerndes Denken und die allgemeine Intelligenz in den letzten 20 Jahren zugenommen haben (5). Alleine diese Beispiele zeigen, wie problematisch das Schlagwort von der mangelnden Ausbildungsfähigkeit ist.

Hinzu kommen branchenmäßige Unterschiede in den Anforderungen sowie Besetzungsprobleme, die vordergründig gerne auf die mangelnde Ausbildungsfähigkeit der Bewerberinnen und Bewerber zurückgeführt werden, tatsächlich aber Branchen und Betriebe betreffen, die von den Jugendlichen wenig nachgefragt werden,

„weil sie als körperlich belastend, zu wenig perspektivenreich, schlecht bezahlt und/oder von den Arbeitszeiten her unattraktiv erscheinen“ (6).

Hier sind vor allem das Hotel- und Gaststättengewerbe und die Baubranche betroffen. Unternehmen aus der IT-Branche, Banken und Versicherungen haben dagegen wenig Schwierigkeiten, Auszubildende zu finden.

## 3.) Welche politische Funktion erfüllt die Debatte um „Ausbildungsreife“ und welche dahinter stehenden Probleme werden dadurch kaschiert?

Der „Nationale Pakt für Ausbildung und Fachkräftenachwuchs“ wurde 2004 von der Bundesregierung und den Spitzenverbänden der Deutschen Wirtschaft geschlossen,

„um jedem ausbildungswilligen und -fähigen Jugendlichen ein Ausbildungsangebot zu machen und den Fachkräftenachwuchs zu sichern.“

Damit waren per Definition alle Jugendlichen ausgeschlossen, die als „nicht ausbildungswillig und -fähig“ ausgegrenzt werden. Aber auch für Jugendliche, die die Hürde der „Ausbildungsfähigkeit“ genommen hatten, gab es kein Recht auf eine betriebliche Aus-



Die Reise nach Jerusalem (Foto: DGB)

bildung im Dualen System, denn auf dem Ausbildungsmarkt herrscht Vertragsfreiheit. Das Etikett „Ausbildungsfähigkeit“ berechtigt die Jugendlichen lediglich, am betrieblichen Auswahlverfahren teilzunehmen.

Man fragt sich bei dem akuten Fachkräftemangel, wie lange die Wirtschaft noch im Abnehmerstatus verharrt und von den Schulen die Lieferung „ausbildungsfähiger“ Absolventinnen und Absolventen verlangen will.

Im Jahre 2006 wurden mehr als 5 Milliarden Euro für die Finanzierung des Übergangssystems ausgegeben, das auch bei Fachleuten als ineffizient gilt. Professor Eckart Severing vom Forschungsinstitut Betriebliche Bildung (f-bb) konstatierte 2009:

„Das Übergangssystem ist der expansivste Teil des Systems der beruflichen Bildung und zugleich sein am schlechtesten organisierter und ineffektivster Teil.“ (7)

## Fazit

Das Schlagwort „mangelnde Ausbildungsfähigkeit“ ist weder wissenschaftlich operationalisierbar noch hilft es der Wirtschaft, geeignete Fachkräfte zu gewinnen, oder den meisten Jugendlichen, irgendwann einen Ausbildungs-

platz zu ergattern. Es verschleiert den tatsächlichen Hintergrund des Fachkräftemangels: das Fehlen von Ausbildungsplätzen. Es stigmatisiert die Jugendlichen, die an den Anforderungen des Ausbildungssystems scheitern, ohne dem Mangel abzuhelpen. Die Milliarden für das Übergangssystem in die allgemeinbildende Schule zu geben, würde die Zahl der Jugendlichen ohne Schulabschluss dagegen drastisch verringern.

Manfred Triebe

(1) Rolf Dobischat, Gertrud Kühnlein, Robert Schurgatz: Ausbildungsreife – ein umstrittener Begriff beim Übergang Jugendlicher in eine Berufsausbildung, Arbeitspapier 189 der Hans-Böckler-Stiftung, Düsseldorf. Mai 2012

(2) ebenda, S.4

(3) Horst Schaub, Karl G. Zenke: Wörterbuch der Pädagogik. 2000, S. 53

(4) Bundesagentur für Arbeit: Nationaler Pakt für Ausbildung und Fachkräftenachwuchs in Deutschland. Kriterienkatalog zur Ausbildungsreife. März 2009

(5) Dobischat u.a., a.a.O., S. 36

(6) ebenda, S.28

(7) Eckart Severing: Modularisierung im Rahmen der dualen Ausbildung für junge Menschen. Vortrag beim Europäischen Berufsbildungswerk Bitburg am 7.10.2009





Arbeitgeber erwarten von ihren Beschäftigten, sich im Rahmen ihrer Tätigkeit ständig weiterzuqualifizieren. Politische Bildungsarbeit bietet dabei für jeden die Möglichkeit, abseits der fachlichen Weiterbildung, kritisch auf aktuelle Entwicklungen zu blicken und diese zu hinterfragen. Sie trägt damit zur Förderung von Partizipation an einem demokratischen Gemeinwesen bei.

Der Hessische Bildungsurlaubsgesetz (HBUG) garantiert allen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern und Auszubildenden einen gesetzlichen Anspruch auf fünf Tage Bildungsurlaub im Jahr, egal ob sie in der privaten Wirtschaft oder im öffentlichen Dienst tätig sind. Der Anspruch auf Bildungsurlaub besteht erstmalig nach einer Beschäftigungsdauer von sechs Monaten. Somit können sogar Auszubildende schon im ersten Ausbildungsjahr Bildungsurlaub beantragen. Das Arbeitsentgelt oder die Ausbildungsvergütung wird weiter vom Arbeitgeber gezahlt, so dass die Teilnehmerinnen und Teilnehmer nur die – zumeist überschaubaren – Teilnahmegebühren zu tragen haben.

Zwar gibt es in Hessen zahlreiche Bildungsurlaubsträger mit vielfältigen Angeboten, doch nahmen 2012 nur

### Azubi-Info-Tag im hr

Der Hessische Rundfunk lädt interessierte Schülerinnen und Schüler der Klassenstufen 8 bis 13 am Samstag, 14. September, zum dritten Azubi-Info-Tag ins Funkhaus am Dornbusch ein. Von 10 bis 15 Uhr können sich Jugendliche aller Schulformen, vom Hauptschüler bis zum Gymnasiasten, über 17 Ausbildungsberufe, die der hr anbietet, informieren. Der Eintritt ist frei, eine Anmeldung ist nicht erforderlich.

## Bildungsurlaub für Azubis

rund 10.000 Beschäftigte ihren gesetzlichen Anspruch auf Bildungsurlaub wahr. Dies entspricht 0,4 Prozent aller in Hessen lebenden Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Beschäftigte wissen oftmals viel zu wenig über ihren Anspruch, gerade in Unternehmen ohne betriebliche Mitbestimmungsstrukturen. Dabei darf der Arbeitgeber die Teilnahme an einem Bildungsurlaub nur in gut begründeten Ausnahmefällen verweigern, zum Beispiel wenn innerhalb eines Kalenderjahrs bereits mehr als ein Drittel aller Beschäftigten eines Unternehmens an einem Bildungsurlaub teilgenommen hat.

Zu den Bildungsurlaubsträgern gehört auch die DGB-Jugend Hessen. Seit vielen Jahren bietet sie jährlich 15 Seminare in Deutschland und quer durch Europa an. Die Seminarangebote richten sich an alle Auszubildenden und jungen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, die das 27. Lebensjahr noch nicht vollendet haben. Eine Gewerkschaftsmitgliedschaft ist keine Notwendigkeit, reduziert aber den Teilnahmebeitrag deutlich. Die Palette der Angebote ist sehr vielfältig: Jedes Jahr im Oktober fährt die DGB-Jugend in die Emilia-Romagna, Hessens Partnerregion in Italien, um sich vor Ort auf die Spuren italienischer Partisaninnen und Partisanen zu begeben, die im Zweiten Weltkrieg im Widerstand gegen die deutsche Besatzung kämpften. Neben Gesprächen mit Augenzeugen geht es auch um die Frage, was gegen aktuell existierende Nazi-Strukturen unternommen werden kann.

Auch tagesaktuelle Seminare finden Platz im Bildungsprogramm der DGB-Jugend: So gibt es Seminare zur Finanzkrise, zum Nationalsozialistischen Untergrund oder zur Zukunft der sozialen Bewegungen. Auch Gedenkstättenfahrten sind Bestandteil des Bildungsprogramms. Geleitet werden die Seminare von erfahrenen haupt- und ehrenamtlichen Gewerkschafterinnen und Gewerkschaftern. Gewerkschaftsmitglieder zahlen für Seminare innerhalb Deutschlands 30 Euro, für Seminare außerhalb Deutschlands 150 Euro, hier sogar einschließlich der Kosten für die Anreise. Bei allen Seminaren sind Verpflegung und Unterkunft im Preis enthalten.

Für junge Menschen ist der Bildungsurlaub ein wichtiger Beitrag zur

Persönlichkeitsentwicklung und eine Gelegenheit, die europäischen Nachbarn besser kennenzulernen. Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Seminare kommen immer tief beeindruckt und oftmals auch mit einer hohen Bereitschaft zu eigenem Engagement wieder. Ein Recht auf Bildungsurlaub ist nicht selbstverständlich: In Thüringen versucht die Landesregierung seit Jahren, ein Bildungsfreistellungsgesetz auf den Weg zu bringen. Daher nutzt die DGB-Jugend Hessen jede Möglichkeit, für ihre Seminarangebote zu werben und junge Menschen zu motivieren, ihren Bildungsurlaubsanspruch wahrzunehmen.

### Berufsschullehrer informieren

Die DGB-Jugend ist dabei auf die Unterstützung von Berufsschullehrerinnen und Berufsschullehrern angewiesen, die in den Schulklassen auf die Möglichkeit hinweisen können, Bildungsurlaub zu nehmen, und gezielt auf einzelne Angebote aufmerksam machen können.

Lehrerinnen und Lehrer, die unser Bildungsprogramm haben wollen oder Fragen zum Bildungsurlaubsgesetz und zu den Angeboten der DGB-Jugend haben, können sich bei uns per E-Mail melden: [andre.schoenewolf@dgb.de](mailto:andre.schoenewolf@dgb.de)

- Das aktuelle Bildungsprogramm der DGB-Jugend Hessen gibt es als Download im Internet unter [www.dgb-jugend-hessen-thueringen.de](http://www.dgb-jugend-hessen-thueringen.de).

### Rückgang der Ausbildungsstellen

Der Vorsitzende des DGB-Bezirk Hessen-Thüringen *Stefan Körzell* hält den zu Beginn des neuen Ausbildungsjahrs am 1. August gemeldeten Rückgang der Ausbildungsstellen für „ein fatales Zeichen an die jungen Menschen, die auf der Suche nach einem Ausbildungsplatz sind“. 41.163 Bewerberinnen und Bewerber stehen nur 31.064 Lehrstellen gegenüber. Darunter sind auch viele, die schon im Vorjahr vergeblich eine Ausbildungsstelle suchten. Anstatt beharrlich über fehlende Fachkräfte zu schwadronieren, müssten die Unternehmerverbände auf ihre Mitgliedsunternehmen einwirken, jungen Menschen eine Ausbildung und Perspektive zu geben.



## Gesundheitliche Eignung

Das Bundesverwaltungsgericht (BVerwG) hat im Juli 2013 in zwei Verfahren, die niedersächsische Lehrkräfte betreffen und mit Unterstützung der GEW geführt wurden, weitreichende Entscheidungen getroffen, die Bewerberinnen und Bewerbern, die bisher aus gesundheitlichen Gründen chancenlos waren, die Einstellung in das Beamtenverhältnis ermöglichen werden (1).

Nach der bisherigen Rechtsprechung des BVerwG war die gesundheitliche Eignung für die Einstellung im Beamtenverhältnis nur gegeben, wenn davon auszugehen war, dass der Bewerber mit einem hohen Grad an Wahrscheinlichkeit die gesetzliche Altersgrenze im aktiven Dienst erreichen und nicht vorzeitig wegen Dienstunfähigkeit in den Ruhestand gehen würde. Ablehnungsgründe aus der Rechtsschutzpraxis der GEW waren unter anderem Schäden der Wirbelsäule, Darmerkrankungen, auffällige Blut- oder Leberwerte, Rheuma, Übergewicht, in der Vergangenheit liegende Depressionen oder Neurosen.

Wer als Lehrkraft diese Anforderungen nicht erfüllte, wurde lediglich im Angestelltenverhältnis beschäftigt. Ein anderer Maßstab galt lediglich für schwerbehinderte Bewerber: Hier er-

folgte eine Einstellung, wenn prognostiziert werden konnte, dass innerhalb der dreijährigen Probezeit keine vorzeitige Dienstunfähigkeit eintreten würde.

Bei den vom BVerwG verhandelten Fällen ging es um einen zum Zeitpunkt der Klageerhebung 42-jährigen Berufsschullehrer, bei dem eine weitestgehend symptomfreie Multiple Sklerose diagnostiziert worden war, und eine 32-jährige Grundschullehrerin mit einer Verformung der Wirbelsäule. Bei beiden wurde eine leichte Behinderung mit einem Grad von 30 anerkannt, beide wurden nicht verbeamtet und üben ihre Tätigkeit als angestellte Lehrkräfte ohne jede gesundheitliche Einschränkung aus.

Mit Unterstützung der GEW klagten beide Bewerber über drei Instanzen und beriefen sich im Kern auf das EU-Recht, das eine Diskriminierung von behinderten Menschen verbietet. Danach sei eine Nichteinstellung nur dann gerechtfertigt, wenn aufgrund einer Behinderung unmittelbar tätigkeitsbezogene berufliche Anforderungen nicht erfüllt werden. Ein abstraktes gesundheitliches Risiko, das sich vielleicht in 20 Jahren realisieren könne, sei nicht ausreichend.

Überraschend gab das BVerwG seine bisherige Rechtsprechung auf und senkte die Anforderungen für den Zugang zum Beamtenverhältnis erheblich ab: Gegenwärtig leistungsfähigen Bewerbern kann eine Einstellung nur verwehrt werden, wenn ihre vorzeitige Pensionierung vor Erreichen der Altersgrenze überwiegend wahrscheinlich ist. Dafür muss es tatsächliche Anknüpfungspunkte geben. Dieser Maßstab gilt für alle Bewerber bis auf diejenigen, deren Grad der Behinderung 50 oder mehr beträgt. Die Verfahren wurden an das Oberverwaltungsgericht Lüneburg zurückerwiesen, das auf der neuen Basis erneut entscheiden wird.

Die Landesrechtsstelle der GEW Hessen verweist auf ein Urteil des Bayerischen Verwaltungsgerichtshofs vom 13.4.2012 (3 BV 08.405), dass es keine ausreichenden wissenschaftlichen Erkenntnisse über die Gefahr einer vorzeitigen Dienstunfähigkeit bei einem BMI von über 30 gibt. Bundesweit gibt es einige gleichlautende Urteile.

Richard Lauenstein, GEW Niedersachsen

(1) BVerwG 2 C 12.11 und BVerwG 2 C 18.12, Pressemitteilung: [www.bverwg.de/presse/pressemitteilungen](http://www.bverwg.de/presse/pressemitteilungen)

## Befristete Verträge

Die GEW hat in den letzten Monaten wiederholt und ausführlich über die Urteile des Bundesarbeitsgerichts und des Arbeitsgerichts Gießen zur Befristung von Arbeitsverträgen informiert. Das Arbeitsgericht Gießen hatte im März 2013 in einem vielbeachteten, von der GEW erstrittenen Urteil das Land Hessen verurteilt, das Arbeitsverhältnis einer Lehrerin zu entfristen, die seit 2002 mit insgesamt 18 befristeten Verträgen von Jahr zu Jahr hingehalten wurde.

Vor den Sommerferien hatte die Landesrechtsstelle der GEW in der HLZ, auf ihrer Homepage und in direkten Mails an die tarifbeschäftigten Mitglieder über die Möglichkeit und die Fristen für Entfristungsklagen informiert. Besondere Dringlichkeit bestand für die Kolleginnen und Kollegen, die aufgrund eines Erlasses des Landesschulamts keinen neuen Vertrag bekommen sollten. Weit über hundert Kolleginnen

und Kollegen meldeten sich mit entsprechenden Anfragen bei der GEW. Inzwischen wurde eine Vielzahl von Klagen eingereicht, erste Gütetermine vor den Arbeitsgerichten stehen im August und September an. Aktuelle Informationen findet man in den nächsten Ausgaben der HLZ und auf der Homepage der Landesrechtsstelle ([www.gew-hessen.de](http://www.gew-hessen.de) > Service Recht > Mitgliederbereich).

Der GEW-Landesvorstand forderte die Kultusministerin inzwischen auf, weitere Gerichtsverfahren zu vermeiden und einen politischen Schlussstrich unter das Elend der unsozialen Kettenverträge zu ziehen. Die bereits bei den Tarifverhandlungen im Frühjahr vereinbarten Gespräche über eine Begrenzung der befristeten Beschäftigung sollten umgehend aufgenommen werden. Die Landesregierung müsse zu den Vorgaben ihres eigenen Einstellungs-

erlasses zurückkehren, dass alle Stellen im Schuldienst ausschließlich mit für die jeweilige Tätigkeit ausgebildeten Fachkräften besetzt werden. Alle mehr als vier Jahre mit befristeten Verträgen beim Land Hessen beschäftigten Kolleginnen und Kollegen müssten „ein qualifikationsadäquates unbefristetes wohnortnahes Einstellungsangebot auf der Basis erworbener Ansprüche“ bekommen. Außerdem sollen Qualifizierungsmaßnahmen unter sinngemäßer Anwendung der „Verordnung über das besondere berufsbegleitende Verfahren zum Erwerb einer einem Lehramt gleichgestellten Qualifikation“ angeboten werden.

Kultusministerin Nicola Beer (FDP) spielt dagegen weiter auf Zeit und schob die Verantwortung für die vereinbarten Gespräche dem für Tarifverhandlungen „federführenden“ Innenministerium zu.

# Mitmachen lohnt sich ...

... für jedes neu geworbene GEW-Mitglied erwartet Sie eine unserer Prämien.\*



GEW-Kult(ur)tasche aus grauem Filz oder roter LKW-Plane



Lenkdrachen



Bosch Wasserkocher



30 Euro Spende für Fair Childhood



30 Euro Spende für den Heinrich-Rodenstein-Fonds



Schokofondue



Graues GEW-Kapuzen-Sweatshirt mit Organise!-Motiv



Noise Cancelling Kopfhörer



Moleskine Schreibset



Freiluft-Wurfspiel KUBB



jpc Gutschein



MusicMan Soundstation

Neues Mitglied werben und Prämie online anfordern unter [www.gew.de/Praemienwerbung.html](http://www.gew.de/Praemienwerbung.html)

\*Dieser Angebot gilt nicht für Mitglieder der GEW-Landesverbände Niedersachsen und Thüringen.

Keine Lust auf unser Online-Formular? Fordern Sie den Prämienkatalog an!

Per E-Mail: [mitglied-werden@gew.de](mailto:mitglied-werden@gew.de) | Per Telefon: 0 69 / 7 89 73-211

oder per Coupon:

Bitte in Druckbuchst. ausfüllen.

\_\_\_\_\_  
Vorname/Name

\_\_\_\_\_  
Straße/Nr.

\_\_\_\_\_  
PLZ/Ort

\_\_\_\_\_  
GEW-Landesverband

\_\_\_\_\_  
Telefon

\_\_\_\_\_  
Fax

\_\_\_\_\_  
E-Mail

Bitte den Coupon vollständig ausfüllen und an folgende Adresse senden:  
Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft, Reifenberger Straße 21, 60489 Frankfurt a. M., Fax: 0 69 / 7 89 73-102

# Start in die Schule

## Rechte der neu eingestellten Lehrkräfte im Beamten- oder Arbeitsverhältnis

Wer den Vorbereitungsdienst erfolgreich mit dem Zweiten Staatsexamen abgeschlossen hat, erfüllt die Voraussetzungen für eine Einstellung in den öffentlichen Schuldienst. Eingestellt ist man damit allerdings noch nicht. Je nach Lage auf dem Lehrkräftearbeitsmarkt kann zwischen Ausbildungsabschluss und Berufseinstieg im öffentlichen Schuldienst noch ein mehr oder weniger langer Weg liegen, der auch mit einer Reihe von Stolpersteinen gepflastert sein kann. Manche erhalten sofort eine „Planstelle“ als Beamtin oder Beamter, andere müssen zunächst mit befristeten Vertretungsverträgen zurechtkommen. Letzteres gilt auch für Menschen ohne „volle Lehrbefähigung“ nach deutschem Recht.

### Beamtin oder Beamter auf Probe

Lehrkräfte im hessischen Schuldienst sollen nach § 86 Abs. 1 des Hessischen Schulgesetzes (HSchG) in der Regel in das Beamtenverhältnis berufen werden. Dabei spielt es keine Rolle, ob die Einstellung über das Ranglistenverfahren oder über eine schulbezogene Stellenausschreibung erfolgt ist. Das Beamtenverhältnis ist ein öffentlich-rechtliches Dienstverhältnis. Rechte und Pflichten der Beamtinnen und Beamten werden nicht durch Tarifverträge oder einen Arbeitsvertrag bestimmt, sondern durch Gesetz. Ergänzt werden die gesetzlichen Regelungen durch eine Fülle von Rechtsverordnungen und Erlassen.

Alle „statusrechtlichen Regelungen“ für das Beamtenverhältnis befinden sich in dem bundesweit geltenden Beamtenstatusgesetz (BeamtStG). Die weiteren Vorschriften für Beamtinnen und Beamte in Hessen finden sich im Hessischen Beamtengesetz (HBG). Die Besoldung ist im Bundesbesoldungsgesetz (BBesG) und in den ergänzenden hessischen Regelungen geregelt. Ab 1. 4. 2014 wird es nur noch das Hessische Beamtenbesoldungsgesetz (HBesG) geben.

Die Vorschriften zur Beihilfe finden sich in der Hessischen Beihilfeverordnung (HBeihVO). Die Regelungen zur Probezeit finden sich in der Hessischen Laufbahnverordnung (HLVO). Die „Pen-

sion“ ist im Hessischen Beamtenversorgungsgesetz (HBeamtVG) geregelt. Nicht vergessen werden sollten auch das Mutterschutzgesetz (MuSchG) und das Bundeselterngeld- und -elternzeitgesetz (BEEG). Alle Gesetze und Verordnungen finden sich auf der Internetseite [www.rv.hessenrecht.hessen.de](http://www.rv.hessenrecht.hessen.de).

Die wichtigsten, in der täglichen Praxis in der Schule bedeutsamsten Regelungen zu Rechten und Pflichten finden sich im Hessischen Schulgesetz, insbesondere in den §§ 86 ff., in der Dienstordnung für Lehrkräfte, Schulleiterinnen und Schulleiter und pädagogische Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, in der Konferenzordnung und anderen Rechtsvorschriften.

Alle wichtigen Vorschriften finden Sie im GEW-Handbuch „Dienst- und Schulrecht für Hessen“, das man beim Verlag Mensch und Leben oder bei vielen GEW-Kreisverbänden auch direkt beziehen kann (HLZ S. 39).

Die Berufung in das Beamtenverhältnis erfolgt durch „Ernennung“, zunächst in das Beamtenverhältnis auf Probe. Die Ernennung wird wirksam mit der Aushändigung der „Ernennungsurkunde“ oder zu einem in der Urkunde festgelegten späteren Zeitpunkt. Eine rückwirkende Ernennung ist nicht möglich. Mit dem Tag der Ernennung entsteht der Anspruch auf Dienstbezüge, die in den Besoldungsgesetzen geregelt sind, ebenso der Anspruch auf Beihilfe.

### Altersgrenze für die Verbeamtung

Bisher galt in Hessen eine Altersgrenze von 50 Jahren. Mit Urteil vom 1. 3. 2010 (9K2578/09.F) hat das Verwaltungsgericht Frankfurt die hessische Regelung einer Höchstaltersgrenze für die Einstellung in das Beamtenverhältnis aus formellen Gründen für unwirksam erklärt. Mit dem Zweiten Dienstrechtsmodernisierungsgesetz, das am 1. 4. 2014 in Kraft tritt, wurde die Landesregierung ermächtigt, eine solche Altersgrenze durch Rechtsverordnung festzulegen. Damit ist nach Inkrafttreten des Gesetzes zu rechnen. Derzeit können sich Mitglieder der GEW Hessen, denen

mit Hinweis auf ihr Alter nur ein Arbeitsvertrag angeboten wird, auch noch nach Vertragsabschluss mit der Landesrechtsstelle in Verbindung setzen.

### Verbeamtung auf Lebenszeit

Die Einstellung in das Beamtenverhältnis auf Probe ist gesetzlich zwingend vorgeschrieben. Niemand kann sofort auf Lebenszeit in das Beamtenverhältnis berufen werden. Nur wer die gesetzlich vorgesehene Probezeit erfolgreich durchlaufen hat, kann zur Beamtin oder zum Beamten auf Lebenszeit berufen werden. Die Regelprobezeit beträgt für alle Laufbahnen einheitlich drei Jahre.

Die Probezeit kann durch „Anrechnung gleichwertiger Tätigkeit“ weniger als drei Jahre betragen. Dies sind im Schulbereich die Vertretungs- bzw. TVH-Verträge nach dem Zweiten Staatsexamen. Die Mindestprobezeit beträgt ein Jahr. Eine Verkürzung der Probezeit aufgrund „guter Leistungen“ ist nicht möglich.

Die Probezeit ist beim Berufseinstieg insofern von wesentlicher Bedeutung, als hier die Weichen für den weiteren Berufsweg gestellt werden. Innerhalb der Probezeit müssen Beamtinnen und Beamte den Nachweis erbringen, dass sie fachlich und pädagogisch für den Lehrerberuf „geeignet“ sind.

### „Die Neuen“ informieren Mitglieder werben

*Haben Sie an Ihrer Schule Kolleginnen und Kollegen, die neu eingestellt wurden und noch nicht Mitglied der GEW sind? Dann geben Sie diese Doppelseite der HLZ weiter und weisen sie auf den Service der GEW hin: die aktuellen und vielseitigen Informationen in der HLZ und die Leistungen der Landesrechtsstelle, von kompetenter Beratung über den Berufsrechtsschutz bis zur Berufshaftpflichtversicherung. Und profitieren Sie von dem Dankeschön der GEW für die Werbung neuer Mitglieder. Die aktuellen Werbepremien finden Sie auf der Seite 32 in dieser HLZ.*



Das Verfahren zur Feststellung der Bewährung muss so frühzeitig eingeleitet werden, dass die Urkunde rechtzeitig zum Ende der Probezeit ausgehändigt werden kann.

### Fachliche Eignung

Die fachliche Eignung wird durch eine dienstliche Beurteilung, die der Schulleiter oder die Schulleiterin für das Staatliche Schulamt verfasst, festgestellt. Näheres hierzu findet sich in der Information aus der Landesrechtsstelle zum Thema „Dienstliche Beurteilung“.

In der großen Mehrzahl der Fälle wird am Ende der Regelprobezeit die „Bewährung“ festgestellt. Ist nach Auffassung der Behörde eine solche Entscheidung (noch) nicht möglich, so ist die Probezeit zu verlängern. Eine Verlängerung der Probezeit ist bis zu zwei Jahre möglich, wobei die Verlängerung bis zu zwei Jahren auch in mehreren Schritten ausgesprochen werden kann. Nur in ganz besonders gelagerten Fällen kann bereits nach Ablauf der Regelprobezeit eine Entlassung aus dem Beamtenverhältnis auf Probe ausgesprochen werden. Ist die Verlängerungsmöglichkeit von zwei Jahren ausgeschöpft, muss entweder die Bewährung festgestellt oder die Entlassung ausgesprochen werden.

Die Entlassung wegen Nichtbewährung ist ein Verwaltungsakt, der im Widerspruchsverfahren und gegebenenfalls auch gerichtlich überprüft werden kann. Allerdings sind die Erfolgsaussichten solcher Schritte in aller Regel begrenzt, weil es hier im Kern um wertende Urteile geht, die nur einer eingeschränkten rechtlichen oder gerichtlichen Nachprüfung unterliegen. Konkretes lässt sich hierzu nur im jeweiligen Einzelfall sagen. GEW-Mitglieder können sich in konkreten Einzelfällen im Rahmen des gewerkschaftlichen Rechtsschutzes beraten lassen.

### Gesundheitliche Eignung

Am Ende der Probezeit erfolgt noch einmal eine amtsärztliche Überprüfung der „gesundheitlichen Eignung“. Über zwei aktuelle Urteile des Bundesverwaltungsgerichts (BVerwG), die eine neue Rechtslage geschaffen haben, informieren wir ausführlich in dieser HLZ (S. 31). Danach kann gegenwärtig leistungsfähigen Bewerbern eine Einstellung nur verwehrt werden, wenn ihre vorzeiti-

ge Pensionierung aus gesundheitlichen Gründen vor Erreichen der Altersgrenze „überwiegend wahrscheinlich“ ist. Dafür muss es tatsächliche Anknüpfungspunkte geben. Bei Schwerbehinderten oder gleichgestellten Bewerberinnen und Bewerbern mit einem Grad der Behinderung von 30 oder 40 wird diese „Gesundheitsprognose“ über einen Zeitraum von (nur) fünf Jahren erstellt. Ob rechtliche Schritte gegen eine negative Eignungsfeststellung möglich sind und Aussicht auf Erfolg haben, muss im Einzelfall geprüft werden.

In Hessen ist eine allgemeine Praxis, dass Lehrkräften, deren Ernennung allein an der gesundheitlichen Eignung scheitert, ein unbefristeter Arbeitsvertrag im Angestelltenverhältnis angeboten wird. Dieser sollte zunächst angenommen werden, auch wenn man sich überlegt, gegen die Nichternennung in das Beamtenverhältnis rechtlich vorzugehen.

Nach der Lebenszeitverbeamtung kann eine Entlassung nur noch bei schwersten Dienstvergehen auf disziplinarischem Wege erfolgen. Dienstunfähigkeit – infolge von Krankheit oder Unfall – führt nach einer Mindestdienstzeit von fünf Jahren nicht zur Entlassung, sondern zur Versetzung in den Ruhestand aus Gesundheitsgründen mit dem Anspruch auf Versorgungsbezüge.

Mitglieder der GEW Hessen, die sich über die Absicherung bei Dienstunfähigkeit und die (möglichen) zukünftigen Pensionsansprüche informieren möchten, können dies in der Information aus der Landesrechtsstelle „Beamtenversorgung – Einstieg für Einsteiger“ tun.

Zur Frage der Beamtenversorgung und der Beihilfe lohnt sich auch ein Besuch auf der Seite des Regierungspräsidiums Kassel ([www.rp-kassel.hessen.de](http://www.rp-kassel.hessen.de)).

Eine Beratung zur privaten Berufs- und Dienstunfähigkeitsversicherung oder Krankenversicherung oder einer zusätzlichen privaten Altersvorsorge kann die GEW Hessen nicht anbieten.

Auch die aktuellen Besoldungstabellen und eine ausführliche Information aus der Landesrechtsstelle, wie sich die Beamtenbesoldung zusammensetzt, können bei der GEW angefordert ([info@gew-hessen.de](mailto:info@gew-hessen.de)) oder auf der Homepage heruntergeladen werden.

Nützliche Informationen findet man auch auf der Homepage der Hessischen Bezugsstelle ([www.hbs.hessen.de](http://www.hbs.hessen.de)).

### Infos für Tarifbeschäftigte

Eine unbefristete Einstellung als Tarifbeschäftigte oder Tarifbeschäftigter im Rahmen eines Arbeitsverhältnisses ist nur dann möglich, wenn Bewerberinnen und Bewerber alle Voraussetzungen erfüllen, d.h. insbesondere über ein Lehramt verfügen, und lediglich die Kriterien für eine Einstellung in das Beamtenverhältnis nicht erfüllen. Dies gilt z.B. für die fehlende gesundheitliche Eignung.

Wesentlich häufiger erfolgt der Berufseinstieg im Rahmen von befristeten Arbeitsverhältnissen. Das Land Hessen deckt einen erheblichen Teil des Vertretungsbedarfs an Schulen, der durch Erkrankungen, Elternzeit, Beurlaubung oder aus ähnlichen Gründen entsteht, mit befristeten Verträgen ab. Regelungen zur Vertretungsproblematik, die sowohl pädagogisch angemessen sind als auch die Interessen der Beschäftigten angemessen berücksichtigen, sind ein politisches Dauerthema in den Auseinandersetzungen zwischen der GEW und der Landesregierung bzw. dem Kultusministerium. In den letzten Ausgaben der HLZ und in mehreren aktuellen Informationen der Landesrechtsstelle haben wir ausführlich über die aktuelle Rechtsprechung des Bundesarbeitsgerichts und hessischer Arbeitsgerichte informiert. Bei einer längeren Kette von befristeten Arbeitsverträgen kann ein Rechtsanspruch auf eine unbefristete Beschäftigung entstehen. Der GEW-Landesvorstand hat die hessische Landesregierung zu Verhandlungen über eine politische Lösung für das Elend der Fristverträge aufgefordert. Hieran arbeiten wir! (HLZ S. 31)

Eine vorausgegangene Beschäftigung als Lehrkraft verbessert die Einstellungschancen im regulären Verfahren. Aus Sicht der GEW ist das Gewicht der Bonuspunkte zu gering, doch können sie im Einzelfall eine Einstellung fördern.

Wer befristet beschäftigt ist, aber die allgemeinen Einstellungsvoraussetzungen (volle Lehrbefähigung) erfüllt, kann sich jederzeit parallel um eine Einstellung im regulären Einstellungsverfahren zu jedem möglichen Termin bewerben.

Bei der Vergabe von Vertretungsverträgen wurden bis zum Frühjahr 2009 regelmäßig die zwischen den Schuljahren liegenden Sommerferien ausgespart. Rechtlich war und ist diese Praxis leider nicht zu verhindern. Nach ei-

nem Erlass des Kultusministeriums von 5. 3. 2009, der 2013 bestätigt wurde, besteht ein Anspruch auf Bezahlung der Sommerferien, wenn die Gesamtvertragsdauer einschließlich Sommerferien mindestens 39 Wochen beträgt und bei Vertragsschluss zu erwarten ist, dass der Vertretungsgrund auch während der Sommerferien besteht oder feststeht, dass die Lehrkraft auch im nächsten Schuljahr eingesetzt werden soll.

Allerdings hat kaum eine Lehrkraft zu dem Zeitpunkt, zu dem sich befristet Beschäftigte arbeitslos melden müssen, bereits einen neuen Vertrag in der Tasche. Das passiert in vielen Fällen erst in den letzten Wochen vor den Sommerferien. Deshalb müssen sich weiterhin alle befristet Beschäftigten drei Monate vor Ablauf des befristeten Vertrages bei der Agentur für Arbeit arbeitslos melden. Wer dies nicht tut, riskiert eine Sperrfrist für den Bezug von Arbeitslosengeld.

Wer nach Ablauf einer Befristung arbeitslos wird, ohne zuvor in einer Rahmenfrist von zwei Jahren mindestens 360 Kalendertage sozialversicherungspflichtig gearbeitet zu haben, hat keinen Anspruch auf Arbeitslosengeld I, es sei denn, es wurde schon einmal innerhalb der vorausgegangenen vier Jahre Arbeitslosengeld I bezogen. In den übrigen Fällen bleibt in der Regel nur die Möglichkeit, einen Antrag auf Arbeitslosengeld II (Hartz IV) zu stellen.

### Tarifliche Regelungen

Die Beschäftigung im Rahmen eines Arbeitsverhältnisses kommt durch einen Arbeitsvertrag zustande. Ein solcher Arbeitsvertrag wird schriftlich geschlossen. Der einzelne Arbeitsvertrag einer Lehrkraft enthält nur wenige Bestimmungen, weil alle wesentlichen Fragen des Arbeitsverhältnisses durch einen Tarifvertrag, in Hessen den Tarifvertrag für den Öffentlichen Dienst des Landes Hessen (TV-H), geregelt werden. Der TV-H gilt seit dem 1. 1. 2010 und löste den bisherigen Bundesangestelltentarifvertrag (BAT) ab.

Für Lehrkräfte im Arbeitsverhältnis gelten außerdem im Rahmen der Tarifverträge Sonderregelungen. Danach werden einzelne Bestimmungen des TV-H, beispielsweise zur Arbeitszeit und zum Erholungsurlaub, für Lehrkräfte ausgeschlossen. Stattdessen werden bei tarifbeschäftigten Lehrkräften die für die jeweiligen Beamtinnen und Beamten geltenden Vorschriften ange-



wandt. Dies gilt insbesondere für die Pflichtstundenverordnung, die die Zahl der zu unterrichtenden Stunden nach Schulform und Alter regelt.

Die Eingruppierung – wichtig für die Höhe der Bezahlung – erfolgt nach dem Eingruppierungserlass, den das Hessische Innenministerium gemeinsam mit dem Kultusministerium erlässt. Dort sind Fallgruppen aufgeführt, in denen die Beschäftigten je nach Schulform und Qualifikation den (alten) Vergütungsgruppen des BAT zugeordnet sind. Im Rahmen des „Tarifvertrages zur Überleitung der Beschäftigten in den TV-H (TVÜ-H)“ werden die Vergütungsgruppen des BAT den Entgeltgruppen des TV-H zugeordnet.

Im Arbeitsvertrag wird zum einen die Entgeltgruppe des TV-H aufgeführt. Außerdem sollte im Arbeitsvertrag stehen, nach welcher Entgeltstufe gezahlt wird. Aus zeitlichen Gründen wird die Angabe der Entgeltstufe allerdings oftmals offen gelassen und später ergänzt.

Welches Entgelt sich hieraus ergibt, kann dann in der jeweils aktuellen Entgelttabelle nachgelesen werden. Die Entgeltstufen werden auch als Entwicklungs- oder Erfahrungsstufen bezeichnet.

Lehrkräfte erhalten nach dem Vorbereitungsdienst grundsätzlich die Entgeltstufe 1 und nach sechs Monaten die Entgeltstufe 2. Außerdem kann eine „einschlägige Berufserfahrung“ oder eine „förderliche Tätigkeit“ zu ei-

ner höheren Entgeltstufe führen. Bei der Festlegung der Entgeltstufen kann es zu Auseinandersetzungen über die Anrechnung der Berufserfahrung kommen. Hier hat der Schulpersonalrat aber ein Mitbestimmungsrecht. Nähere Informationen zum Entgelt gibt es beim Personalrat und bei der GEW Hessen.

Den Text des TV-H und die aktuellen Entgelttabellen finden Mitglieder der GEW Hessen auf unserer Internetseite unter der Rubrik „Tarif und Bezahlung“.

Beschäftigte in einem unbefristeten Arbeitsverhältnis haben in der Regel eine Probezeit von sechs Monaten. Danach ist das Arbeitsverhältnis nur aus personen-, verhaltens- oder betriebsbedingten Gründen kündbar. Nach einer Beschäftigungszeit von 15 Jahren und nach Vollendung des 40. Lebensjahrs ist eine „ordentliche“ Kündigung nicht mehr möglich. Der Arbeitsplatz ist ähnlich sicher wie bei Lebenszeitbeamtinnen und Lebenszeitbeamten.

Annette Loycke, Kathrin Kummer

• Aktuelle Informationen unter: [www.gew-hessen.de](http://www.gew-hessen.de) > ServiceRecht > Mitgliederbereich; dort finden Mitglieder der GEW Hessen unter anderem die folgenden Veröffentlichungen:

- Arbeitsplatz Schule – Ratgeber für die tägliche Praxis
- Arbeitsrecht an hessischen Schulen
- Informationen aus der Landesrechtsstelle Hessen

## Wir gratulieren im September und Oktober ...

### ... zur 40-jährigen Mitgliedschaft:

Regine Ahrens-Drath, Frankfurt  
 Ulrike Alms-Hartwig, Weimar  
 Jens-Jochen Bachmann, Frankfurt  
 Michael Barth, Baunatal - Altenritte  
 Hans Bauer, Kassel  
 Renata Berlin, Frankfurt  
 Elisabeth Beskrowny, Groß-Zimmern  
 Ortrud Bingula, Hahnheim  
 Bärbel Brömer, Kassel  
 Ursula Brundiars-Zöll, Hofheim  
 Wolfgang Budde, Darmstadt  
 Marianne Bukulin, Flörsheim  
 Peter Claus, Ludwigsau  
 Udo Dähne, Frankfurt  
 Maria Desoi, Kalbach  
 Gudrun Deul, Wiesbaden  
 Wilhelm Dietzel, Hammersbach  
 Helmut Ebert, Frankenberg  
 Lutz Ehler-Burkhardt, Frankfurt  
 Jürgen Engert, Lorsch  
 Heinrich Euler, Glauburg  
 Joachim Euler, Frankfurt  
 Dr. Gerhard Eurich, Frankfurt  
 Gerhard Fehr, Rotenburg  
 Hannelore Fiedler, Gießen  
 Waltraut Frenz, Hungen  
 Doris Fuhr, Taunusstein  
 Margrit Geffert-Holl, Büttelborn  
 Monika Gerhold-Schwalm, Vellmar  
 Angelika Gerschläuer, Lohra  
 Peter Gerstmann, Kassel  
 Edith Glas, Offenbach  
 Dieter Goltsche, Driedorf  
 Monika Graulich, Gießen  
 Brigitte Greilich, Wiesbaden  
 Gisela Güntner-Bartsch, Friedberg  
 Claudia Gutmann, Wiesbaden  
 Rolf Hahn-Schubert, Lollar  
 Gerhard Heck, Sinn  
 Gisela Heinz-Kreuter, Friedberg  
 Gertrud Helduser, Offenbach  
 Eckhard Henkel, Biedenkopf  
 Karl Otto Herd, Gelnhausen  
 Renate Herden, Lahnuau  
 Ursula Hess, Alsbach-Hähnlein  
 Edith Hesse, Kassel  
 Karin Hesse, Bensheim  
 Heide Heuser, Herborn  
 Alexander Hoffmann, Langen  
 Klaus Hollubarsch-Richter, Butzbach  
 Renate Hosius-Willfahrt, Nauheim  
 Ingeborg Hühn, Wetzlar  
 Christa Huster, Pohlheim  
 Edith Janssen, Herborn  
 Dieter Jarzina, Calden  
 Bärbel John, Kelkheim  
 Roswitha Jordan, Gelnhausen  
 Anita Kahl, Allendorf (Eder)  
 Gerhard Kauer, Gernsheim  
 Helmut Kaulfuss, Kelkheim  
 Horst Kienert, Korbach  
 Heinz Kipp, Friedberg  
 Karl-Heinz Kitschke, Brensbach  
 Maria Klering, Frankenberg  
 Stephan Kolb, Bad Nauheim

Hans Krag, Frankfurt  
 Brigitte Lamberty, Frankfurt  
 Beate Lilling, Frankfurt  
 Klaus Lindner, Kassel  
 Irmgard Lothwesen, Linden  
 Christine May, Frankfurt  
 Horst Mazurkewitz, Calden  
 Gerlinde Medelnik, Darmstadt  
 Jutta Merkelbach-Weis, Maintal  
 Eva Messer, Mörlenbach  
 Liselotte Michel-Käbisch, Wiesbaden  
 Friedhelm Miebach, Gießen  
 Heinz Müller, Babenhausen  
 Dr. Karl Munser, Neu-Isenburg  
 Anneliese Nellen, Wiesbaden  
 Hans Joachim Nicklas, Michelstadt  
 Jürgen Obenauer, Offenbach  
 Dr. Elisabeth Ott, Künzell  
 Lothar Ott, Frankfurt  
 Vera Paulsen, Neuhof  
 Renate Pehl, Frankfurt  
 Elke Pflug-Helios, Frankfurt  
 Ingeborg Poensgen, Ceilhes-et-Rocozels  
 Manfred Pöller, Rüsselsheim  
 Roswitha Prochazka, Dreieich  
 Ernst-Friedrich Puppel, Breitenheim  
 Arno Reitz, Hatzfeld  
 Ursula Rettig, Lautertal  
 Brigitte Riedel, Homberg  
 Diethart Rindermann, Trendelburg  
 Fred Röder, Friedrichsdorf  
 Michael Sacher, Neu-Anspach  
 Dagmar Sander, Heidelberg  
 Petra Schermbach-Mank, Bad Hersfeld  
 Doris Schmidt, Elz  
 Charlotte Schömer, Darmstadt  
 Birgit Schöneweiss, Potsdam  
 Sonja Schweitzer, Darmstadt  
 Eva Schwenecke, Pohlheim  
 Gerlinde Simon, Bad Homburg  
 Ellen Speck-Rossel, Frankfurt  
 Hildegard Stock, Marburg  
 Katrin Swoboda, Frankfurt  
 Ursula Tabarelli-Lesch, Braunfels  
 Burkhard Tabbert, Frankfurt  
 Reinhard Titsch, Karben  
 Ingrid Tonnius, Alsbach-Hähnlein  
 Freda Trampedach, Buseck  
 Inge Ulmen, Wetzlar  
 Klaus-Dieter Verfuß, Wiesbaden  
 Elisabeth Volk-D-Amur, Gießen  
 Margarete von Neubeck, Oberursel  
 Ruth Wagner, Köngernheim  
 Karla Waldmann, Frankfurt  
 Heinz Walter, Langenselbold  
 Hans-Helmut Wedel, Frankfurt  
 Birgit Weisrock, Mainz  
 Ilse Weißert, Frankfurt  
 Christiane Welk, Alsbach  
 Elma Weyerhäuser, Groß-Gerau  
 Anneliese Willig, Leun  
 Günter Wirtz, Wettengel  
 Klaus-Jürgen Wolf, Frankfurt  
 Stefanie Wolf, Marburg  
 Hartmann Wunderer, Wiesbaden  
 Gerlinde Yakisikli, Espenau  
 Jürgen Ziegenbalg, Wiesbaden

### ... zur 50-jährigen Mitgliedschaft:

Klaus Bernotat, Neuhof  
 Peter Dörr, Frankfurt  
 Christa Engel, Gießen  
 Christa Gabler, Limburg  
 Margot Grohn, Groß-Umstadt  
 Johannes Groß, Herleshausen  
 Eva Györköcs, Marburg  
 Ilsetraut Hamel-Herzog, Bensheim  
 Dieter Kluge, Marburg  
 Erika Knoche, Lichtenfels  
 Walter Löber, Grünberg  
 Volker Mergner, Frankfurt  
 Gudrun Mönkemöller, Mühlthal  
 Christiane Rosenow, Fulda  
 Dieter Stengel, Friedberg  
 Uwe Weippert, Darmstadt

### ... zur 55-jährigen Mitgliedschaft:

Harald Dank, Weilburg  
 Rudolf Prosch, Lautertal  
 Günter Rößner, Hofgeismar

### ... zur 60-jährigen Mitgliedschaft:

Klaus Jahn, Karben  
 Horst Kröger, Wildeck  
 Anneliese Weber, Haiger

### ... zur 65-jährigen Mitgliedschaft:

Irmgard Dobislav, Bad Vilbel

### ... zum 75. Geburtstag:

Gisela Brock, Frankfurt  
 Gisbert Broggini, Frankfurt  
 Gisela Brousek-Fischer, Ortenberg  
 Herta Dehnen, Gelnhausen  
 Reinhard Henric Huth, Friedberg  
 Martin Koch, Neu-Isenburg  
 Bärbel Pflüger, Frankfurt  
 Erika Ritter, Wald-Michelbach  
 Anneliese Sass, Bad Hersfeld  
 Erhard Speck, Ehringshausen  
 Peter Suppa, Neu-Anspach

### ... zum 80. Geburtstag:

Dr. Günther Lange, Göttingen  
 Richard Mistereck, Bad Hersfeld  
 Ernst Nasgowitz, Limburg  
 Dr. Eva Ruppert, Bad Homburg  
 Reinhold Uibel, Dreieich  
 Hans-Peter Viemann, Hemsbach  
 Charlotte Weber, Büdingen  
 Berthold Wittich, Ludwigsau

### ... zum 85. Geburtstag:

Manfred Simon, Gladenbach  
 Dr. Erich Steinfeld, Wiesbaden  
 Prof. Manfred Teschner, Darmstadt

### ... zum 90. Geburtstag:

Friedrich Sinn, Neuhütten

### ... zum 91. Geburtstag:

Dr. Wendelin Enders, Petersberg

### ... zum 93. Geburtstag:

Heinrich Schwamb, Erbach



## Trauer um Fritz Mittelstaedt

Der GEW-Kreisverband Homberg trauert um seinen Ehrenvorsitzenden Fritz Mittelstaedt, der am 9. Juni 2013 im 93. Lebensjahr verstorben ist.

Fritz Mittelstaedt war in seinem Kreisverband bis zu seiner Pensionierung 1981 und noch darüber hinaus ein überaus aktives gewerkschaftliches Urgestein. In seiner 40-jährigen Tätigkeit für seine Kolleginnen und Kollegen, zum Beispiel bei der „Hilfe in Not“, als Gründungsmitglied des KV Homberg 1948, als dessen langjähriger Kreisvorsitzender, Mitarbeiter im Bezirk Kassel sowie von 1969 bis 1981 in seiner Tä-

tigkeit als Kreis- und Bezirkspersonalrat war er ein erfolgreicher Funktionär mit einem durchorganisierten Arbeitsstil, von hoher Verlässlichkeit und Disziplin. Er hielt durch, wenn andere erlahmten und aufgeben wollten, und war auch dann zu Diensten, wenn die Erfolgsaussichten bescheiden waren. Ihm ging es immer in erster Linie um die Bedürfnisse der Betroffenen. 1998 wählte ihn der KV Homberg zu seinem Ehrenvorsitzenden. Wir werden uns gern und in Dankbarkeit an ihn erinnern.

**Burkhard Nasemann**  
GEW-Kreisverband Homberg

## Franz-Josef Pfeiffer gestorben

Am 1. Juni 2013 starb unser engagierter GEW-Kollege Franz-Josef Pfeiffer im Alter von 65 Jahren.

Nach seinem Eintritt in die GEW 1976 leitete er ab 1979 die Fachgruppe Gymnasien und war von 1980 bis zur Auflösung des Kreisverbandes Hofgeismar 2000 im GEW-Vorstand und Mitglied im Vorstand des Kreisverbandes Kassel-Land. Von 1990 bis zu seiner Pensionierung am 1. 7. 2005 war er GEW-Vertrauensmann an der Albert-Schweitzer-Schule in Hofgeismar. Von 1983 bis 1988 engagierte er sich als ge-

wählter Vertreter der GEW im Gesamtpersonalrat der Lehrerinnen und Lehrer des alten Landkreises Hofgeismar.

Wir verlieren mit Franz-Josef Pfeiffer einen in seiner Art unverwechselbaren hartnäckigen Streiter für die gewerkschaftlichen Interessen der Kolleginnen und Kollegen gerade im Gymnasialbereich. Unser Mitgefühl gilt den Angehörigen, denen wir viel Kraft wünschen, mit dem Verlust des geliebten Menschen zu leben.

Birgit Koch, Irina Kilinski, Claudia Prauß  
GEW-Kreisvorstand Kassel Land

## Schule ohne Rassismus

Das Themenheft „Rassismus. Erkennen & Bekämpfen“ informiert über die Entstehung und die Geschichte des Rassismus und wie er heute in Deutschland auftritt. Es thematisiert den alltäglichen Rassismus von Menschen und Institutionen und will dazu beitragen, rassistische Denk- und Argumentationsmuster zu erkennen und beim Namen zu nennen.

„Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage“ unterstützt mit dem Themenheft Kinder und Jugendliche bei der Suche nach gemeinsamen demokratischen Werten und der Antwort auf die Frage, wie solidarisch und respektvoll wir heute und auch in Zukunft miteinander umgehen. In dem Buch geht es außerdem um den Rassismus als Lehre, die an die Existenz menschlicher Rassen glaubt, die Geschichte des Rassismus und den anti-rassistischen Widerstand.

• *Bezug: SOR-SMC, Ahornstraße 5, 10787 Berlin; schule@aktioncourage.org*

## Kopien aus Schulbüchern

Der Verband Bildungsmedien und die Kultusministerkonferenz informieren auf einer neuen Website [www.schulbuchkopie.de](http://www.schulbuchkopie.de) über die neuen Regeln für das analoge und digitale Kopieren an Schulen, die seit dem 1. Januar 2013 gelten.

## Psychoanalytische Pädagogik

Der Frankfurter Arbeitskreis für psychoanalytische Pädagogik veranstaltet am 16. November 2013 seine 15. Fachtagung zum Thema „Neue Störungsbilder – Mythos oder Realität?“ mit Arbeitsgruppen und Vorträgen von Dr. Martin Dornes (Frankfurt), Prof. Dr. Inge Seiffge-Krenke (Mainz), Horst Nonnenmann und Birgit Wieland (Rottenburg).

• *Infos: Tel. 069-701655, sekretariat@fapp-frankfurt.de, www.fapp-frankfurt.de*

## Berichtigung: Wir gratulieren...

In der HLZ 7-8/2013 wurden die Kollegen *Manfred Marek* aus Frankfurt und *Diethardt Stamm* aus Münzenberg versehentlich für eine 40-jährige Mitgliedschaft in der GEW Hessen geehrt. Wir gratulieren und bedanken uns bei beiden jedoch schon für 50 Jahre Mitgliedschaft und bitten, das Versehen zu entschuldigen.

## GEW Homberg wählt Kreisvorstand

Am 28. Mai wählte der GEW-Kreisverband Homberg seinen neuen Kreisvorstand. Neuer Kreisvorsitzender und Nachfolger von *Brigitte Kröger*, die sich zukünftig um die Seniorenarbeit kümmern wird, wurde *Sebastian Schackert*, sein Vertreter *Vico Kempe*. *Martina Uecker* ist die neue Kassenwartin, die das Amt von *Klaus Jüngling* übernahm, der ihr weiter als Stellvertreter zur Seite steht. *Katharina Driesen* übernahm Schriftführung und Pressearbeit, *Olaf Krüger* die längere Zeit vakante Stelle des Rechtsberaters. Die Förderschulen werden von *Werner Mösche-Sonnenberg* und *Martina Uecker* vertreten, *Walter Schwarz* vertritt wie bisher die Gymnasien und *Olaf Krüger* den Bereich Haupt- und Realschule. Die seit vielen Jahren existierende GEW-Seniorengruppe der Stadt Homberg wird weiterhin von *Alfred Schäfer* geleitet.



oben von links nach rechts: *Bernhard Müllejans, Olaf Krüger, Brigitte Kröger, Martina Uecker, Renate Schädla-Jakob, Vico Kempe*; unten: *Klaus Jüngling, Katharina Driesen, Walter Schwarz, Sebastian Schackert, Birgit Wunderlich*



Die nächste Ausgabe der Hessischen Lehrerzeitung erscheint am 8. November 2013.  
Bitte beachten Sie den Anzeigenschluss am 10. Oktober 2013.



Tel. 0039 05 47 67 27 27, Fax 0039 05 47 67 27 67  
Via Bartolini 12, 47042 Cesenatico - Italia  
[www.real-tours.de](http://www.real-tours.de), E-mail: [info@real-tours.de](mailto:info@real-tours.de)

### SCHULFAHRTEN 2014

NEU \*\*\* Pakete für Fahrten bei eigener Anreise, z. B. per Flug \*\*\* NEU  
Nach Barcelona, nach Madrid, nach Sevilla, nach Spanien/Katalonien, nach Cesenatico

Busfahrten nach Cesenatico mit Ausflügen ab Euro 240,- HP

Busfahrten zur Toskana-Küste, zum Gardasee, nach Rom, nach Sorrent, nach Südtirol, nach Spanien, nach Griechenland, nach Prag, nach Paris, nach London, nach Berlin, nach München

Individuell für Lehrer und Begleiter:  
Oster- und Herbstfahrten nach Cesenatico  
Bitte fragen Sie nach unserem Katalog 2013.

Weitere Informationen auch bei:  
R. Peverada, Im Steinach 30, 87561 Oberstdorf,  
Telefon (08322) 800 222, Fax (08322) 800 223

## Wir gestalten und produzieren für ihre Schule Festschriften, Jubiläumsbroschüren

Stellen Sie Ihre Schule mit einer Imagebroschüre der Öffentlichkeit vor.  
Schildern Sie Eltern, potentiellen Schülern, Freunden und Förderern die Vorzüge Ihrer Schule.

**In den meisten Fällen ohne Kosten für Sie!**

Mensch und Leben Verlagsgesellschaft, Postfach 944,  
61289 Bad Homburg, Email: [mlverlag@wsth.de](mailto:mlverlag@wsth.de), Tel. 06172-95830 (Herr Vollrath)

## Klassenfahrt Berlin 2014

25 Jahre Mauerfall – der Geschichte auf der Spur!

5 Tage Busreise ab **95 €**

Tel. 05261 2506-7110 | [deutschland@cts-reisen.de](mailto:deutschland@cts-reisen.de) | [www.cts-reisen.de](http://www.cts-reisen.de)



**ROM**

4 Tage Flugreise inkl. ÜN/F ab **199 €** p.P.  
... SO MACHT BILDUNG SPASS!

[www.freizeit-aktiv.de](http://www.freizeit-aktiv.de) ☎ 06257-998190

## Für Segelfahrten in Holland schauen Sie ...



Für Klubs,  
Schul/  
Jugendgruppen,  
Incentives oder  
Einzelteilnehmer

REDERIJ 'VOORUIT' HOLLAND

Geeuwkade 9, 8651 AA IJLST  
tel. 0031 - 515 - 531485 / fax 0031 - 515 - 532630

[www.segeln.nl](http://www.segeln.nl)

### Schnelle Hilfe bei Stress und Burnout

Supervision, Entspannung,  
Achtsamkeitstraining, Hypnotherapie,  
Musiktherapie

Einzeltermine und Gruppenangebote

Praxis für Achtsamkeit und Therapie  
60439 Frankfurt  
[www.karen-maria-schmitt.de](http://www.karen-maria-schmitt.de)  
069-24799583



**BARCELONA**

4 Tage Flugreise inkl. ÜN/F ab **199 €** p.P.  
... SO MACHT BILDUNG SPASS!

[www.freizeit-aktiv.de](http://www.freizeit-aktiv.de) ☎ 06257-998190

Private Akutklinik für  
Psychologische Medizin



Mit Fachabteilung  
für Essstörungen

SCHLOSSKLINIK PRÖBSTING

## Geben Sie dem Leben eine neue Richtung!

Wir bieten in erstklassigem Ambiente einen individuellen und erfolgreichen Ansatz zur Behandlung psychischer Konflikte und Erkrankungen, von der Diagnostik bis zur Therapie!

**Indikationen:** Depressionen, Erschöpfungssyndrom (Burn-Out), Angst und Panik, Schlafstörungen, **Essstörungen**, Schmerzsyndrome, Belastungsreaktionen

**Info-Telefon 02861/8000-0**

Pröbstinger Allee 14 • **46325 Borken (Münsterland)**  
Fax 02861/8000-89 • [www.schlossklinik.de](http://www.schlossklinik.de) • [info@schlossklinik.de](mailto:info@schlossklinik.de)

Extra günstig vom Spezialisten anrufen und testen.

**0800 - 1000 500**

Free Call

Wer vergleicht, kommt zu uns, **seit über 35 Jahren.**



Beamendarlehen erneute Zinssenkung Mai 2013

**4,50%** effektiver Jahreszins\*  
Laufzeit 7 Jahre

- Umschuldung: Raten bis 50% senken
- Beamendarlehen ab 10.000 € - 125.000 €
- Baufinanzierungen günstig bis 120%

**AK FINANZ**

Kapitalvermittlungs-GmbH  
E3 - 11 Planken  
63159 Mannheim  
Fax: (0621) 178180-25  
info@AK-Finanz.de

[www.AK-Finanz.de](http://www.AK-Finanz.de)

\*Spezialdarlehen: Beamte / Angestellte ö.D.

Außerst günstige Darlehen z.B. 40.000 € Sollzins (fest gebunden) 4,4%, Lfz. 7 Jahre, mtl. Rate 555 € sicherheit. Kein Grundschuldentwurf, keine Abtretung, nur stille Gehaltsabtretung. Verwendung: z.B. Modernisierung rund ums Haus, Ablösung teurer Ratenkredite, Möbelkauf etc. Vorteile: Niedrige Zinsen, feste Monatsrate, Sondertilgung jederzeit kostenfrei, keine Zusatzkosten, keine Lebens- Renten- oder Restschuldversicherung.



Sonderdarlehen für Lehrer zu 1a-Konditionen!

[www.1a-Beamendarlehen.de](http://www.1a-Beamendarlehen.de)

Nutzen Sie Ihren Status als Beamter, Angestellter oder Arbeiter im ÖD



**0800-040 40 41**

Jetzt gebührenfrei anrufen & unverbindlich informieren

**NÜRNBERGER**

Mehrfachgeneralagentur Finanzvermittlung  
Andreas Wendholt · Pralat-Höing-Str. 19 · 46325 Borken

*Freizeit Aktiv*  
KLASSENFAHRTEN

**LONDON**

4 Tage Flugreise inkl. ÜN/F ab **199 €** p.P.

... SO MACHT BILDUNG SPASS!

[www.freizeit-aktiv.de](http://www.freizeit-aktiv.de) ☎ 06257-998190



Klinik am  
Leisberg  
BADEN-BADEN

**Von hier an geht  
es aufwärts!**

**HOTLINE: 07221/39 39 30**

Privatklinik für psychologische Medizin  
Mit Fachabteilung für Essstörungen

In einer Stadt mit besonderem Flair und in erstklassigem Ambiente bieten wir einen bewährten und individuellen psychotherapeutischen Ansatz zur erfolgreichen Behandlung psychischer Konflikte und Erkrankungen, von der Diagnostik bis zur Therapie!

**Indikationen:** Depressionen, Ängste und Panik, Erschöpfungssyndrom („Burn-out“), Essstörungen (Magersucht, Bulimie, Binge-Eating, Übergewicht), Belastungsreaktionen, Schlafstörungen, Zwänge, Schmerzsyndrom

**Kostenübernahme:** Alle Privatversicherungen, Beihilfe, Postbeamtenkrankenkasse

Gunzenbachstr. 8, **76530 Baden - Baden**  
Fax: 07221/39 39 3-50 • [www.leisberg-klinik.de](http://www.leisberg-klinik.de) • [info@leisberg-klinik.de](mailto:info@leisberg-klinik.de)

**Dienst- und  
Schulrecht für**



**Hessen**

© 2013  
Mensch & Leben  
Verlagsgesellschaft mbH  
Email: [mlverlag@wsth.de](mailto:mlverlag@wsth.de)

Mensch &  
Leben  
Verlagsgesellschaft  
mbH

Ich bestelle

Expl. CD-ROM

zum Preis von Euro 39,-

GEW-Mitgl.-Preis Euro 29,90

Name/Vorname

ggf. GEW-Mitgliedsnr.

Straße

PLZ/Ort

**Mensch & Leben Verlagsges.**  
Postfach 1944,  
61289 Bad Homburg v.d.H.  
Tel.: 06172-9583-0,  
Fax: 06172-958321  
Email: [mlverlag@wsth.de](mailto:mlverlag@wsth.de)

*Debeka*

Krankenversicherungsverein a. G.

**Unser Verein auf Gegen-  
seitigkeit – besser als jede  
Bürgerversicherung**

Wir sind solidarisch, leistungsstark und  
bieten auch im Alter bezahlbare Beiträge.



Größte Selbsthilfeeinrichtung  
des öffentlichen Dienstes  
auf dem Gebiet der Kranken-  
versicherung

**Landesgeschäftsstellen  
in Hessen**

**Bahnhofstraße 55–57  
65185 Wiesbaden  
Telefon (06 11) 14 07- 0**

**Frankfurter Straße 4  
35390 Gießen  
Telefon (06 41) 97 42 1- 0**

[www.debeka.de](http://www.debeka.de)

anders als andere

*Debeka*



# Schluss mit dem Bildungspfusch!



**POLITIKWECHSEL**  
**JETZT!** [www.gew-hessen.de](http://www.gew-hessen.de)

